

Antisemitismus in Theorie und Praxis

Tübingen als Zentrum der nationalsozialistischen „Judenforschung“

Horst Junginger

1. Problem und Forschungsstand

Im Gegensatz zur nationalsozialistischen Rassenlehre, deren Relevanz für fast alle Universitätsfächer umfassend aufgearbeitet wurde, stieß die NS-Judenforschung lange Zeit auf ein außerordentlich geringes Interesse. Das ist umso erstaunlicher, da der Antisemitismus in der Politik und Ideologie des Dritten Reiches eine herausragende Rolle spielte, und da er auch an den Universitäten zu einschneidenden Veränderungen führte. Diese betrafen nicht nur die ebenso zügige wie vollständige „Entjudung“ des Lehrkörpers, sondern zogen auch eine neue theoretische Beschäftigung mit der sogenannten „Judenfrage“ nach sich. In verstärktem Umfang wurden nun Lehraufträge vergeben, die sich mit der einen oder anderen Seite des „Judenproblems“ beschäftigten und die an einigen Universitäten in entsprechende Dozenturen und sogar in den Versuch einmündeten, spezielle Professuren für dieses sich neu herauskristallisierende Lehrgebiet der „Judenforschung“ zu schaffen. Hierbei gelang es der Eberhard-Karls-Universität Tübingen sehr schnell, eine Spitzenposition einzunehmen. Gerade im Hinblick auf die religiös weltanschauliche Dimension der „Judenfrage“ wurden Tübinger Wissenschaftler zu wichtigen Impulsgebern, die dafür plädierten, das Problem radikal, das heißt an seinen ideologischen Wurzeln anzupacken.

Zwischen antisemitischen Vorurteilen und rassischen Zuschreibungen bestand von Anfang an ein enger Zusammenhang, der auch für die Ausdifferenzierung der nationalsozialistischen „Judenwissenschaft“ in Richtung auf eine autonome Universitätsdisziplin von entscheidender Bedeutung war. Bereits beim gegenwärtigen Forschungsstand wird erkennbar, dass sich der Versuch einer wissenschaftlichen Behandlung der sogenannten „Judenfrage“ als Teilaspekt der Rassenkunde verselbständigte, deren, wie man annahm, naturwissenschaftlich gesicherte Ergebnisse auf das geistesgeschichtliche Gebiet angewandt werden sollten. Da es trotz großer finanzieller Zuwendungen nie gelang, mittels biologischer, anthropologischer oder genetischer Methoden den materialen Gehalt der jüdischen oder irgendeiner anderen Rasse zu bestimmen, fiel den Geisteswissenschaften die Aufgabe zu, jüdische Charakteristika zu definieren, um auf diese Weise das „Judenproblem“ zu operationalisieren und politisch greifbar zu machen.

Tatsächlich waren es die gängigen antisemitischen Klischees, die den Ausgangspunkt für die nationalsozialistische Judenforschung bildeten. Auf dem Weg

einer rassenkundlichen Geistesgeschichte sollten die verschiedenen Aspekte der „Judenfrage“ methodisch durchdacht und fachspezifisch verarbeitet werden. Richtigerweise ging man von der Annahme aus, dass sich der Ausschluss der Juden aus der deutschen Gesellschaft ohne eine wissenschaftliche Argumentation nicht rechtfertigen ließ. Allein im Rückgriff auf „mittelalterliche“ religiöse Vorurteile konnte man die in der Gegenwart angeblich von den Juden noch immer ausgehende Gefahr nicht verständlich machen. Die religiöse Dimension vieler antisemitischer Stereotypen hatte für das Leben der meisten Menschen keine praktische Bedeutung mehr. Oftmals wurde ihr dogmatischer Gehalt nicht einmal mehr wirklich verstanden. Vor allem das in der Weimarer Republik kodifizierte Prinzip der Gleichbehandlung aller Religionen hatte dazu beigetragen, dass allein auf der Basis religiöser Argumente die politische und soziale Exklusion des Judentums nicht mehr plausibel zu machen war. Um das jüdische Element aus dem deutschen Volk zu eliminieren, bedurfte es deswegen einer objektiveren, das heißt einer wissenschaftlichen Begründung. In Anbetracht des zentralen Stellenwerts, den das „Judenproblem“ für die Politik des Dritten Reiches hatte, konnte es kaum ausbleiben, dass nicht nur versucht wurde, die Rassenideologie im weiteren, sondern auch den Antisemitismus im engeren Sinn mit Hilfe einer wissenschaftlichen Theorie zu systematisieren.

Über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten hinweg blieb die 1946 veröffentlichte Untersuchung von Max Weinreich, „Hitler's Professors. The Part of Scholarship in Germany's Crimes against the Jewish People“, die einzige Studie, die sich explizit und umfänglich mit dem Versuch der Verwissenschaftlichung des Antisemitismus in der Zeit des Nationalsozialismus befasste.¹ Dass sie bis heute nicht ins Deutsche übersetzt wurde, ist ein Beleg dafür, wie sehr das Thema im Land der Täter auf Ablehnung stieß. Das 13 Jahre später erschienene Buch von Léon Poliakov und Joseph Wulf über „[d]as Dritte Reich und seine Denker“ thematisiert die antisemitische Einstellung vieler deutscher Intellektueller dagegen in der Form einer kommentierten Textsammlung.² Beide Werke wurden außerhalb der deutschen Geschichtswissenschaft geschrieben und entstammen der Feder jüdischer Autoren. Nicht selten galten sie gerade deshalb als unseriös und nicht wissenschaftlich genug. Einige, wie der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte Martin Broszat, vertraten sogar die Auffassung, dass man die Erforschung des Antisemitismus nicht den Überlebenden des Holocaust überlassen dürfe, da diese zu einem objektiven und unvoreingenommenen Urteil nicht fähig seien.³ Im Anschluss an die monumentale Studie Helmut Heibers über „Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands“ erschienen zwei umfangreiche Arbeiten von Werner Schochow und Fritz Werner, die vor allem an Heibers Ausführungen über die 1936 im Reichsinstitut geschaffene „Forschungsabteilung Judenfrage“ anknüpften.⁴ Alle bisher – und auch die meisten der im Folgenden – genannten

1 Weinreich 1946.

2 Poliakov/Wulf 1959.

3 So Volker Ulrich in einer Besprechung des Buches von Nicolas Berg: Der Holocaust und die westdeutschen Historiker, Göttingen 2003, in: Die Zeit 10.7.2003.

4 Heiber 1966, besonders 154–195 sowie Schochow 1969 und Werner 1971.

Publikationen weisen Bezüge zu Wissenschaftlern der Universität Tübingen auf, namentlich zu Gerhard Kittel (1888–1948), Karl Georg Kuhn (1906–1976), Günter Schlichting (1911–1989) und Max Wundt (1879–1963).

Auf der Ebene der Lokal- und Universitätsgeschichtsschreibung entstanden im Zusammenhang des 500-jährigen Jubiläums der Eberhard-Karls-Universität im Jahr 1977 etliche Studien, die sich zwar nicht zentral, aber doch auch mit der akademischen Judenfeindschaft auseinandersetzen. Hier muss als erstes Uwe Dietrich Adams Buch „Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich“ angeführt werden.⁵ Auf Grund ihres Materialreichtums gilt diese Arbeit trotz ihrer methodologischen und interpretatorischen Schwächen zurecht als ein wissenschaftsgeschichtliches Standardwerk.⁶ Adam konnte bei seinen Recherchen die umfassende Mithilfe des Tübinger Universitätsarchivs in Anspruch nehmen, dessen positive Rolle bei der Aufarbeitung der Geschichte der Universität Tübingen besonders hervorgehoben zu werden verdient. Auch die weit über Tübingen hinaus bekannt gewordene Studie „Eine deutsche Universität. 500 Jahre Tübinger Gelehrtenrepublik“ von Walter Jens verdankt ihre Bedeutung in starkem Maße der Zusammenarbeit mit dem Universitätsarchiv. In spätere Ausgaben wurden noch wichtige Addenda eingefügt, so ein aufschlussreiches Dokument aus dem Aktenbestand der Philosophischen Fakultät, das unter der Überschrift „Wissenschaftlicher Antisemitismus an der Universität Tübingen“ aufgenommen wurde. In diesem Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät aus dem Jahr 1941 wird ausführlich begründet, warum es für die Universität Tübingen erforderlich sei, einen „außerordentlichen Lehrstuhl zur Erforschung des Judentums“ einzurichten.⁷ Ich komme darauf noch zu sprechen.

Die evangelische Theologin und Schülerin des renommierten Tübinger Kirchenhistorikers Klaus Scholder, Leonore Siegele-Wenschkewitz, wurde aus Anlass des Universitätsjubiläums damit beauftragt, die Geschichte der Evangelisch-theologischen Fakultät zu schreiben. Ihre Tätigkeit stand aber unter keinem guten Stern, denn es kam sowohl zu Spannungen mit ihrem Lehrer als auch mit der Fakultät, die, wie ihr Ehemann kurz nach ihrem Tode berichtete, eine kritische Aufarbeitung zu verhindern suchte. Weil sie sich diesem Ansinnen widersetzte, sei ihr sogar die Verlängerung ihrer Assistentenstelle verweigert worden.⁸ Siegele-Wenschkewitz selbst sagte in einem Interview, dass die Widerstände innerhalb der Evangelisch-theologischen Fakultät so groß waren, dass ein spezieller Beschluss gefasst wurde, um ihre Habilitation zu verhindern.⁹ Allerdings sind in den frühen Schriften Sie-

5 Adam 1977, hier besonders Kapitel 2 „Ideologie und Wissenschaft“ (154–187). Bereits fünf Jahre vorher hatte sich Adam mit der Veröffentlichung seiner Dissertation über die Judenpolitik im Dritten Reich einen Namen gemacht; Adam 1972.

6 Siehe zur Kritik Kater 1979, 666–671; Losemann 1979, 176–182; Giles 1980. Alle drei Autoren weisen darauf hin, dass Adams Interpretationen des Öfteren im Widerspruch zum materialen Befund seiner Forschungen stehen.

7 Jens 1993, das erwähnte Schriftstück 402.

8 Siegele 2000, 253–258. Erst nach ihrem Wechsel an die Evangelische Akademie Arnoldsheim sei L. Siegele-Wenschkewitz vom Zwang zur Rücksichtnahme befreit gewesen: ebd.

9 Die „Lex Siegele-Wenschkewitz“ bestand in einem extra erlassenen Fakultätsbeschluss, keine Habilitationsarbeiten mehr zuzulassen, die sich mit dem gleichen Jahrhundert beschäftigten,

gele-Wenschkewitz noch deutlich apologetische Tendenzen zu beobachten. Erst im Laufe der Zeit wurden ihre Stellungnahmen zunehmend kritischer. Hatte Siegele-Wenschkewitz den Tübinger Neutestamentler Gerhard Kittel zunächst gegen den Vorwurf des Antisemitismus in Schutz genommen, bezeichnete sie ihn während einer internationalen Holocaust-Konferenz später als einen Gelehrten, der an der „spiritual extermination“ der Juden mitgewirkt habe.¹⁰ Auch der amerikanische Historiker Robert Ericksen beschäftigte sich intensiv mit der politischen Verstrickung Kittels, der in der Tat bei der Formierung der NS-Judenforschung eine entscheidende Rolle spielte.¹¹

Auf dem Gebiet der Lokalgeschichtsschreibung ist besonders die Arbeit von Benigna Schönhagen über die Stadt Tübingen anzuführen, die am Rande auch auf den universitären Antisemitismus eingeht.¹² Noch mehr trifft das für den von der Tübinger Geschichtswerkstatt herausgegebenen Band „Zerstörte Hoffnungen. Wege der Tübinger Juden“ zu, der die Geschichte der Tübinger Juden insgesamt nachzeichnet.¹³ Bekanntlich brauchten an der Universität Tübingen nach 1933 so gut wie keine jüdischen oder „jüdisch versippten“ Hochschullehrer entlassen zu werden, weil man sich zuvor schon erfolgreich gegen ihre Anstellung verwahrt hatte. Neben den Opfern der nationalsozialistischen Judenverfolgung gerieten in der jüngeren Vergangenheit auch die Täter stärker in das Blickfeld des historischen Interesses, insbesondere dann, wenn sie in den Holocaust involviert waren. Es stellte sich heraus, dass eine ganze Reihe späterer Massenmörder an der Universität Tübingen studiert hatte. Das universitäre Umfeld bot den zuständigen Stellen im SD und im Reichssicherheitshauptamt ein gutes und auch weidlich genutztes Rekrutierungspotential für spätere Einsatzgruppen- und Einsatzkommandoführer.¹⁴ Gustav Adolf Scheel (1907–1979), der 1928/29 in Tübingen zwei Semester evangelische Theologie studiert hatte und dann in Heidelberg zum Reichsstudentenführer avancierte, stand seit Juli 1935 an der Spitze des SD Oberabschnitts Süd-West. In dieser Eigenschaft gewann er etliche Studenten der Universität Tübingen für eine SD-Mitarbeit und förderte ihre Karrieren nach Kräften.¹⁵ Meinen eigenen Recherchen zufolge stand etwa ein halbes Dutzend der späteren Exekutoren der Endlösung in einer direkten Beziehung zur Eberhard-Karls-Universität.¹⁶

das bereits in der Dissertation (ihre 1974 veröffentlichten Doktorarbeit thematisierte das Verhältnis von Nationalsozialismus und Kirchen) behandelt worden war: Siegele-Wenschkewitz 1998, 131.

10 Siegele-Wenschkewitz 1988, 2722.

11 Ericksen 1977; Ericksen 1983 (deutsch 1985); Ericksen 1999.

12 Schönhagen 1991, besonders 83f., 120f., 126 und 250f.

13 Geschichtswerkstatt Tübingen 1995.

14 Siehe hierzu besonders das Kapitel „Revolutionäre Militanz. Der Fall Tübingen“ in: Wildt 2002, 89–104 sowie Wildts Beitrag in diesem Band. Über Eugen Steimle, den Leiter der Einsatzkommandos 7a und 4a der Einsatzgruppen B und C, berichten zwei außerordentlich materialreiche Beiträge von Rainer Lächele; Lächele 1995; Lächele 2007.

15 Der spätere Führer des Einsatzkommandos 1a und Kommandeur der Sipo und des SD in Emland Martin Sandberger gehörte zu den bevorzugten Schützlingen Scheels; Wildt 2002, 170.

16 Junginger 2003a.

Zwar wurden in den letzten Jahren eine große Zahl wissenschaftsgeschichtlicher Untersuchungen publiziert, in denen der Antisemitismus einzelner Hochschullehrer thematisiert wurde. Doch eine systematische Beschäftigung mit der universitären oder akademischen Judenfeindschaft setzte erst am Ende des 20. Jahrhunderts ein. Nun erst wurde die Verwissenschaftlichung des Antisemitismus als eigenständiger Problembereich erkannt. Eine in den USA geschriebene, leider nicht publizierte Dissertation von Patricia von Papan unternahm 1999 erstmals den Versuch, das von ihr „scholarly‘ antisemitism“ bezeichnete Phänomen am Beispiel der erwähnten Forschungsabteilung Judenfrage insgesamt in den Blick zu nehmen.¹⁷ Ihre jüngste Veröffentlichung enthält einen Überblick über die in der Zeit des Dritten Reiches eingerichteten Forschungsinstitutionen mit einer antisemitischen Zielsetzung.¹⁸ Dieser systematischere Blickwinkel prägt auch den Beitrag von Christian Lammers über die „Judenwissenschaft“ im Dritten Reich mit besonderer Berücksichtigung der Universität Tübingen.¹⁹ Auch mein längerer Aufsatz über „Das Bild der Juden in der nationalsozialistischen Judenforschung“ versucht, das Tübinger Spezifikum mit den allgemeineren Aspekten des Problems zu verbinden.²⁰ Zwei Artikel von Dirk Rupnow stellen die nationalsozialistische Judenforschung ebenfalls in einem größeren Zusammenhang dar.²¹ Rupnow gehörte zu den Organisatoren einer im Januar 2004 durchgeführten Arbeitstagung des Leipziger Simon Dubnow Instituts, die der „Judenforschung“ des Dritten Reiches gewidmet war. Der 2006 veröffentlichte Konferenzband enthält mehrere Beiträge zur NS-Judenwissenschaft, unter anderem einen vom Verfasser dieser Zeilen über die „Judenforschung“ an der Universität Tübingen.²² Die erste Überblicksdarstellung zur nationalsozialistischen Judenforschung stammt von Alan E. Steinweis und erschien im Jahr 2006 bei Harvard University Press.²³

Man kann an dieser Entwicklung erkennen, dass die NS-Judenwissenschaft den Status eines unbedeutenden Randphänomens jenseits des historiographischen Mainstreams verloren hat. Andererseits ist unübersehbar, dass wichtige Artikel und Bücher noch immer von nichtdeutschen Wissenschaftlern geschrieben werden. Hierzu gehört die exzellente Studie von Henry Wassermann über die Wissenschaft des Judentums in der Weimarer Republik, deren Entwicklung nur auf dem Hintergrund einer an den Hochschulen allgemein verbreiteten Judenfeindschaft verstanden werden kann.²⁴ Wichtig für den Tübinger Kontext sind auch die Arbeiten Susannah Heschels, die sich mit dem Kittel-Schüler und Leiter des antisemitischen

17 Papan 1999a. In zwei Artikeln veröffentlicht die Autorin eine deutsche Zusammenfassung ihrer Ergebnisse; Papan 1999b; Papan 2000.

18 Papan-Bodek 2004, 172f.

19 Lammers 2001.

20 Junginger 2006a.

21 Rupnow 2004a und Rupnow 2004b. Siehe jetzt außerdem Rupnow 2007 und Rupnow 2008b.

22 Junginger 2006b beziehungsweise Berg/Rupnow 2006; Heschel 2006; Petersen 2006; Rupnow 2006; Schreiber 2006; Steinweis 2006b.

23 Steinweis 2006a; siehe außerdem Steinweis 2007.

24 Wassermann 2003, hier vor allem das Kapitel über Gerhard Kittel (171–201). Siehe außerdem Haberman 2008. Ich danke dem Autor für die Überlassung einer englischen Übersetzung seines bislang nur auf hebräisch vorliegenden Artikels.

Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben Walter Grundmann (1906–1976) auseinandersetzen.²⁵ Die zögerliche und erst sehr spät einsetzende Beschäftigung mit der nationalsozialistischen Judenforschung dokumentiert, wie groß die mentalen Vorbehalte der deutschen Wissenschaft diesem Thema gegenüber waren und zum Teil auch heute noch sind.

2. Die Verselbständigung der „Judenforschung“ an der Universität Tübingen

Die Ausdifferenzierung der nationalsozialistischen Judenwissenschaft hin zu einer eigenständigen Universitätsdisziplin setzte ungefähr um die Mitte der 1930er Jahre ein. Seit dieser Zeit wurden im Reichserziehungsministerium Planungen konkretisiert, um an verschiedenen deutschen Universitäten Lehraufträge zur Erforschung der „Judenfrage“ einzurichten.²⁶ Die Tübinger Entwicklung kann deshalb nicht isoliert betrachtet werden, sondern gehört in den Gesamtkontext eines verstärkten staatlichen Interesses an einer wissenschaftlichen Bearbeitung des Judenproblems. Der nationalsozialistische Staat benötigte das Wissen von Experten im Hinblick auf alle mit der „Judenfrage“ einhergehenden Probleme. Gerade bei der Ausformulierung der Nürnberger Gesetze traten immense Schwierigkeiten auf, die offenbarten, auf welcher dürftiger Grundlage die Segregationspolitik des Dritten Reiches beruhte.²⁷ Die Rückführung der jüdischen Rasse auf die Religionszugehörigkeit der Großeltern brachte hier nur eine scheinbare Lösung des Problems. Wie sich im Zweifelsfall, das heißt besonders bei den sogenannten „Mischlingen“, Juden von Nichtjuden und Jüdisches von Nichtjüdischem unterscheiden ließ, blieb gänzlich ungeklärt. Nicht umsonst sah man sich gezwungen, auf lang etablierte Vorurteilsstrukturen und deren Bestimmungsfaktoren zurückzugreifen.

Der seit 1926 als Nachfolger Adolf Schlatters (1852–1938) an der Universität Tübingen lehrende Gerhard Kittel hatte einige Zeit vor dem Dritten Reich mit dem „Theologischen Wörterbuch zum Neuen Testament“ ein groß angelegtes Editions- und Forschungsprojekt begonnen, das internationales Aufsehen erregte. Nicht nur in Deutschland, sondern weltweit wurde das Theologische Wörterbuch zu einem unentbehrlichen und bis heute verwendeten Referenzwerk für die Ausbildung evangelischer Theologen. Wegen Kittels Antisemitismus ist es in der letzten Zeit allerdings ins Gerede gekommen, und manche sehen seine Verwendung mittlerweile als hochgradig problematisch an. Maurice Casey, Professor für Neues Testament an der Universität Nottingham, kommt wegen der nach seiner Meinung in ihm enthaltenen antisemitischen Verformungen zu dem Urteil: „The Theological Dictionary

25 Siehe dazu Heschel 1994; Heschel 1996; Heschel 1999a; Heschel 1999b; Heschel 2003; Heschel 2006.

26 Papen 1999a, 73.

27 Siehe hierzu besonders Essner 2002.

of the New Testament is a very dangerous book, especially in its opening volumes“²⁸. Nach seiner Meinung sollte es nur mit größter Vorsicht benutzt werden, und Studierende sollten nicht ohne gründliche Vorwarnung darauf zurückgreifen.²⁹ Auf der offiziellen Homepage der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Greifswald wird vom dortigen Lehrstuhlvertreter für Neues Testament Christfried Böttrich ebenfalls betont, dass Kittels antisemitische Exegese des Neuen Testaments und der von ihm in den Vordergrund gestellte Gegensatz zwischen Jesus und dem Judentum das Theologische Wörterbuch „weithin“ geprägt habe.³⁰ Andere Forscher verweisen zwar auf den Antisemitismus Kittels und weiterer Beiträge, vertreten aber die Auffassung, dass das Theologische Wörterbuch davon insgesamt unberührt geblieben sei.³¹ Inwieweit diese Vorwürfe inhaltlich zutreffen, ist eine Frage, die der gründlichen theologischen Erörterung bedarf. Die große Zahl an Wissenschaftlern aus dem Umfeld des Wörterbuchs, die sich später in antisemitischer Weise hervorgetan haben, lässt es indes angeraten erscheinen, einen solchen Zusammenhang nicht per se auszuschließen. Das scheint umso mehr geboten, als Kittel das „Theologische Wörterbuch zum Neuen Testament“ auch selbst in einem dezidiert antijüdischen Kontext verortete.

Auf dem Evangelisch-Theologischen Fakultätentag ging es 1938 in Halle um die Frage einer Reform des Theologiestudiums und insbesondere darum, ob man den Einfluss des Alten Testaments zurückdrängen und den Hebräischunterricht abschaffen solle, wie es von radikalen Deutschen Christen wie Walter Grundmann gefordert wurde. Vom Präsidenten des Fakultätentages Hans Schmidt um eine Stellungnahme gebeten, antwortete Kittel am 16. Dezember 1938, dass der Hebräischunterricht unbedingt aufrecht zu erhalten sei, weil nur mit der Kenntnis des Hebräischen das Wesen des Judentums wirklich erfasst werden könne. Nur so lasse sich die Ausprägung des theologischen Denkens im Urchristentum und der Übergang hebräisch-alttestamentlicher in neutestamentliche Begriffe verstehen. Das „Theologische Wörterbuch zum Neuen Testament“ habe sich zum Ziel gesetzt, diesen begriffsgeschichtlichen Prozess und die „vollkommene Um-Neu- und Gegensatzbildung [sic!] gegenüber dem Judentum“ aufzuhellen, und hierfür sei die Kenntnis des Hebräischen unabdingbar. Nur wo das Verhältnis von Altem und Neuem Testament und zwischen Neuem Testament und Judentum „aus der auch sprachlichen Beherrschung der Fragestellung am Stoff selbst klargelegt wird, wird das Urteil über den schlechthinigen Antijudaismus des NT. ein festes und begründetes sein“.³²

Kittel verteidigte hier das Alte Testament und den Hebräischunterricht mit dem Argument eines fundierteren und theologisch besser begründeten Antijudaismus, den zu untermauern die Aufgabe des „Theologischen Wörterbuchs zum Neuen Tes-

28 Casey 1999, 291.

29 „It follows that this dictionary should be used only with the utmost care. Students should be warned of this hidden menace, and all readers should consult it only with their critical wits sharpened to the highest degree“; ebd.

30 Siehe <http://www-alt.uni-greifswald.de/~theol/~nt/geschichtliches.html> (letzter Zugriff am 25.08.2009).

31 Siehe Vos 1984 und Rosen 1994.

32 Gerhard Kittel an Hans Schmidt am 16.12.1938, BArch Berlin R 5101, 23808.

tament“ sei. Mehrfach bezeichnete er das Neue Testament als das antijüdischste Buch der Weltgeschichte.³³ Kittels Auffassung vom „schlechthinigen Antijudaismus“ des Neuen Testaments überschattete auch die von ihm mitbegründete Reihe „Rabbinische Texte“. Wie der Tübinger Neutestamentler im Dezember 1933 an den Präsidenten der Notgemeinschaft Friedrich Schmidt-Ott schrieb, dienten die „Rabbinischen Texte“ ebenfalls dem Ziel, die Einzigartigkeit des frühen Christentums aus seinem Kampf gegen das Judentum abzuleiten.³⁴ Zwar macht es der hohe Abstraktionsgrad und die internationale Ausrichtung des Theologischen Wörterbuchs von vornherein unwahrscheinlich, in den einzelnen Artikeln auf offene Antijudaismen zu stoßen. Doch inwieweit das auch für tiefer liegende Argumentationsstrukturen gilt, muss erst noch geklärt werden. Verneint man aber eine antisemitische Beeinflussung des „Theologischen Wörterbuchs zum Neuen Testament“ prinzipiell, muss sich die Begründung über das ausdrückliche Votum ihres Herausgebers hinwegsetzen.

So wie die staatliche Judenpolitik die äußeren Rahmenbedingungen für die nationalsozialistische Erforschung der Judenfrage vorgab, wurde an der Universität Tübingen die von Gerhard Kittel im Anschluss an Adolf Schlatter betriebene neutestamentliche Forschung zum inhaltlichen Ausgangspunkt dafür, das Studium der „Judenfrage“ im akademischen Curriculum stärker zu verankern. Von ihrer fachlichen und politischen Einstellung her waren die beiden Kittel-Schüler Walter Grundmann und Karl Georg Kuhn dazu prädestiniert, als Nachwuchswissenschaftler auf diesem sich neu formierenden Forschungsfeld zu reüssieren. Grundmann, der über 20 Artikel zum Theologischen Wörterbuch beisteuerte, arbeitete von Oktober 1930 bis Oktober 1932 als Assistent Kittels in Tübingen. Bereits am 1. Dezember 1930 trat er in die Tübinger Ortsgruppe der NSDAP ein. Im Weiteren schloss er sich dann aber dem Thüringer Flügel der Deutschen Christen an und vertrat vor allem im Hinblick auf das Alte Testament und die Judenmission Positionen, die von denen seiner akademischen Lehrer abwichen. Schlatter wie Kittel sahen zum damaligen Zeitpunkt in der Bekehrung der Juden das geeignete Mittel zur Lösung der „Judenfrage“. Für Grundmann bildete dagegen die Judenmission das zentrale Einfallstor für eine blutliche Verunreinigung des deutschen Volkskörpers durch die jüdische Rasse.

1936 erhielt Grundmann an der Universität Jena einen Lehrauftrag und 1938 eine Professur für Neues Testament und völkische Theologie.³⁵ Trotz einer betont pronationalsozialistischen Rhetorik gelang es ihm und einigen anderen deutschchristlichen Mitstreitern allerdings nicht, ihre deutschchristliche Variante einer nationalsozialistischen „Judenwissenschaft“ der Jenaer Universität einzugliedern. Entsprechende Bemühungen mussten sich deshalb auf den innerkirchlichen Bereich konzentrieren und führten 1939 in Eisenach zur Gründung des Instituts zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche

33 Siehe hierzu Junginger 2006a, 196.

34 So Kittel am 5.12.1933 in einem Schreiben an Staatsminister Schmidt-Ott und im gleichen Tenor am 10.1.1937 an die Deutsche Forschungsgemeinschaft, BArch Berlin R 73, 12142 und 16316, zitiert nach Wassermann 2003, 191–193.

35 Zur Entwicklung der evangelischen Theologie in Jena siehe Heschel 2003.

Leben. Diese auch als „Institutum Antijudaicum“ bezeichnete Einrichtung blieb deswegen eine rein kirchliche Angelegenheit, deren Finanzierung sich mehrere Landeskirchen teilten. Der Grund für die Schwierigkeiten in Jena waren die dort sehr starken antikirchlichen und zum Teil auch deutschgläubigen Gegenkräfte, die mit der SS in Verbindung standen und eine weitere Zunahme deutschchristlichen Einflusses hintertrieben. Vor dem Hintergrund des Jenaer Scheiterns hebt sich die weitere Entwicklung in Tübingen umso deutlicher als ein erfolgreiches Gegenmodell ab.

Nachdem sich im Gefolge des sogenannten Kirchenkampfes die religionspolitischen Verhältnisse gerade im Bereich der Hochschulen zu Ungunsten der beiden christlichen Konfessionen verschoben hatten, konnte die an mehreren deutschen Universitäten angestrebte Neueinrichtung einer Professur zum Studium der „Judenfrage“ auf keinen Fall mehr in einer theologischen Fakultät erfolgen. Als dem maßgeblichen Judenforscher und international ausgewiesenen Neutestamentler war Kittel mehrfach ein solcher Lehrstuhl angeboten worden. Doch Kittel weigerte sich beharrlich, die daran geknüpfte Bedingung zu akzeptieren, nämlich von der Evangelisch-theologischen in die Philosophische Fakultät überzutreten. Er hätte das als Verrat an seinen christlichen Glaubensüberzeugungen empfunden. Der neue hochschulpolitische Kontext eröffnete nun aber für Karl Georg Kuhn die Möglichkeit, sich als Nachwuchswissenschaftler auf dem Gebiet der NS-Judenforschung zu etablieren. Kuhn hatte ursprünglich evangelische Theologie studiert, dann aber 1931 bei dem Orientalisten Enno Littmann (1875–1958) in der Philosophischen Fakultät promoviert. Seine 1934 beim Stuttgarter Kohlhammer-Verlag gedruckte Doktorarbeit erschien in der zweiten Reihe von Kittels „Rabbinischen Texten“, die den tannaitischen Midraschim gewidmet waren.³⁶ Auch wenn die in der Dissertation enthaltene antijüdische Tendenz nicht offen zu Tage trat, wurde sie von einem jüdischen Rezensenten doch bemerkt und als Teil einer prochristlichen Apologetik kritisiert.³⁷

Als Kuhn am 19. März 1932 in Tübingen in die NSDAP eintrat, konnte er noch nicht wissen, dass die Nationalsozialisten im Jahr darauf die Macht in Deutschland übernehmen würden. Auch scheinen antisemitische Motive für seine Annäherung an die NS-Bewegung nicht den Ausschlag gegeben zu haben. Man hielt ihm sogar vor, sich während seiner Studienzeit in Breslau philosemitisch betätigt zu haben. Je mehr sich Kuhn gegen solche Vorwürfe zur Wehr setzte, desto stärker verband sich sein Eintreten für den Nationalsozialismus mit dessen antijüdischer Programmatik. Nach dem Umschwung des Jahres 1933 gewann gerade dieser Punkt einen entscheidenden Einfluss auf seine weitere Entwicklung. Kuhns erster großer öffentlicher Auftritt fand am 3. April 1933 statt, als er im Auftrag des Nationalsozialistischen Ausschusses gegen die jüdische Greuelpropaganda auf dem Tübinger Marktplatz von der Rathauskanzlei herab eine flammende Rede hielt. Das internationale Weltjudentum habe sich gegen Deutschland verschworen und wolle die neue nationale Regierung ökonomisch und propagandistisch in die Knie zwingen. Die antijü-

36 Kuhn 1934.

37 Higger 1936.

dischen Boykottmaßnahmen des Dritten Reiches seien nichts anderes als eine legitime Verteidigung gegen den Kampf und die Hetzpropaganda des international operierenden Judentums.³⁸ Knapp vier Wochen später wurde Kuhn Mitglied der Tübinger SA, wo er auch das Amt eines weltanschaulichen Schulungsreferenten übernahm. Wie es hieß, sei er an der Universität in SA-Uniform und mit Ehrendolch aufgetreten.³⁹

In welche Richtung Kuhns weitere Forschungen gehen würden, zeigt seine akademische Antrittsrede kurz vor Weihnachten 1934.⁴⁰ Der angehende Privatdozent behandelte in ihr die Ausbreitung des Judentums in der Antike, wobei er jedoch sehr schnell einen Bogen zur politischen Gegenwart schlug. Das Problem, das die Welt auch noch heute mit den Juden habe, sei der inneren Struktur des Judentums geschuldet und nur aus der jüdischen Religionsentwicklung heraus zu verstehen. Der Hauptgedanke Kuhns lief darauf hinaus, die Juden selbst, und nicht etwa externe Umweltfaktoren, als die eigentliche Ursache des Judenproblems verantwortlich zu machen. Zum 11. November 1936 erhielt Kuhn in der Philosophischen Fakultät der Universität Tübingen einen Lehrauftrag mit der Bezeichnung „Sprache, Literatur und Geschichte des Judentums mit besonderer Berücksichtigung der Judenfrage“. In einem Schreiben an das Stuttgarter Kultministerium hatte der Rektor Friedrich Focke (1890–1970) knapp einen Monat vorher noch darauf hingewiesen, dass er gerade diese Erweiterung auf die „Judenfrage“ für richtig und angebracht halte.⁴¹

Der Erteilung des Lehrauftrags ging im Juli 1936 eine Anfrage des Reichserziehungsministeriums voraus, die offenkundig auf einer Initiative Walter Franks (1905–1945), des Leiters des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands, beruhte. Es sei angeregt worden, Kuhn einen Lehrauftrag zu gewähren. Das Ministerium bat daraufhin die Universität um eine Stellungnahme.⁴² Drei Tage zuvor war Kuhn am 24. Juli 1936 in den Sachverständigenbeirat der Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts berufen worden. Kuhn erhielt dort das Talmud-Referat und vertretungsweise auch das Palästina-Referat Kittels zugesprochen.⁴³ Vor allem der Forschungsabteilung Judenfrage hatte es Kuhn zu danken, dass seine wissenschaftliche Karriere auf dem Gebiet der „Judenforschung“ einen erfolgreichen Verlauf nahm. Seine Aufnahme in den Sachverständigenbeirat erfolgte auf Betreiben Kittels, der in diesem Gremium einen zentralen Einfluss ausübte. Kittel gelang es auch, seinen früheren Assistenten und Mitarbeiter am Theologischen Wörterbuch, Günter Schlichting, dort unterzubringen. Schlichting hatte davor die

38 Siehe den Bericht in der Tübinger Chronik: Gegen die jüdische Greuelpropaganda 1933.

39 Vos 1984, 93.

40 Der erste Teil der Antrittsrede wurde später publiziert; Kuhn 1935. Siehe außerdem den Bericht darüber in der Tübinger Chronik; Die Ausbreitung des Judentums in der antiken Welt 1934.

41 Friedrich Focke an das Stuttgarter Kultministerium am 16.10.1936, UAT, 126a/284, Personalakte Karl Georg Kuhn, fol. 13. Die 1934 erteilte *Venia legendi* lautete auf Semitische Philologie und Geschichte des Judentums.

42 Schreiben des Reichserziehungsministeriums an das Rektorat am 27.7.1936, ebd., fol. 13.

43 Schreiben des Leiters der Forschungsabteilung Judenfrage Wilhelm Grau an Karl Georg Kuhn am 24.7.1936, ebd.

Seminarbibliothek der Evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Tübingen geleitet und erhielt nun die Aufgabe, in München eine Spezialbibliothek zur „Judenfrage“ aufzubauen.⁴⁴ Im Gegensatz zu Kittel, der erst im Mai 1933 in die Partei eintrat, gehörte Schlichting schon seit August 1930 der NSDAP an. Mit dem antisemitischen und deutschvölkischen Philosophen Max Wundt betätigte sich noch ein weiterer bekannter Tübinger Wissenschaftler in der Forschungsabteilung Judenfrage.⁴⁵ Kuhn konnte über die Einbindung in einen interdisziplinär angelegten Verbund namhafter Forscher entsprechende Beziehungen knüpfen und sein wissenschaftliches Talent in einem geeigneten Rahmen weiter entfalten. Er entwickelte sich dabei zu einem anerkannten „Judenforscher“, dessen Expertenwissen vielfach nachgefragt wurde.

Als die Forschungsabteilung Judenfrage Anfang 1939 an der Universität Berlin eine Veranstaltungsreihe zum Thema „Judentum und Judenfrage“ durchführte, hielten Kittel, Kuhn und Wundt vielbeachtete Vorträge. Die „Tübinger Chronik“ berichtete ausführlich darüber und schrieb, dass nunmehr der Beweis erbracht worden sei, dass es sich beim Antisemitismus des Dritten Reiches um keine Sache des Radaus, sondern um „eine Sache ernster wissenschaftlicher Erkenntnis“ handle.⁴⁶ Kuhns am 19. Januar 1939 über den Talmud gehaltener Vortrag erzielte den weitaus größten Erfolg der Reihe und war mit 2500 Zuhörern am besten besucht. Dem von der Pressestelle der Universität Tübingen verbreiteten Bericht zufolge interpretierte Kuhn dabei den Talmud als die eigentliche Grundlage jüdischen Wesens. Hier in einer langen Tradition antitalmudischer Polemik stehend, rechnete Kuhn die maßlose Beleidigung und Beschimpfung des Christentums, die ekelerregende und schamlose Behandlung sexueller Dinge und schließlich den empörenden Hass der Juden auf alles Nichtjüdische zu den Kennzeichen einer talmudischen Gesinnung, die auch für die Juden der Gegenwart charakteristisch sei.⁴⁷ Der „Völkische Beobachter“ lobte Kuhn als einen Orientalisten internationalen Ranges, der in diesem Vortrag einen trefflichen Einblick in die abstruse Denkweise des Talmud gegeben und den schlüssigen Beweis erbracht habe, dass der Talmud das jüdische Wesen und den jüdischen Geist in reinster Form zum Ausdruck bringe. Annähernd eine Million Volksgenossen wurden darüber unterrichtet, dass dem Tübinger Talmudspezialisten zufolge die jüdische Art über alle Zeiten und politischen Systeme hinweg stets gleich geblieben sei. Die Auseinandersetzung mit der „Judenfrage“ hätte sich deshalb noch lange nicht erledigt, „wenn auch der moderne Jude, besonders der westeuropäischer Prägung, oft nur noch wenig vom Talmud weiß“.⁴⁸

44 Siehe zu Schlichtings weiterer Tätigkeit Junginger 2006a, 182f.

45 Siehe zu Wundt den Beitrag von Manfred Hantke in diesem Band.

46 Teuber 1939; Deutsche Wissenschaft gegen das Weltjudentum 1939; Wie wurde das Weltjudentum 1939.

47 Siehe den hektographierten Bericht über Kuhns Berliner Vortrag, der am 24.1.1939 von der Pressestelle der Universität an verschiedene Zeitungen zur Verbreitung geschickt wurde; Universitätsarchiv Tübingen, 126a/284, Personalakte Kuhn, fol. 22.

48 Die Gedankenakrobatik des Talmud 1939. Betrug die Auflage des Völkischen Beobachters zu Beginn des Dritten Reiches etwa 130 000 Exemplare, überschritt sie 1940 die Millionengrenze und stieg bis 1944 auf 1,7 Millionen an.

Kuhn variierte seine Ausführungen über den Talmud noch in vielen anderen Vorträgen, so am 23. Januar 1939 bei einer Veranstaltung der Wissenschaftlichen Akademie des Tübinger Dozentenbundes. Der darüber berichtende Korrespondent der „Tübinger Chronik“ stellte Kuhns Ansprache in den Kontext der Berliner Vortragsreihe und wies mit demonstrativer Genugtuung darauf hin, dass die Universität Tübingen „im Kampf der Wissenschaft gegen das Judentum mit starken Streitern vertreten“ sei. Dabei konnte er an den Akademievorsitzenden und Rektor der Universität Hermann Hoffmann (1891–1944) anknüpfen, der in seinen einleitenden Worten die großen Verdienste Kittels, Kuhns und Wundts im Kampf gegen das Judentum hervorgehoben hatte. Der Bericht in der „Tübinger Chronik“ endete mit dem prophetischen Satz: „Das Verdienst des nationalsozialistischen Deutschlands aber ist es, in seinem Teil einmal einen radikalen Versuch zur Lösung des Judenproblems unternommen zu haben, der der Anfang einer Weltlösung werden kann.“⁴⁹

Das öffentliche Auftreten Kuhns führte dazu, dass man auch andernorts auf den begabten Tübinger Nachwuchswissenschaftler aufmerksam wurde. Vor allem Kuhns Berliner Vorträge hatten ihre Wirkung nicht verfehlt. Als die Philosophische Fakultät der Universität Berlin im Sommer 1939 eine Professur zur Erforschung der „Judenfrage“ beantragte, benannte sie Kuhn als den in jeder Hinsicht am besten dafür geeigneten Gelehrten.⁵⁰ Nachdem man von den Berliner Absichten Wind bekommen hatte, schrillten in Tübingen allerdings die Alarmglocken. Die bereits bestehenden eigenen Pläne wurden nun noch stärker forciert. Wie der Dozentenführer Robert Wetzels (1898–1962) dem Stuttgarter Kultministerium im November 1939 vertraulich mitteilte, werde durch eine Intervention der Reichsdozentenführung die Angelegenheit in Berlin noch etwas hinausgezögert, um die drohende Wegberufung Kuhns zu verhindern. Schon seit einiger Zeit versuche man, die Judenforschung an der Eberhard-Karls-Universität zu etablieren. Er hätte sich deshalb darum bemüht, Kuhns Lehrer Kittel angesichts der auch „parteiamtlich anerkannten Bedeutung seiner Forschungen über die Geschichte des Judentums dazu zu bewegen, als hauptsächliches Lehramt einen Lehrstuhl für die Geschichte des Judentums in Tübingen zu übernehmen“. Weil Kittel die Theologische Fakultät definitiv nicht verlassen werde, auf der anderen Seite nun aber das Angebot eines neutestamentlichen Lehrstuhls an der Universität Wien erhalten habe, wäre es doch das Beste, wenn Kuhn an seine Stelle treten würde. Es würde auch Kittels Judenforschung aufwerten, wenn Kuhn gerade diesen Teil seiner Arbeit in Tübingen fortsetzen würde. „Dann könnte unser Vorschlag, der zuerst auf die Person Kittels zugeschnitten war und an seinem Widerstand scheiterte, auf die Person Kuhns übertragen und verwirklicht werden.“⁵¹

Dass Kuhn wenige Wochen vorher, am 18. Oktober 1939, zum Dozenten neuer Ordnung ernannt und in das Beamtenverhältnis übernommen wurde, verlieh dem Tübinger Anliegen weiteren Nachdruck. So kurz nach dem Überfall auf Polen be-

49 Dangel 1939.

50 Schreiben des Dekans der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin an das Reichserziehungsministerium am 23.6.1939, UAHB Phil. Fak. Dekanat, Nr. 1453, fol. 1f.

51 Schreiben Wetzels an das Kultministerium in Stuttgart am 13.11.1939, UAT 126a/284, Personalakte Kuhn, fol. 34.

deutete das eine besondere Anerkennung für Kuhn, denn der mit dem Kriegsbeginn einhergehende allgemeine Stellenstopp ließ die Hoffnung auf die schnelle Einrichtung einer Professur zum Studium der „Judenfrage“ zunächst einmal in den Hintergrund treten. Doch auf der anderen Seite beförderte der Krieg auch Kuhns berufliches Fortkommen. Ein ihm vom Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands verliehener und als kriegswichtig eingestuftes Sonderauftrag bewahrte ihn davor, eingezogen zu werden und ermöglichte ihm, eine „Studienfahrt“ in das Warschauer Ghetto zu unternehmen. Dort suchte er zusammen mit dem Judenreferenten der Gestapo die jüdische Gemeinde auf, um deren Schrifttum daraufhin zu inspizieren, inwieweit es für eine Sicherstellung und wissenschaftliche Auswertung in Frage kommen könnte. In dem vom Reichserziehungsministerium beim Tübinger Wehrmeldeamt für Kuhn eingereichten Rückstellungsantrag hieß es geradezu euphorisch, dass der Sieg des Reiches in Polen „einzigartige“ Forschungsmöglichkeiten geschaffen habe. Es sei für die Wissenschaft von außerordentlicher Bedeutung, das Problem des Ostjudentums gerade jetzt zu untersuchen, „solange dazu die Gelegenheit an Ort und Stelle günstig ist“. Kuhn sei ein führender Hebraist und Talmudist und in besonderer Weise geeignet, den an ihn ergangenen Sonderauftrag durchzuführen.⁵²

In späteren Schreiben wurde mehrfach auf Kuhns „Studienreise“ nach Polen Bezug genommen und als Beleg für die politische Bedeutung seiner wissenschaftlichen Arbeit angeführt. In dem von der Philosophischen Fakultät am 17. April 1940 gestellten Antrag auf Verleihung eines fünfständigen besoldeten Lehrauftrags an Kuhn führte ihr Dekan Carl August Weber (1895–1955) beispielsweise aus:

„Durch die Forschungen von Prof. Kittel, Prof. Wundt und Dozent Dr. Kuhn ist die Universität Tübingen führend geworden in der wissenschaftlichen Erforschung der weltanschaulich und rassenpolitisch besonders bedeutungsvollen Judenfrage. Die größte Gewähr für einen umfassenden zukünftigen Ausbau dieser Forschungsrichtung bietet Dr. Kuhn als hervorragender Kenner der jüdischen Geschichte und Literatur. Ein soeben ergangener Sonderauftrag zum Studium des talmudistischen Judentums in Polen hebt erneut seine Bedeutung vor allen Forschern in Deutschland hervor.“⁵³

Es bestehe die Gefahr, dass Kuhn von einer anderen Universität abgeworben werde, wenn Tübingen keine feste Stelle für ihn schaffe. Eine Aussprache zwischen dem derzeitigen stellvertretenden Rektor und Dozentenführer Wetzel und Kuhn hätte nun aber zu dem Ergebnis geführt, dass Kuhn „bis zur Bereitstellung einer Sonderprofessur zur Erforschung des Judentums durch unsere Universität“ auf einen Lehrstuhl außerhalb Tübingens verzichten werde. Diesen Verzicht wollte Weber umso höher bewertet wissen, weil sich Kuhn im Klaren darüber sei, „daß wir ihm die vorgesehene Professur zunächst noch nicht zuweisen können“.⁵⁴ Der beantragte Lehrauftrag diene daher dem Zweck, Kuhn bis zu diesem Zeitpunkt finanziell abzusichern.

52 Der Reichsverteidigungsreferent des Ministeriums Büchsel an das Wehrmeldeamt in Tübingen-Lustnau am 14.3.1940, UAT 126a/284, Personalakte Kuhn, fol. 38. Siehe zu dem ganzen Vorgang Junginger 2006a, 185f.

53 UAT 126a/284, fol. 40.

54 Ebd.

Nicht nur die Fakultät, auch die Tübinger Universitätsleitung und das Stuttgarter Kultministerium hatten ein großes Interesse daran, die „Judenforschung“ an der Eberhard-Karls-Universität im Kontext ihrer politischen und organisatorischen Neuausrichtung zu verstärken. Anlässlich des Rektoratswechsels von Hermann Hoffmann zu Otto Stickl (1897–1951) hielt Ministerpräsident und „Kultminister“ Christian Mergenthaler (1884–1980) drei Tage nach der Wiedereröffnung der Universität am 11. Januar 1940 in Tübingen eine Ansprache über die „Bedingungen wissenschaftlicher Arbeit im Krieg“, in der er der Universität bescheinigte, auf dem Weg ihrer politischen und ideologischen Reorganisation bedeutende Fortschritte gemacht zu haben.⁵⁵ Sowohl der alte als auch der neue Rektor gingen dann im Detail auf die zu diesem Zweck unternommenen Strukturmaßnahmen ein, wobei sie jene Fächer besonders hervorhoben, die in irgendeiner Weise rassenkundlich arbeiteten. Hierbei maßen sie der am 1. August 1939 erfolgten Aufwertung des Lehrstuhls für Rassenbiologie zum Ordinariat sowie der geplanten Errichtung eines Lehrstuhls für Judenforschung eine zentrale Bedeutung bei.⁵⁶ Hoffmann erwähnte überdies die am 8. Juni 1939 geschaffene Forschungsstelle für rassenkundliche Kolonialforschung und den im Sommer 1939 eingerichteten Lehrstuhl für weltpolitische Auslandskunde und Kolonialwissenschaft.⁵⁷

Auch Dozentschaftsführer Robert Wetzel betonte die Wichtigkeit der Biologie, der Rassenkunde, der Germanen- und Indogermanenforschung sowie der Religionswissenschaft, als er ein halbes Jahr später in einem langen Zeitungsartikel die Aufgaben der Universität als die einer „geistigen Garnison des Reiches“ beschrieb, die ihren Beitrag im völkischen Lebenskampf zu leisten habe. Für die „verschiedenen Tübinger Arbeiten auf dem Gebiet der Judenforschung“ sei eine organisatorische Absicherung unbedingt erforderlich. Und wie Hoffmann plädierte auch Wetzel für eine Zusammenfassung der württembergischen Hochschulen zu einer „Großhochschule Schwaben“, um die wissenschaftliche Arbeit während des Krieges besser planen und effektiver gestalten zu können. Als Präsident der neu gegründeten Dozentenbundakademie verwies Wetzel aber auch auf die Notwendigkeit, bei der Durchdringung der Universität mit nationalsozialistischem Geist nicht nachzulassen.⁵⁸ Der von ihm und Hermann Hoffmann als wissenschaftlichem Leiter gemeinsam herausgegebene Akademieberand fasste 1940 die bis dahin geleistete Arbeit zusammen. Neben einem Akademievortrag Kuhns zum Talmud enthielt er einen noch stärker antisemitisch argumentierenden Beitrag von Thomas Miller (1909–1945), Bibliothekar an der Tübinger Universitätsbibliothek, der mit stau-

55 Siehe dazu den Bericht in der Tübinger Chronik vom 12.1.1940: Rektoratsübergabe an der Universität Tübingen 1940.

56 Ebd. In der von Hoffmann herausgegebenen Chronik der Universität für die Jahre 1938 und 1939 wird hingegen der 1.9.1938 als Datum genannt. Im direkten Anschluss daran heißt es: „Das nächste Spezialziel wird die Errichtung eines Lehrstuhls für ‚Judenforschung‘ sein“; Hoffmann 1940, 121.

57 Zur Tübinger Kolonialforschung siehe die Artikel von Mario Daniels und Udo Mischek in diesem Band.

58 Wetzel 1940. Zur Funktion der Wissenschaftlichen Akademie des NS-Dozentenbundes als ideologische Speerspitze des Nationalsozialismus siehe Junginger 1999, 153–157.

nenswerter Kenntnis der Archivquellen den Nachweis führen wollte, dass die Universität Tübingen seit ihrer Gründung durch Graf Eberhard im Bart im 15. Jahrhundert nichts anderes als ein antijüdisches Bollwerk gewesen sei.⁵⁹

Zwei Monate vor seinem Artikel in der „Tübinger Chronik“ hatte Wetzels am 24. April 1940 in einem Schreiben an das Rektorat hervorgehoben, dass es darauf ankomme, Kuhns Stelle in einen größeren Forschungskontext einzubinden. Es müsse das Bestreben der Universität sein, verwandte Fächer zu „massieren“, um eine umfassendere Bearbeitung zu gewährleisten. Ein erster Schritt dazu sei die Einrichtung einer „Fachgruppe orientalischer Sprachen- und Kulturgeschichte“ mit besonderer Betonung des Judentums. Zu diesem Zweck sei es unbedingt erforderlich, dass Kuhn den im April beantragten Lehrauftrag nun auch erhalte.⁶⁰ Hermann Hoffmann wandte sich in Vertretung des neuen Rektors deshalb Anfang Mai ein weiteres Mal an das Kultministerium mit dem Hinweis darauf, dass Kuhn die gegebene Persönlichkeit sei, „um an der Universität Tübingen in Lehre und Forschung die Judenfrage zu vertreten“⁶¹. Daraufhin erklärte das Stuttgarter Ministerium schon eine Woche später sein Einverständnis. Hoffmann konnte deshalb am 17. Mai 1940 dem Dekan und dem Dozentenführer die erfreuliche Mitteilung machen, dass Kuhn zum 2. Trimester 1940 einen besoldeten fünfständigen Lehrauftrag für Sprache, Literatur und Geschichte des Judentums erhalten werde.⁶²

Um diesen Erfolg zu verstetigen, setzte sich der Dekan der Philosophischen Fakultät am 27. September 1940 erneut mit dem Rektorat in Verbindung. Seinen früheren Antrag vom 17. April 1940 aufgreifend, bekräftigte Weber zum wiederholten Mal, wie notwendig eine „wissenschaftliche Aufklärung“ über das Judentum sei und für wie geeignet man den in Aussicht genommenen Kandidaten halte. Kuhn habe sich nicht nur durch eine erfolgreiche Lehrtätigkeit an der Universität und eine Reihe allgemeinverständlicher Vorträge in verschiedenen Städten des Reiches ausgezeichnet. Auch sei seine Vorrangstellung auf dem Gebiet der „Judenforschung“ erst jüngst „durch einen Sonderauftrag zum Studium des talmudistischen Judentums in Polen und zur Sicherstellung talmudistischer Handschriften und Bibliotheken“ anerkannt worden.⁶³ Die Voraussetzungen für die Einrichtung einer „Sonderprofessur“ und für „den Ausbau dieses neuen politisch wichtigen Wissenschaftsgebietes“ seien im Moment ausgesprochen günstig.

Zur Unterstützung des Antrags nahm der Dozentenführer ebenfalls Stellung und unterstrich am 4. Oktober 1940 in einem Brief an das Rektorat, wie wichtig es sei, schnell zu handeln, damit Tübingen nicht von einer anderen Universität der Vorrang abgelaufen würde. Es bestehe nicht der mindeste Anlass, „auf das Tübinger Vorrecht und den sachlichen Tübinger Vorsprung in der wissenschaftlichen Be-

59 Kuhn 1940 und Miller 1940.

60 Schreiben Wetzels an das Rektorat am 24.4.1940, UAT 126a/284, Personalakte Kuhn, fol. 40.

61 Schreiben Hoffmanns an das Stuttgarter Kultministerium am 4.5.1940, ebd.

62 Antwortschreiben des Ministeriums am 11.5. und Schreiben Hoffmanns an den Dekan und den Dozentenführer am 17.5.1940, ebd.

63 Der Dekan der Philosophischen Fakultät Weber an das Rektorat am 27.9.1940, ebd., fol. 44, und UAT 131/128.

arbeitung der Judenfrage zu verzichten“.⁶⁴ „Auf das Schärfste“ trat Wetzel dafür ein, dass die Kuhn'sche Professur „als eine *zusätzliche* Verstärkung der Tübinger Wissenschaftsgruppe Judentum – Semitologie – Rassenforschung“ angesehen werde.⁶⁵ Man müsse unbedingt verhindern, dass damit die Neubesetzung der in absehbarer Zeit frei werdenden Professur Enno Littmanns verknüpft würde, womit man bei den Einsparungsbemühungen des Berliner Ministeriums unter Umständen zu rechnen habe.

Da auf Seiten der Ministerien in Stuttgart und Berlin eine positive Reaktion ausblieb, sah sich Carl August Weber am 11. März 1941 veranlasst, einen weiteren Vorstoß über das Rektorat zu unternehmen, um die „Errichtung eines Lehrstuhls für die Erforschung des Judentums in Form einer ao. Professur für Dozent Dr. K. G. Kuhn“ anzumahnen. Dieses eingangs erwähnte und auszugsweise bei Walter Jens abgedruckte Schreiben Webers ist von außerordentlicher Bedeutung, weil es eine wohlüberlegte und ausführliche inhaltliche Begründung dafür enthielt, warum die Universität Tübingen eine solche Professur für notwendig erachtete. Nachdem Weber zunächst auf die mit Tübingen konkurrierenden Universitäten in Posen und Frankfurt hingewiesen hatte, stellte er die rassenkundliche Tradition der Universität Tübingen heraus, durch die sich Tübingen schon seit vielen Jahren auszeichnen würde. Auf dieser Grundlage sei die Erforschung des Judentums schon bislang betrieben worden. Doch nun komme es entscheidend darauf an, der „Judenforschung“ eine feste organisatorische Gestalt zu geben. Webers Argumente verdienen es, ausführlich wiedergegeben zu werden. Er schrieb:

„Die Aufgabe der neuen Professur soll darin bestehen, aus dem jüdischen Schrifttum und der jüdischen Geschichte die charakteristischen Züge so überzeugend zu entwickeln, daß die jüdische und judenfreundliche Gegnerschaft des Nationalsozialismus und der nationalsozialistischen Hochschule sich einer wissenschaftlichen Diskussion stellen muß. Dies ist vordringlich wichtig für die innere Sicherung des neuen Europas und im weiteren Sinne zur Durchsetzung unseres deutschen Führungsanspruchs. Diese Aufgabe kann nur von einer hauptamtlichen Kraft in Angriff genommen werden, die Sprache und Schrifttum der Juden in Vergangenheit und Gegenwart beherrscht sowie die Geschichte und die vorderasiatisch-orientalische Umwelt aus den Originalquellen heraus kennt. Bisher sind wir in der schwierigen Lage, die jüdischen Äußerungen schlechthin als jüdischen Geist zu definieren, ohne quellenmäßig und kritisch sagen zu können, worin die jüdische Haltung begründet ist, und welche Ausdrucksformen sie aus sich heraus entwickelt hat. Die Bestimmung des Jüdischen darf nicht allein abhängig sein vom Stammbaum, sondern muß bei der Adaptionsfähigkeit als einer besonderen Rasseeigentümlichkeit mit wissenschaftlichen Kategorien gefasst werden.“⁶⁶

Webers Argumentation lässt deutlich erkennen, wie er versuchte, einen alten, nicht zuletzt über die Kenntnis der Quellsprachen definierten Wissenschaftsbegriff mit den neuen politischen Anforderungen in Übereinstimmung zu bringen. Die Beherrschung des Hebräischen und die Beherrschung Europas gingen dabei eine eigenartige Verbindung ein. Weber zeigte sich außerdem über die Schwierigkeiten im

64 Wetzel an das Rektorat am 4.10.1940 betr. „Errichtung eines Lehrstuhls für die Erforschung des Judentums in Form einer ao. Professur für Dozent Dr. K. G. Kuhn“, UAT 126a/284., fol. 44 und UAT 131/128.

65 UAT 126a/284, Hervorhebung im Original.

66 Weber an den Rektor am 11.3.1941, ebd.

Bilde, jüdische Charakteristika in einer wissenschaftlich seriösen Weise zu bestimmen. Da sich die naturwissenschaftliche Rassenkunde nicht in der Lage zeigte, materiale Eigenschaften des Blutes oder auch rassistisch determinierte Körpereigenschaften herauszuarbeiten, konnte er hier die fachliche Kompetenz der Geisteswissenschaften ins Spiel bringen, denen folglich die Aufgabe zufiel, allgemeine Aussagen über bestimmte Wesenseigenschaften der jüdischen Rasse zu machen.

Mit seiner Einschätzung über die neue Bedeutung einer geisteswissenschaftlichen Erforschung der „Judenfrage“ lag Weber sicherlich richtig. Auch waren die Rahmenbedingungen, die gemeinhin notwendig sind, um ein neues Fach oder einen neuen Lehrstuhl an der Universität zu etablieren, im Falle der „Judenproblematik“ in besonderer Weise gegeben. Es lag ein von allen relevanten Kräften anerkannter Bedarf nach der neuen Forschungsrichtung vor, und es gab einen wissenschaftlich herausragend qualifizierten Bewerber, der als Privatdozent seit Jahren mit Erfolg das Studium der „Judenfrage“ in Vorlesungen und Übungen vertrat. Die intendierte Stelle versprach einen bedeutenden politischen Nutzen und hatte eine von vornherein darauf abzielende anwendungsorientierte Ausrichtung. Von ihrer Thematik her passte die „Judenforschung“ ganz ausgezeichnet in den rassenkundlichen Zusammenhang, der von der Universitätsleitung in den vorausgegangenen Jahren zum Gegenstand einer weitreichenden Strukturplanung gemacht worden war. Über die personelle Verflechtung mit der Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands bestand eine exzellente Einbindung in ein interdisziplinär ausgerichtetes Netzwerk renommierter Hochschullehrer, deren wissenschaftliche Projekte durch erhebliche Finanzmittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wurden.⁶⁷ Auch von politischer Seite erfuhr die „Judenforschung“ jede nur erdenkliche Aufmerksamkeit, wie sie umgekehrt über entsprechende Publikationen, öffentliche Vorträge, Ausstellungen und Presseberichte in weiten Kreisen der Gesellschaft bekannt und sichtbar geworden war. Eine solch einhellige Unterstützung durch die Politik und eine interessierte Öffentlichkeit, außerdem durch die Fakultät, das Rektorat und die übergeordnete Instanz des Wissenschaftsministeriums, konnte kaum ein zweites Fach aufweisen.

Trotz dieser ausgezeichneten Voraussetzungen verlief die Entwicklung dann aber anders, als man es sich in Tübingen vorgestellt und gewünscht hatte. Erstaunt musste man feststellen, dass sich das Reichserziehungsministerium in Berlin den Plänen nach Einrichtung eines Lehrstuhls zur Erforschung der „Judenfrage“ an der Universität Tübingen gegenüber zunehmend zurückhaltend, ja ablehnend zeigte und letztendlich das Anliegen abschlägig beschied. Für diese überraschende Wendung gaben dreierlei Gründe den Ausschlag. Zum einen hatte man in Tübingen den Wunsch nach einem Lehrstuhl zur Erforschung der „Judenfrage“ zu offensiv vorgebracht und im Überschwang, ein politisches Problem von existentieller Wichtigkeit zu artikulieren, nicht ausreichend auf die Zuständigkeitshierarchien Rücksicht genommen. Man hatte sich von Anfang an auf eine „Sonderprofessur“ versteift und wollte auf keinen Fall eine andere Stelle in der Philosophischen Fakultät dafür op-

67 Siehe dazu besonders die separate Beilage, die Heiber seinem Buch über das Reichsinstitut beifügte. Auch Kuhn erhielt mehrfach eine Projektförderung durch die DFG.

fern. Zwar hatte schließlich die Medizinische Fakultät dazu bewegen werden können, für den gewünschten Zweck eine Oberarztprofessur zur Verfügung zu stellen. Doch der Plan scheiterte am Einspruch Berlins. Wetzel hatte am 5. Oktober 1940 bei der Medizinischen Fakultät angefragt und drei Wochen später die positive Rückmeldung erhalten, dass sich die Medizinische Fakultät im Einverständnis mit dem Direktor der Medizinischen Klinik bereit erklärte, „zur Einrichtung einer Professur für die Erforschung des Judentums die im Haushaltsplan der Medizinischen Klinik vorgesehene Stelle eines beamteten a. O. Professors der Philosophischen Fakultät zur Verfügung zu stellen“.⁶⁸ Noch im gleichen Monat leitete Wetzel den Vorschlag nach Stuttgart weiter, wo man in Abstimmung mit Berlin nun allerdings noch Bedarf für eine „eingehende Begründung der Notwendigkeit und des Umfangs der neuen Professur“ sah.⁶⁹ Schließlich lehnte das Reichserziehungsministerium die gewünschte Umwidmung im September 1941 definitiv und kategorisch ab. Die in Aussicht genommene Oberarztprofessur sei ausschließlich dem Nachwuchs der medizinischen Hochschullehrer vorbehalten.⁷⁰ Ganz offensichtlich wollte das Reichserziehungsministerium demonstrieren, wer allein für die Einrichtung von Professuren zuständig war und dass man keinesfalls daran dachte, bei der Verlagerung bestehender oder bei der Schaffung neuer Planstellen das Heft aus der Hand und Kompetenzen an untergeordnete Instanzen abzugeben.

Der zweite Grund für die Ablehnung einer „Sonderprofessur“ zum Studium der „Judenfrage“ ist darin zu sehen, dass einer von Kuhns wichtigsten Förderern, der Leiter des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands Walter Frank, beim Berliner Ministerium in Ungnade gefallen war. Frank hatte massiv in Tübingen, Stuttgart und Berlin interveniert, um Kuhn eine Professur zu verschaffen, die natürlich auch das Renommee der Forschungsabteilung Judenfrage erhöht hätte. Allerdings hatte Frank seine Forderungen in einer derart anmaßenden Weise vorgebracht, die eigentlich nur Verstimmung auslösen konnte. Im Zuge seiner Entmachtung sah das Reichserziehungsministerium immer weniger eine Notwendigkeit darin, auf Franks Wünsche einzugehen.

Das dritte und wahrscheinlich entscheidende Motiv für die ablehnende Haltung Berlins bestand darin, dass sie einer veränderten Ausgangslage Rechnung trug. Nach der Vertreibung der deutschen und dann auch europäischen Juden hatte die Phase der Vernichtung eingesetzt, so dass keine direkte Notwendigkeit mehr vorlag, etwas zu untersuchen, das so nicht mehr existierte. Das Problem hatte sich, zynisch gesprochen, in Luft beziehungsweise in Rauch aufgelöst. Wie U. D. Adam richtig erkannte, lag die Ablehnung des Tübinger Anliegens deshalb vor allem in

68 Schreiben Wetzels an den Dekan der Medizinischen Fakultät am 5.10.1940, und Schreiben des Dekans der Medizinischen Fakultät an den Rektor am 26.10.1940. Die Medizinische Fakultät machte aber zur Bedingung, dass die Gesamtzahl ihrer planmäßigen Stellen nicht verringert und dass man die Leihgabe bei Eigenbedarf zurückbekommen würde; UAT 126a/284, Personalakte Kuhn, fol. 44.

69 Wetzel an das Stuttgarter Ministerium am 21.10.1940 und Schreiben des Stuttgarter Kultministeriums an den Rektor am 1.3.1941, ebd.

70 Schreiben des Reichserziehungsministeriums an das Stuttgarter Kultministerium, o. D. (mit Eingangsstempel vom 1.9.1941), ebd., fol. 48.

der Tatsache begründet, „daß man bei der in Angriff genommenen ‚Endlösung der Judenfrage‘ derartiger Lehrstühle nicht mehr bedurfte“.⁷¹

Als man in Tübingen merkte, wie die Dinge standen, reduzierte die Philosophische Fakultät das Anliegen eines neuen Lehrstuhls auf den Wunsch nach einer außerplanmäßigen Professur für Kuhn. Dies sei, wie ihr neuer Dekan Otto Weinreich am 23. Januar 1942 an den Rektor schrieb, das Mindeste, was man für Kuhn tun solle.⁷² Weinreich musste dann aber im September 1942 erneut nachhaken, bis sich das Reichserziehungsministerium schließlich einverstanden erklärte und Kuhn am 28. September 1942 zum außerplanmäßigen Professor ernannte.⁷³ Die Ernennung enthielt aber den Zusatz, dass sie keine weitergehenden Ansprüche an den Staat und insbesondere keine Anwartschaft auf die Übertragung eines planmäßigen Lehrstuhls begründe.⁷⁴ Das heißt, die „Judenfrage“ wurde, abgesehen von einigen Veranstaltungen anderer Hochschullehrer, an der Universität Tübingen weiterhin durch einen beamteten Dozenten neuer Ordnung vertreten.

3. Die Verbindung von Theorie und Praxis

Auf den ersten Blick könnte man die nicht genehmigte Professur zum Studium der „Judenfrage“ an der Universität Tübingen als einen Misserfolg und als Zeichen eines gescheiterten Institutionalierungsprozesses ansehen. Die Philosophische Fakultät und die Universitätsleitung, ganz zu schweigen von dem vorgesehenen Kandidaten, empfanden es mit Sicherheit als eine Niederlage, dass ihre langjährigen Bemühungen um ein judenkundliches Ordinariat nicht zu dem gewünschten Ergebnis führten. Auf der anderen Seite lehrten mit Gerhard Kittel und Karl Georg Kuhn zwei herausragende Judenforscher in Tübingen, die das Ansehen der Universität beträchtlich steigerten und die in der sich im deutschen Hochschulwesen seit der Mitte der 1930er Jahre ausdifferenzierenden „Judenwissenschaft“ eine Spitzenposition einnahmen. Aus nationalsozialistischer Sicht wies die Eberhard-Karls-Universität auch auf rassenkundlichem Gebiet weit überdurchschnittliche Leistungen auf. Doch wenn etwas als universitäres Alleinstellungsmerkmal gelten konnte, dann war es die Tübinger „Judenforschung“.

Die vier Tübinger Wissenschaftler Kittel, Kuhn, Schlichting und Wundt bildeten in der Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands einen einflussreichen Block, aus dem insbesondere Gerhard Kittel herausragte. Kittel kann sicherlich als der führende Kopf der Forschungsabteilung Judenfrage insgesamt angesehen werden. Zusätzlich zu seiner neutestamentlichen Vertretungsprofessur an der Universität Wien nahm er in der dortigen Philosophischen Fakultät ab Ende Dezember 1940 einen antisemitischen Lehrauf-

71 Adam 1977, 179.

72 Otto Weinreich an das Rektorat am 23.1.1940, UAT 126a/284, Personalakte Kuhn, fol. 51.

73 Schreiben Weinreichs an das Rektorat am 26.9.1942, ebd., fol. 51.

74 „Eine Änderung in Ihren Dienstverhältnissen tritt mithin nicht ein“; Schreiben des Reichserziehungsministeriums an Kuhn und an das Rektorat am 28.9.1942, ebd.

trag über die ältere Geschichte des Judentums wahr.⁷⁵ Auch wenn sein Schüler Kuhn im September 1942 an der Universität Tübingen letztlich keinen Lehrstuhl erhielt, so war Kuhn gleichwohl der erste nominelle Professor, der an einer deutschen Universität die „Judenforschung“ in Vorlesungen und Seminaren vertrat. Sieht man einmal davon ab, dass die universitätsintern so wichtige hierarchische Feingliederung und der Unterschied zwischen einem außerplanmäßigen und einem außerordentlichen Professor in der Außenwahrnehmung keinerlei Bedeutung hatte, könnte ein Schreiben Otto Weinreichs aus dem Jahr 1943 ein Hinweis darauf sein, dass im Hinblick auf einen Lehrstuhl für Kuhn das letzte Wort noch nicht gesprochen war. Der Dekan der Philosophischen Fakultät machte am 20. April 1943 das Rektorat darauf aufmerksam, dass der ursprüngliche Umwidmungsplan zwar gescheitert sei, dass man aber versprochen habe, eine Möglichkeit zu finden, Kuhn zu einer planmäßigen Professur zu verhelfen.⁷⁶ Kurz vor Kriegsende wurde Kuhn jedenfalls zur Einreichung einiger Schriften aufgefordert, die er am 9. Januar 1945 an das Rektorat sandte.⁷⁷

Als im Herbst 1944 an der Universität Frankfurt ein Lehrstuhl für „Judenforschung“ eingerichtet werden sollte, wurde wieder einmal Kuhn als die am besten dafür geeignete Persönlichkeit genannt. Treibende Kraft hinter den Frankfurter Plänen war Alfred Rosenberg und das in seinem Geschäftsbereich angesiedelte Institut zur Erforschung der Judenfrage, die wichtigste Konkurrenzorganisation zur Münchener Forschungsabteilung Judenfrage. Einem Aktenvermerk, den der Leiter des Instituts Klaus Schickert nach einem Gespräch mit dem Gaudozentenbundführer von Hessen-Nassau Heinrich Kranz (1897–1945) anfertigte, lässt sich entnehmen, „daß sich das Reichserziehungs-Ministerium mit der Errichtung eines Lehrstuhls für Judenkunde an der Frankfurter Universität und mit der Besetzung dieses Lehrstuhls durch den a. o. Professor [sic!] Dr. Karl-Georg Kuhn, Tübingen, einverstanden erklärt habe“⁷⁸. Wenige Tage später, am 31. Oktober 1944, teilte Rosenbergs persönlicher Referent Werner Koeppen Schickert mit, dass er den Aktenvermerk „betreffend Errichtung eines Lehrstuhls für Judenkunde an der Universität Frankfurt a. M. und die Nominierung von Prof. Kuhn für diesen Posten“ seinem Chef vorgelegt habe. Der Reichsleiter sei sehr angetan, er erwarte aber von Kuhn eine Zusammenarbeit mit dem Amt Rosenberg.⁷⁹ Schickert solle die notwendigen Schritte veranlassen, die freilich durch die weitere Kriegsentwicklung zunichte gemacht wurden.

75 Die Verleihung erfolgte am 28.12.1940; UAW PH PA 2193, Personalakt Gerhard Kittel, fol. 15.

76 Schreiben Otto Weinreichs an das Tübinger Rektorat am 20.4.1943, UAT 126a/284, Personalakte Kuhn, fol. 56. Von wem dieses „Versprechen“ ausging und wer sich hinter dem „man“ verbarg, wurde von Weinreich nicht ausgeführt.

77 Ebd., fol. 59.

78 Aktenvermerk Klaus Schickerts vom 26.10.1944 betr. „Errichtung eines Lehrstuhls für Judenkunde an der Universität Frankfurt/Main“, CDJCP CXXXIV-51.

79 Schreiben Werner Koeppens an Klaus Schickert am 31.10.1944, BArch Berlin NS 8, 266, fol. 22 und IZ MA 252, fol. 465.

Auf Einladung der Tübinger Studentenführung hatte Schickert ein dreiviertel Jahr vorher an der Eberhard-Karls-Universität einen Vortrag über „Die Arbeit der Wissenschaft an der Judenfrage“ gehalten. Inwieweit hier bereits Sondierungen für die in Frankfurt geplante Professur stattfanden, ist nicht bekannt. Es scheint aber ziemlich wahrscheinlich, dass Schickerts Vortragsreise nach Tübingen auch diesem Zweck diene. Schickert thematisierte in seinen Ausführungen die neuen Aufgaben, die sich der nationalsozialistischen Judenwissenschaft im Jahr 1944 stellten. „Da der Jude heute als lebendiges Anschauungsobjekt im Inland kaum mehr vorhanden ist“, sei die Gefahr groß, dass in der Öffentlichkeit das Interesse „für Fragen, die den Juden zum Gegenstand haben“, nachlasse.⁸⁰ „Der Jude“ müsse als „Hemmschuh für die Verwirklichung einer gerechten Weltordnung“ angesehen werden, wie umgekehrt die Feinde des Dritten Reiches letztendlich Handlanger jüdischer Interessen seien. Erwartungsgemäß betonte Schickert daher die besondere Kriegswichtigkeit der Judenforschung. Sie helfe, den „wahren Gegner richtig ins Auge zu fassen“ und zeige auf wissenschaftliche Weise seine Gefährlichkeit auf, die sonst unerkannt bleiben würde. Die Aufdeckung des hinter dem sowjetischen und anglo-amerikanischen Kriegsgegner angeblich verborgenen jüdischen Weltfeindes eröffnete der nationalsozialistischen Judenwissenschaft ein Arbeitsgebiet, auf dem sich ihre Vertreter auch noch nach dem Holocaust betätigen konnten. Mit der Formulierung einer vom „ewigen Juden“ ausgehenden permanenten Bedrohung ließ sich die weitere wissenschaftliche Beschäftigung mit dem „Judenproblem“ auch dann noch rechtfertigen, nachdem es aus der Perspektive des Dritten Reiches einer endgültigen Lösung zugeführt worden war. Der Zeitungsbericht schloss mit dem Hinweis darauf, dass Schickert gewissenhaft und mit großer Verantwortung „Aufgaben von zeitloser Bedeutung“ angesprochen habe. „Es wurde ein seelisch-geistigen Kampfplatz betreten, auf den sich die Universität mit Entschiedenheit zu begeben hat.“ Schaden an ihrem Charakter werde sie dadurch nicht nehmen: „[S]ie kann nur gewinnen“.⁸¹

Die durch Schickerts Vortrag zum Ausdruck gebrachte Verbindung der universitären mit der nichtuniversitären Judenwissenschaft belegt eindringlich den Praxisbezug der nationalsozialistischen Judenforschung. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die vom Nationalsozialismus in Angriff genommene Lösung der „Judenfrage“ sowohl den Ausgangs- als auch den Endpunkt ihrer wissenschaftlichen Erforschung bildete. Ein universitärer Lehrauftrag zum Studium der Judenfrage wäre ohne den politischen Antisemitismus des Dritten Reiches völlig undenkbar gewesen. Hatte das Reichserziehungsministerium aus naheliegenden Gründen außenpolitische Rücksichten zu nehmen und darauf zu achten, dass die nationalsozialistische Judenforschung im öffentlichen Erscheinungsbild nicht auf den ersten Blick in ihrer antisemitischen Konzeption erkennbar war, spielten solche Erwägungen in der internen Korrespondenz und bei den vor Ort agierenden Entscheidungsträgern keine Rolle. Hier wurde deutlich und unverblümt zur Sprache gebracht,

80 Zitiert nach dem Pressebericht in der Tübinger Chronik: Die Arbeit der Wissenschaft an der Judenfrage 1944.

81 Ebd.

dass die Aufgabe der NS-Judenforschung darin bestand, den Antisemitismus des Dritten Reiches theoretisch zu untermauern und den in die Wege geleiteten antijüdischen Maßnahmen eine wissenschaftliche Legitimation zu verschaffen.

Parallel zu der antisemitischen Propagandaausstellung „Der ewige Jude“, die am 8. November 1937 in München durch Goebbels und Streicher eröffnet wurde, führte die Forschungsabteilung Judenfrage eine Vortragsreihe durch, mit deren Hilfe die Seriosität der visuellen Darstellung bekräftigt und wissenschaftlich bestätigt werden sollte. Max Wundt sprach dabei am 9. Dezember 1937 über „[d]ie Juden in der Philosophie“, Gerhard Kittel am 16. Dezember über „[d]ie rassische Entwicklung des antiken Judentums“ und Karl Georg Kuhn am 11. Januar 1938 zu seinem Spezialthema „Der Talmud als Spiegel des Judentums“.⁸² Der Erfolg der Propagandaschau, die bereits in den ersten drei Monaten weit über 400 000 Besucher anzog, basierte nicht zuletzt auf der ideologischen Unterstützung von Seiten der Wissenschaft. Als die Ausstellung ein Jahr später in der Wiener Nordwestbahnhalle gezeigt wurde, erzielte sie ähnliche Erfolge.⁸³ In der Zeit von Ende Juli bis Ende September wurde sie von 350 000 Zuschauern besucht, darunter alle Schüler Wiens. Wegen des großen Andrangs musste sie wie ihr Münchener Pendant um einige Zeit verlängert werden. Auch in den gleichnamigen Film „Der ewige Jude“ des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda floss das Expertenwissen der nationalsozialistischen Judenforscher ein.

Kittel, der als Ehrengast des Führers am Reichsparteitag des Jahres 1938 teilnahm, gestaltete in der offiziellen Parteitagsausstellung „Deutschlands Schicksalskampf im Osten“ einen eigenen Raum, in dem dargestellt wurde, wie die Juden das Römische Reich von innen her zersetzten. Der jüdische Herrschaftsanspruch sei schon damals, „wie zu allen Zeiten“, ohne Grenzen gewesen. Von daher war es für Kittel alles andere als verwunderlich, „dass sich schon damals eine scharfe antisemitische Bewegung regte“.⁸⁴ Auch die Ausstellung des Nürnberger Parteitags wurde in Wien wiederholt und am 28. Oktober 1938 durch Globocnik eröffnet.⁸⁵ Bei der im darauf folgenden Jahr im Wiener Naturhistorischen Museum gezeigten Ausstellung „Das körperliche und seelische Erscheinungsbild der Juden“ beteiligte sich Kittel ebenfalls. Unter anderem brachte er dort eine verbesserte Version der von ihm erstellten Wandkarte zum Einsatz, die bereits in Nürnberg gezeigt worden war.⁸⁶

Diese wissenschaftlich legitimierten Propagandaausstellungen hatten eine enorme Breitenwirkung und trugen den Antisemitismus in weite Teile der Bevölke-

82 Siehe dazu Heiber 1966, 626f., und Junginger 2006a, 185f.

83 Siehe Denscher 1989. Eröffnet wurde diese Ausstellung am 30.7.1938 durch den Wiener Gauleiter Odilo Globocnik (1904–1945), den eigentlichen Eröffnungsvortrag hielt am 2.8.1938 der Reichsstatthalter der „Ostmark“ Arthur Seyß-Inquart (1892–1946). Ein Exemplar des Wiener Ausstellungsführers (Der ewige Jude, o. O., o. J.) findet sich im Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW), Wien.

84 Kittel 1938 und Kittel 1939a. Das Zitat Kittel 1939a, 64.

85 In dem genannten Ausstellungsführer des DÖW ist ein Zeitungsartikel (o. D.) eingeklebt, der darüber informiert.

86 Siehe dazu Junginger 2006a, 198f.; eine Abbildung jener „Wanderungskarte“ der Juden im Römischen Reich, ebd., 206f.

rung hinein. Wie sollte ein Durchschnittsbürger oder auch ein Schüler, dessen Schulklasse durch eine solche Ausstellung geführt wurde, deren propagandistischen Charakter erkennen, wenn sich renommierte Hochschullehrer für die Authentizität des Gezeigten verbürgt hatten? Den oft gegen die Wissenschaft erhobenen Vorwurf, sie würde sich in einen Elfenbeinturm zurückziehen und sich fernab jeder gesellschaftlichen Relevanz nur mit sich selbst beschäftigen, kann man der NS-Judenforschung beim besten Willen nicht machen. Wahrscheinlich lässt sich kein zweites Beispiel dafür finden, dass ein politisches Problem in einer solchen Weise *raison d'être* seiner theoretischen Erforschung wurde.

Angesichts der Bedeutung der „Judenfrage“ für die Politik des Dritten Reiches konnte es nicht ausbleiben, dass die Aktivitäten und Veröffentlichungen der nationalsozialistischen Judenforscher auf eine große öffentliche Resonanz stießen. Erreichten fachwissenschaftliche Publikationen auch in der Zeit des Nationalsozialismus normalerweise nur einen kleinen Kreis interessierter Leser und Leserinnen, fand ein außerordentlich hetzerischer Artikel Kittels über die Zersetzung des alten Rom durch das Judentum in einem Parteiorgan der NSDAP ein Publikum, das in die Millionen ging. Kittel erläuterte dabei im Anschluss an die Nürnberger Parteitagsausstellung in einer allgemeinverständlichen Weise, wie Deutschland ohne das Auftreten Adolf Hitlers ebenso von den Juden zu Grunde gerichtet worden wäre wie das Römische Reich anderthalb Jahrtausende vorher.⁸⁷ Der „Schulungsbrief“, in dem Kittels Beitrag erschien, wurde in einer Auflagenhöhe von etwa 4,7 Millionen Exemplaren gedruckt. Zudem brachte die „Tübinger Chronik“ am 19. Juni 1939 eine Vorfassung des Beitrags.⁸⁸ Eine größere publizistische und politische Breitenwirkung konnte man als Wissenschaftler kaum erlangen.

Naturgemäß waren Einrichtungen wie die Forschungsabteilung Judenfrage stärker an einer praktischen Nutzenanwendung interessiert als an abstrakten Theorien. Gleichwohl wurde auch dort versucht, den Anschein größtmöglicher Wissenschaftlichkeit zu erwecken und möglichst hochkarätige Universitätslehrer für eine Mitarbeit zu gewinnen.⁸⁹ Insgesamt existierten im Dritten Reich fünf solcher außeruniversitären Institutionen, die man mit dem englischen Ausdruck als antisemitische Brain Trusts bezeichnen könnte.⁹⁰ Den Anfang machte das Berliner Institut zum Studium der Judenfrage, das bereits 1934 ins Leben gerufen wurde. Es ging aus der Antibolschewistischen Aktion des Propagandaministeriums hervor und wurde 1939 in Antisemitische Aktion umbenannt. Der üppige Etat des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda ermöglichte es dem Institut, eine große Zahl an Mitarbeitern anzustellen. Mit dem Ethnologen Günter Wagner (1908–1952) und dem Orientalisten Otto Rössler (1907–1994) arbeiteten gleich zwei Wissenschaftler der Universität Tübingen zeitweilig für das Berliner „Juden-

87 Kittel 1939b.

88 Kittel 1939c.

89 Das bereits erwähnte Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben zählte an die 50 Universitätsprofessoren, größtenteils evangelische Theologen, zu seinen Mitarbeitern.

90 Siehe dazu die Überblicksgrafik bei Papen-Bodek 2004, 172f.

institut“, wie es von Rössler in einem Brief genannt wurde.⁹¹ Im Vergleich zu einem Stipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder einer universitären Assistentenstelle hatten Wagner und Rössler im Institut zum Studium der Judenfrage ein deutlich höheres Einkommen. Sie hatten dabei die einschlägige Literatur zu sichten und entsprechende Artikel und Expertisen zu verfassen.

Im Zusammenhang des von Goebbels geplanten Schauprozesses gegen Herschel Grynszpan (geb. 1921, Todesdatum unsicher), der am 7. November 1938 in Paris den deutschen Legationssekretär Ernst vom Rath (1905–1938) erschossen hatte, stellte auch Gerhard Kittel seine Arbeitskraft in die Dienste der Antisemitischen Aktion beziehungsweise des Propagandaministeriums. Aufgefordert, ein wissenschaftliches Gutachten über Grynszpan anzufertigen, suchte Kittel diesen am 9. Dezember 1941 in Begleitung eines Staatsanwaltes im Gefängnis in Berlin auf, um ihn einer ausführlichen Befragung zu unterziehen. Kittels Aufgabe bestand im Nachweis, dass Grynszpans Tat als eine folgerichtige Konsequenz aus seinem jüdischen Wesens hervorging.⁹² Außerdem kam es darauf an, die Ermordung vom Raths als Angriff des internationalen Weltjudentums auf das Dritte Reich zu werten. Das Ergebnis, ein zehnteitiges Auftragsgutachten, entsprach den vom Propagandaministerium gemachten Vorgaben in vollkommener Weise. Für Grynszpans Tat seien keinesfalls persönliche Motive verantwortlich zu machen, sondern seine jüdische Gesinnung. Grynszpan sei ein mit der „uralten und gemein jüdischen Mentalität geladener Talmudjude“ und die Ermordung vom Raths das „Fanal für das gottgewollte Purim über die Judenfeinde“, lautete das abschließende Ergebnis des Kittelschen Gutachtens.⁹³

In zwei Beiträgen, die der Tübinger Neutestamentler für die von der Antisemitischen Aktion herausgegebene Zeitschrift „Mitteilungen über die Judenfrage“, 1943 umbenannt in „Archiv für Judenfragen. Schriften zur geistigen Überwindung des Judentums“, schrieb, spielte die projektive Schuldumkehr, die schon die Argumentation des Gutachtens über Grynszpan bestimmt hatte, gleichfalls eine zentrale Rolle.⁹⁴ Demzufolge waren nicht die Juden die Opfer der Deutschen, sondern die Deutschen die Opfer der Juden. Nicht die Juden wurden im Dritten Reich verfolgt, sondern gerade umgekehrt mussten sich die Deutschen gegen einen vom internationalen Judentum auf allen Ebenen geführten Angriff zur Wehr setzen. Nach Ausbruch des Krieges spitzte sich dieses schon früher bei Kittel zu beobachtende Argu-

91 Rössler schrieb am 10.10.1939 an Jakob Wilhelm Hauer, dass seine Tätigkeit in dem Berliner „Judeninstitut“ auch „einen politischen Einschlag“ habe, und am 27.3.1940, dass er dort monatlich 465 Reichsmark verdienen würde; BArch Koblenz Nachlass Hauer, Bd. 177 (nicht foliiert). Zu Wagner, der es sogar auf 573 Reichsmark im Monat brachte, siehe den Artikel von Udo Mischek in diesem Band beziehungsweise Mischek 2002, 85–87.

92 Siehe zu diesem Prozess Heiber 1957, zu Kittel ebd., 158.

93 Ein Durchschlag des Gutachtens, von dem die erste Seite mit dem Datum fehlt, findet sich im Centre de Documentation Juive Contemporaine, Paris, CXXXII, fol. 117–126 und im Archivbestand des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, BArch Berlin R 55, 628, Fiche 1, fol. 26–36, das Zitat fol. 36 beziehungsweise fol. 126. Siehe auch Junginger 2005.

94 Kittel 1942 und Kittel 1943a. Rössler und Wagner gehörten ebenfalls zu den Autoren der Mitteilungen über die Judenfrage.

mentationsmuster weiter zu. In expliziter Anlehnung an die Forschungen seines Schülers Kuhn erklärte Kittel in den beiden angesprochenen Artikeln, die zu seinen extremsten Veröffentlichungen gehören, dass „der Jude“ den durch seine Rasse bestimmten Geist talmudischer Zersetzung auch dann noch in sich tragen würde, nachdem er sich schon lange von seiner Religion gelöst hatte. „Ob der Einzeljude in einer orthodoxen talmudischen Familie aufwächst, oder ob er als freier Assimilations- und Zivilisationsjude längst allen Ghetto- und Talmudgeruch abgestreift zu haben meint: so wie sein Blut dasselbe bleibt, so bleibt auch sein Denken dasselbe.“⁹⁵ Hier fällt auf, wie eng Kittel nun den Zusammenhang von jüdischer Religion und jüdischer Rasse dachte. Ohne den Gedanken einer grundsätzlichen Suprematie des Religiösen aufzugeben, hatte in seinem Denken die Idee der Rasse immer stärker an Bedeutung gewonnen.

Wie Kittel in dem ein Jahr später für das „Archiv für Judenfragen“ geschriebenen Beitrag weiter ausführte, sei das normative Schrifttum des Judentums vor allem dadurch gekennzeichnet, dass es einem „abgrundtiefen Haß“ gegen alles Nichtjüdische Ausdruck verleihe.⁹⁶ Insbesondere auf der Grundlage des Talmud würden sich die Juden für legitimiert halten, alle Nichtjuden einer niedrigeren Stufe des Menschseins zuzuordnen. Mehr noch, aus der Sicht der Juden stünden die Goyim, die Nichtjuden, „außerhalb des normalen, des eigentlichen Menschentums“.⁹⁷ Die Juden besäßen keinerlei Moralempfinden und würden aus dem Talmud das Recht ableiten, die Nichtjuden wie „Vieh“, wie „Unrat“, „Unter-“, oder „Nicht-Menschen“ zu behandeln. Ihnen seien deswegen alle nur denkbaren Handlungen erlaubt, „bis hin zur vollen Freiheit der Tötung“. Der Mord an einem Nichtjuden sei für die Juden kein ethisches Problem, sondern eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit, denn „der Nichtjude ist ja kein Mensch im eigentlichen Sinn, im Sinn der Schöpfung. Er ist lediglich ein Etwas“⁹⁸. Die nationalsozialistische Mordmaschine lief auf Hochtouren, als Kittel etwa zwei Jahre nach Beginn des Holocaust in diesem Artikel schrieb, dass die Juden bereits in der Antike auf Zypern eine Viertelmillion Menschen umgebracht hätten, „in der Cyrenaika nicht weniger, zum Teil in den grausamsten Formen die Menschen schlachtend. Irgendein Problem von Recht oder Unrecht des politischen Mordes am Nichtjuden existiert für das talmudische Denken nicht.“⁹⁹

Es ist hier nicht der Ort, den Projektionsmechanismus näher zu beleuchten, der den Antitalmudismus von Beginn an kennzeichnete. Von jeher diente eine Talmudinterpretation, wie sie von Kuhn und vor allem von Kittel bis zum Äußersten vorangetrieben wurde, dazu, entsprechende Gegenmaßnahmen als geboten, ja als überlebensnotwendig erscheinen zu lassen.¹⁰⁰ Man kann in der antitalmudischen Hetzpropaganda und in den von Kuhn und Kittel den Juden angedichteten Untaten kaum etwas anderes als eine Spiegelung der eigenen Vorurteile und letztlich auch

95 Kittel 1942, 208.

96 Kittel 1943a, 7.

97 Ebd., 10.

98 Ebd., 11.

99 Ebd.

100 Siehe dazu Junginger 2006a, 190–192, und Junginger 2006b, 382.

der tatsächlichen Verhältnisse sehen. Dabei steht außer Frage, dass eine wissenschaftliche Argumentation in besonderer Weise handlungslegitimierend für den „Abwehrkampf“ gegen ein derart skizziertes Judentum war.

Die bisher noch nicht erwähnte fünfte Einrichtung, die sich außerhalb der Universitäten mit dem „Judenproblem“ wissenschaftlich zu beschäftigen trachtete, war das im April 1940 in Krakau ins Leben gerufene Institut für deutsche Ostarbeit, das auch ein Referat zur „Judenforschung“ besaß. Scheint man dort ohne Tübinger Hilfe ausgekommen zu sein, so gilt das nicht für die „Judenforschung“, die in den verschiedenen Abteilungen des Reichssicherheitshauptamtes betrieben wurde. Die theoretische Behandlung des „Judenproblems“ hatte dort allerdings keine einheitliche Struktur und diente vor allem nachrichtendienstlichen und geheimpolizeilichen Interessen. Bei der im Amt VII B 1 b konzentrierten Beschäftigung mit der „Judenfrage“ stand die „Nutzbarmachung“ der gewonnenen Erkenntnisse und die „funktionelle Einschaltung in die Arbeit des RSHA sowie in die übrigen an der Judenfrage interessierten Stellen“ deutlich im Vordergrund.¹⁰¹ Ziel sei es, „die exekutive Lösung der Judenfrage durch tiefere Kenntnisse“ zu unterstützen.¹⁰² Allerdings wurde die Arbeit der von Heinz Ballensiefen (geb. 1912) geleiteten Judenabteilung VII B 1 b auch intern als äußerst ungenügend angesehen. Das Referat Ballensiefens sei die schlechteste aller Gegnerabteilungen.¹⁰³ Ballensiefen kam ursprünglich vom Institut zum Studium der Judenfrage her, wo er als Fachberater für den Film „Der ewige Jude“ tätig gewesen war. Eine wissenschaftliche Ausbildung scheint er nicht gehabt zu haben.¹⁰⁴

Um diesen Missstand zu beheben und um die „Judenforschung“ im Amt VII auf ein höheres Niveau zu heben, wurde 1942 der Straßburger Historiker Günther Franz (1902–1992) eingeschaltet. Franz gehörte dem SD an und lehrte von 1941–1945 als Ordinarius an der Reichsuniversität Straßburg. Mit Beginn des Holocaust koordinierte er im Reichssicherheitshauptamt die Forschungen zur „Judenfrage“ insgesamt.¹⁰⁵ Zu den von ihm in Angriff genommenen Verbesserungsmaßnahmen gehörte unter anderem die Abhaltung von Arbeitstagungen, zu denen er Hochschullehrer aus dem Umfeld der SS und des SD hinzuziehen wollte. Auf einer der von Franz organisierten Arbeitstagungen wurde beispielsweise im April 1942 die Ein-

101 Matthäus 1996, 301f. Matthäus zitiert ein undatiertes Dokument über die Aufgabenstellung des Referates VII B 1 b, das Ende 1941 oder Anfang 1942 verfasst wurde. Expressis verbis werden hier neben den Ämtern IV (Geheimpolizei) und VI (Auslandsgeheimdienst) des RSHA die antisemitischen Einrichtungen im Amt Rosenberg (Institut zur Erforschung der Judenfrage), im Propagandaministerium (Institut zum Studium der Judenfrage) und im Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands (Forschungsabteilung Judenfrage) als Kooperationspartner genannt.

102 Ebd., 302.

103 Schreiber 2006, 342–344.

104 Nach dem Krieg arbeitete Ballensiefen als Redakteur der Betriebszeitungen der Technischen Werke der Stadt Stuttgart; Hachmeister 1998, 225f.; Wildt, 2002, 775. In dieser Eigenschaft verfasste er 1953 Broschüren zur Stuttgarter Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung.

105 Behringer 2000, 130. Behringer erwähnt in diesem Zusammenhang drei in Tübingen, Prag und Wien bestehende Arbeitskreise des Reichssicherheitshauptamtes, über die aber nichts Genaues bekannt ist; ebd., 128.

richtung einer „Arbeitsgemeinschaft zur Judenfrage“ beschlossen und als einer ihrer Mitarbeiter der Tübinger Orientalist Otto Rössler genannt.¹⁰⁶ Wie es hieß, sollte Rösslers Aufgabe darin bestehen, den Zionismus aus der Sicht der Araber zu untersuchen. Rössler hatte sich 1941 bei Enno Littmann an der Universität Tübingen habilitiert und war im Frühjahr 1942 zum Dozenten neuer Ordnung ernannt worden. Im Anschluss daran übernahm er im SS Ahnenerbe eine eigene Abteilung für nordafrikanische Kulturwissenschaft.¹⁰⁷ Wie bereits erwähnt, hatte Rössler für das Institut zum Studium der Judenfrage gearbeitet und für die „Mitteilungen zum Studium der Judenfrage“ geschrieben. Für die vom Leiter des Instituts zum Studium der Judenfrage, Wilhelm Ziegler (1891–1962), herausgegebene „Zeitschrift für Politik“ verfasste Rössler 1940 einen antisemitischen Beitrag über die „Verjudung“ des englischen Kriegsgegners. In ihm nannte er das jüdische Volk eine „kranke Rasse“ und ein „Paradigma menschlicher Entartung“. In ebenso platter wie menschenverachtender Propagandasprache heißt es zum Schluss:

„England ist mit seiner politischen und wirtschaftlichen, wie mit seiner geistigen Verjudung, mit seinem Auserwähltheitsdünkel, seinem plutokratischen Imperialismus in den letzten Jahrhunderten zu einer antieuropäischen Macht geworden, von der sich die Völker des großeuropäischen Raumes, um zu der artgemäßen Gestaltung ihres Schicksals zu gelangen, ebenso befreien müssen, wie von den in ihrem Inneren schmarotzenden internationalen Juden.“¹⁰⁸

Nach seiner Habilitation in Tübingen wurde Rössler für einen orientalistischen Lehrstuhl an der Reichsuniversität Straßburg ins Spiel gebracht. Doch trotz massiver Unterstützung durch die SS scheiterte der Plan an den Einwänden des Finanzministeriums. In Straßburg lehrte bereits Rösslers Schwager Otto Huth (1906–1998), der dort, von Tübingen kommend, seit 1942 eine außerordentliche Professur für Religionswissenschaft innehatte.¹⁰⁹ Auch Huth wurde von Franz im Herbst 1942 als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der weltanschaulichen Gegnerbekämpfung und als Teilnehmer einer für Oktober 1942 angesetzten Wissenschaftstagung des Amtes VII des Reichssicherheitshauptamtes erwähnt.¹¹⁰ Huth, der ebenfalls der SS angehörte und für den SD arbeitete, leitete im Ahnenerbe die Lehr- und Forschungsstätte für Indogermanische Glaubensgeschichte. Einem von ihm im Juli 1939 erstellten Arbeitsbericht zufolge hatte er damit begonnen, eine Liste „Der Jude in den Geisteswissenschaften“ zu erstellen, um auf diese Weise einen rascheren Überblick über den weltanschaulichen Gegner zu bekommen.¹¹¹ Bereits im Januar 1939 hatte er dem Generalsekretär des Ahnenerbes Wolfram Sievers (1905–1948) darüber berichtet und ihm zwei Monate später eine erste Aufstellung gesandt.

106 Niederschrift über die Arbeitstagung mit Prof. Günther Franz am 10./11.4.1942, Matthäus 1996, 310, 314 und 318.

107 Junginger 1999, 260. Siehe zu Rössler besonders Simon 2006.

108 Rössler 1940c, 425 und 427. Im gleichen Jahrgang publizierte Ballensiefen einen Artikel über „[d]ie inneren Gründe für den Zusammenbruch des französischen Staates“ (Ballensiefen 1940), in dem in ähnlicher Weise die Juden für „Frankreichs Schuld“ verantwortlich gemacht werden.

109 Zu Huth siehe Junginger 1999, 248–268, und Junginger 2004, 27–29.

110 Matthäus 1996, 317 und 319.

111 BArch Berlin BDC, Akte Huth, fol. 71 und Schreiben Huths an Sievers vom 25.1.1939, ebd., fol. 14 sowie Simon 2006, 14.

Obwohl das Reichssicherheitshauptamt wegen Rösslers Fachkenntnissen ein dringendes Interesse an seiner Übernahme bekundete, sperrte sich das Ahnenerbe zunächst gegen eine Versetzung. Man fürchtete, dass Rössler im Reichssicherheitshauptamt zu sehr vereinnahmt und somit der Arbeit des Ahnenerbes entzogen würde. Himmler persönlich entschied dann im Sommer 1943, Rössler wegen seiner Sprachkenntnisse in der Abteilung VI des Reichssicherheitshauptamtes, das heißt im Auslandsgeheimdienst, einzusetzen.¹¹² In dieser Eigenschaft wurde er von Heinz Gräfe (1908–1944), dem Stellvertreter Walter Schellenbergs (1910–1952), mit dem Aufbau einer Außenstelle des Reichssicherheitshauptamtes betraut, die als Sonderdienststelle des Amtes VI, aus Gründen der Tarnung auch Forschungsstelle Orient oder Reichsstiftung für Länderkunde genannt, 1944 im Gebäude der Studentenverbindung Roigel unweit des Tübinger Schlosses Quartier bezog.¹¹³ Später wurde das Arbeitsgebiet der Forschungsstelle Orient noch auf den indischen Raum ausgedehnt. Inwieweit die Universität Tübingen hierbei involviert war, ist bislang noch nicht erforscht worden. Es ist aber so gut wie ausgeschlossen, dass die Etablierung eines solchen „An-Institutes“ ohne Wissen und Zustimmung der Universitätsleitung erfolgen konnte.

Im Gegensatz zu Huth, für den eine Rückkehr an die Universität nach 1945 ausgeschlossen war¹¹⁴, hatte Rösslers Beteiligung an der „Judenforschung“ des Propagandaministeriums und an der Sonderdienststelle VI des Reichssicherheitshauptamtes keine gravierenden Folgen. Nachdem Rössler im April 1945 noch einige Wochen Dienst beim Tübinger Volkssturm geleistet hatte, geriet er kurz darauf in Sigmaringen in Kriegsgefangenschaft und wurde dann in das Speyerer Gefängnis überstellt. Doch nach der erfolgreichen Entnazifizierung stand seiner Wiederverwendung nichts mehr im Wege. 1954 wurde er an der Universität Tübingen zum außerordentlichen Professor ernannt und 1964 an die Universität Marburg auf ein neu eingerichtetes Ordinariat für Semitistik berufen. Ungeachtet seiner antisemitischen Vergangenheit gilt Rössler heute als führender Vertreter einer modernen Hamitosemitistik. Auch die Nachkriegskarriere von Günther Franz, dem Koordinator der „Judenforschung“ im Reichssicherheitshauptamt, ist der besonderen Erwähnung wert. Franz hatte sich zunächst in der 1950 gegründeten Ranke-Gesellschaft betätigt, deren Zeitschrift „Das historisch-politische Buch“ er mit herausgab. 1957 wurde er auf einen neu geschaffenen Lehrstuhl für Geschichte und Agrargeschichte an die Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim berufen, wo er 1963 ein eigenes Institut für Agrargeschichte erhielt. Zwischen 1963 und 1965 amtierte Franz als Rektor der Hochschule, die 1967 zur Universität Stuttgart-Hohenheim aufgewertet

112 „Auf Befehl des Reichsführers-SS ist der Abteilungsleiter im Amt ‚Ahnenerbe‘ Dozent Dr. Otto Rößler wegen seiner arabischen, hebräisch-jiddischen und berberischen Sprachkenntnisse beim Reichssicherheitshauptamt Amt VI einzusetzen“; Aktenvermerk von Wolfram Sievers am 2.8.1943, BArch Berlin, BDC, Akte Rössler sowie Schreiben Sievers' an Heinrich Himmler am 6.8.1943, ebd.

113 Junginger 1999, 241–247. Siehe auch Botsch 2000, 514–519 und Ellinger 2006, 268–275.

114 Bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1971 arbeitete Huth als Fachreferent für Theologie und Religionswissenschaft an der Universitätsbibliothek Tübingen; Junginger 1999, 296.

wurde. Zu den vielfältigen Aufgaben von Franz gehörte unter anderem die Leitung der Hochschulbibliothek und die Betreuung des Hochschularchivs.¹¹⁵

4. Antisemitismus in letzter Konsequenz

Nach intensivem Studium des im Bundesarchiv befindlichen Aktenbestandes des Reichssicherheitshauptamtes (R 58) kam Carsten Schreiber in dem bereits erwähnten Artikel zu dem Schluss, dass die „Judenforschung“ des Amtes VII einen geringeren beziehungsweise einen anderen Stellenwert hatte als bisher angenommen.¹¹⁶ Das übergeordnete Ziel und grundsätzliche Anliegen, „die exekutive Lösung der Judenfrage durch tiefere Kenntnisse“ zu unterstützen, stand zwar außer Frage. Doch spielte dabei die Abteilung Adolf Eichmanns (1906–1962) im Amt IV (Gegnerbekämpfung, Gestapo) eine größere Rolle als das für die weltanschauliche Gegenerforschung zuständige Amt VII. Diese Kompetenzverschiebung von weltanschaulichen zu praktischen Fragestellungen lässt sich an der Organisationsentwicklung des Sicherheitsdienstes beziehungsweise des Reichssicherheitshauptamtes sehr gut aufzeigen. Auch die Karriere des aus Tübingen stammenden Theodor Dannecker (1913–1945), einem der engsten Mitarbeiter Eichmanns, macht diesen Befund plausibel.¹¹⁷ Danneckers vorherige Tätigkeit als Judenreferent im SD Oberabschnitt Süd-West ist ein Beleg dafür, dass die theoretische Beschäftigung mit der „Judenfrage“ im Amt IV aus der praktischen Arbeit der Judenreferate des SD hervorging. 1940 wurde Dannecker von Eichmann nach Paris geschickt, wo er die französische Zweigstelle des Judenreferates des Reichssicherheitshauptamtes leitete. Neben seiner Hauptaufgabe, die Deportation der französischen Juden zu organisieren, fiel in Danneckers Zuständigkeitsbereich auch die Pariser Ausstellung „Le Juif et la France“, die an die Münchener Propagandaschau „Der ewige Jude“ angeschlossen und die zum Teil auf Material zurückgriff, das schon in München gezeigt worden war.

Wie Schreiber überzeugend nachweisen konnte, lag das Schwergewicht der „Judenforschung“ im Reichssicherheitshauptamt weniger auf wissenschaftlich-theoretischem Gebiet. Vielmehr ging es um die weltanschauliche Schulung derjenigen, von denen die „exekutive Lösung“ vor Ort durchgeführt wurde und die hierfür eines festen ideologischen Fundaments bedurften.¹¹⁸ Als mit der „Judenfrage“ befasste Weltanschauungsreferenten des Reichssicherheitshauptamtes müssen in diesem Zusammenhang besonders Martin Sandberger (geb. 1911), Eugen Steimle (1909–1987) und Paul Zapp (geb. 1904, Todesdatum unbekannt) genannt werden. Alle drei gelangten von Tübingen über den Stuttgarter SD zum Reichssicherheitshauptamt und von dort an die Ostfront, wo sie als Einsatzkommandoführer mit der „Endlösung der Judenfrage“ befasst waren.

115 Franz 1968, 124–126 und 149.

116 Schreiber 2006, besonders 338–342 und 352.

117 Zu Dannecker siehe besonders Lang 1992b und Steur 1997.

118 Schreiber 2006, 352.

Zapp, der spätere Leiter des Einsatzkommandos 11a der Einsatzgruppe D, war über einen evangelischen Bibelkreis in Kontakt mit dem Tübinger Indologen und Religionswissenschaftler Jakob Wilhelm Hauer (1881–1962) gekommen. 1933 wurde er in Tübingen Generalsekretär der von Hauer angeführten ‚neuheidnischen‘ Arbeitsgemeinschaft Deutsche Glaubensbewegung.¹¹⁹ Dank Hauers Beziehungen zu Werner Best (1903–1989), dem Leiter des SD-Oberabschnitts Süd-West, fand Zapp den Weg in die SS und den SD.¹²⁰ Nachdem sich die Deutsche Glaubensbewegung bereits im Jahr 1936 wieder aufgelöst hatte, siedelte Zapp nach Berlin über, wo er eine hauptamtliche Tätigkeit beim Sicherheitsdienst übernahm. Von Mai 1940 an arbeitete er als Lehrer für die weltanschauliche Schulung des sogenannten Leitenden Dienstes. Das heißt, Zapp unterrichtete den für den höheren Dienst im Reichssicherheitshauptamt vorgesehenen Führernachwuchs. Für diesen kamen nur solche Leute in Frage, „die neben der erforderlichen Vorbildung dem nationalsozialistischen Regime voll ergeben waren. Aus diesem Grund wurden die Führerposten in den Einsatzgruppen und Einsatzkommandos zum großen Teil diesem Personenkreis übertragen“¹²¹. Seit Oktober 1940 war Zapp auch in der SD-Führerschule im Brandenburgischen Bernau als Judenexperte und Instrukteur des SD tätig.¹²² Sein Unterrichtsprogramm gestaltete er unter anderem mit dem antisemitischen Hetzfilm „Jud Süß“. „Der ewige Jude“ sei hingegen allen Polizei- und SS-Einheiten vorgeführt worden, „mit Vorliebe an Vorabend von ‚Judenaktionen‘“.¹²³

Von Zapp ist außerdem ein Vortrag über die Lösung der „Weltjudenfrage“ überliefert, einem seiner Spezialthemen in Bernau, der Ende Januar 1941 Heinrich Himmler vorgelegt wurde.¹²⁴ Als Zapp wenig später, im Juli 1941, zum Leiter des Sonderkommandos 11a ernannt wurde, erhielt er die Gelegenheit, der antisemitischen Theorie die antisemitische Praxis folgen zu lassen. Kaum in Marsch gesetzt, verübte Zapps Einheit noch im Juli die ersten Massaker im nordöstlichen Rumänien. Im August 1941 ließ Zapp in der ukrainischen Stadt Nikolajew ein Ghetto einrichten, dessen Insassen, „mindestens 3.500 jüdische Männer, Frauen und Kinder in Durchführung des ‚Führerbefehls‘“ umgebracht wurden.¹²⁵ Kurze Zeit später fuhr der Reichsführer-SS selbst nach Nikolajew, wo er mit dem Leiter der Einsatzgruppe D Otto Ohlendorf (1907–1951) sowie mit Zapp zusammentraf. Am 4.

119 Junginger 2001; Junginger 2003a.

120 Siehe dazu Junginger 1999, 139f., 190f. und 214.

121 So die Feststellung des Landgerichts München I, das Zapp am 26.2.1970 zu lebenslangem Zuchthaus verurteilte. Zitiert nach der Urteilsbegründung, BArch Außenstelle Ludwigsburg II 213 AR 1900/66, Sammelakte 361, 9.

122 Kwiet 1999, 444–446 und Kwiet 2004, 254–256. Kwiet wertete hierbei Unterrichtsmaterialien und handschriftliche Notizen Zapps aus, die im Staatlichen Sonderarchiv in Moskau überliefert sind.

123 Kwiet 1999, 448. In der Tübinger Chronik konnte man am 14.12.1939 in einer Besprechung dieses Films lesen, dass die deutsche Bevölkerung dem Führer tiefen Dank schulde, weil er „durch die Judengesetze das deutsche Volk von der jüdischen Pest befreit hat“.

124 Siehe Breitman 1996, 204f. und 304.

125 BArch Außenstelle Ludwigsburg II 213 AR 1900/66, Sammelakte 361, Urteil gegen Zapp vom 26.2.1970, 55f.

Oktober 1941 hielt Himmler vor dem Einsatzkommando eine Ansprache, bei der er Zapps späterer Gerichtsaussage zufolge bekundete, dass der Krieg der Vernichtung des Bolschewismus und der Gewinnung von neuem Lebensraum dienen würde. „Die Massenerschießungen von Juden und politischen Gegnern seien eine schwere Aufgabe, die aber zum Erreichen der gesetzten Ziele erfüllt werden müsse.“¹²⁶ Den traurigen Höhepunkt von Zapps Karriere als Einsatzkommandoführer bildete die Liquidierung der jüdischen Gemeinde Simferopols auf der Halbinsel Krim im Dezember 1941, der 12 500 Menschen zum Opfer fielen.¹²⁷ Nach dem Krieg konnte Zapp untertauchen und sich unter falschem Namen zwei Jahrzehnte lang versteckt halten. Dann wurde er entdeckt und im Februar 1970 zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt.

Im Gegensatz zu Dannecker und Zapp, die sich zwar im Umfeld der studentischen und akademischen SS- beziehungsweise SD-Mitglieder Tübingens bewegten, selbst aber der Universität nicht angehörten, unterrichtete mit Eugen Steimle – zum Teil gemeinsam mit Paul Zapp – ein führender Tübinger Studentenvertreter an der SD-Schule in Bernau.¹²⁸ Darüber hinaus fungierte mit Martin Sandberger ein weiterer Tübinger Studentenfürher zeitweise als Inspekteur der Führerschulen der Sicherheitspolizei und des SD, die sich außer in Berlin und Bernau auch im mecklenburgischen Fürstenberg und in Prag befanden. Das Ziel dieser Ausbildungseinrichtungen bestand darin, Heydrichs Führungskorps eine feste ideologische Grundlage zu geben, um es auf seine spätere Tätigkeit im Krieg und bei der Eliminierung des Judentums vorzubereiten. Kwiet spricht hier richtigerweise von einer „Erziehung zum Mord“.¹²⁹

Der aus einem sehr frommen Elternhaus stammende Eugen Steimle – im Haus seiner Eltern in Neubulach im Schwarzwald fand die neupietistische Bibelstunde Liebenzeller Prägung statt – studierte in Tübingen und Berlin Geschichte, Deutsch, Französisch und Philosophie.¹³⁰ Im März 1932 in die NSDAP eingetreten, gehörte Steimle als Mitglied der „Stiftsverbinding“ Normannia zu den NS-Aktivisten der Tübinger Studentenschaft. Zusammen mit dem Tübinger Studentenschaftsführer Gerhard Schumann (1911–1995) wurde Steimle im November 1933 in einen vom Rektor der Universität, Albert Dietrich (1873–1961), geschaffenen „Führerrat“ berufen, dem von Parteiseite der stellvertretende Kreisleiter der NSDAP und Führer der NSDAP-Fraktion im Tübinger Gemeinderat Ernst Weinmann (1909–1947) und aus dem Kreis der national beziehungsweise nationalsozialistisch gesinnten Professoren unter anderem Gerhard Kittel und Max Wundt angehörten.¹³¹ Der seit Mai 1933 amtierende Dietrich wollte mit diesem Beratergremium seine eigene Position stärken und die Umstellung der Eberhard-Karls-Universität auf eine nationalsozialistische „Führeruniversität“ vorantreiben. Dietrichs Schachzug ging allerdings nicht auf. Wenig später wurde er am 11. Dezember 1933 durch den Ordina-

126 Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42, 225.

127 Siehe dazu Kwiet 1999, 446 und Angrick 2003, 348f.

128 Kwiet 1999, 447.

129 So der Titel von Kwiet 1999.

130 Zur Vita Steimles siehe vor allem Lächele 1995, hier 270.

131 Adam 1977, 52.

rius für Praktische Theologie Karl Fezer (1891–1960) als neuem „Führerrekter“ ersetzt.¹³² Fezer hatte bereits vor seiner Ernennung als Ephorus des Tübinger Stifts eng mit Steimle zusammengearbeitet, als es darum ging, die Stiftsverbindungen (in erster Linie Roigel und Normannia) in die Deutsche Burschenschaft einzugliedern.¹³³ Der Normanne Steimle war zeitweise Fezers Beauftragter für Stiftsangelegenheiten. In seinem Erlebnisbericht über seine Studentenzeit als Stifter wies Ernst Bock darauf hin, dass die württembergische Kirchenleitung den jüngeren Theologiestudenten den Eintritt in die SA nahe legte, und dass er selbst im Juni 1934 an einem zweiwöchigen Schulungskurs des SA-Hochschulamtes auf dem Schadenweilerhof bei Rottenburg teilnahm.¹³⁴ Sein SA-Sturmführer, der mit Steimle befreundete Hans Reichle (1910–1994), schloss sich wenig später dem SD an.¹³⁵ Nach dem Krieg wurde Reichle Lehrer am Tübinger Kepler-Gymnasium.¹³⁶

Dass so viele SA-Mitglieder dem Tübinger Stift entstammten, kann auch deshalb nicht verwundern, weil dessen Ephorus Fezer schon früh und vehement eine Verbindung von Nationalsozialismus und Christentum propagiert hatte. Gerade die Stiftsstudenten wurden von ihm aufgefordert, sich dem Nationalsozialismus anzuschließen. Nachdem Fezer zum Rektor ernannt worden war, verlangte er eindringlich die Politisierung der Eberhard-Karls-Universität.¹³⁷ In seiner Ansprache zur Semestereröffnung des Wintersemesters 1933/34 am evangelischen Stift hatte Fezer hervorgehoben, dass der Nationalsozialismus im Stift nicht erst neuerdings Einzug gehalten habe, sondern „in diesem Hause schon lange vorher mit offenen Herzen aufgenommen und von entschlossenen Kämpfern bewahrt worden war“. Der anwesende Landesbischof Theophil Wurm (1868–1953) appellierte ebenfalls an

132 Adam 1977, 55.

133 Bock 1988, 59–61.

134 Ebd., 57f.

135 Ebd., 66f. In den im Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL) überlieferten Akten (K 110, Bü 49, Nr. 107) werden außer Reichle noch eine Reihe weiterer SD-Mitarbeiter erwähnt. So werden als Teilnehmer an einer SD-Außenstellenleitertagung am 26./27.11.1938 in Ulm folgende Namen genannt: Augustin, Christensen, Drexel, Fauss, Hartmann, Haussmann, Leipold, Ohnmacht, Reichle, Wichmann. Referate seien von Augustin, Hartmann, Haussmann, Wichmann und Reichle gehalten worden.

136 Siehe den Nachruf im Schwäbischen Tagblatt vom 30.6.1994, 27: „Der Herr des Rings. Zum Tode von Kepi-Oberstudiendirektor Hans Reichle“. Ich danke Frau Berthild Reichle für Informationen über ihren Mann und seine SD-Beziehungen, außerdem für die Überlassung seines Ausstellungsführers „... treu und fest hinter dem Führer“ (Tübingen 1983), zu dem er in mehrfachen Begegnungen mit Manfred Schmid, dem Organisator der Ausstellung, Erläuterungen gegeben hatte.

137 Fezers Rede, die er Ende Januar 1934 bei der Reichsgründungsfeier der Universität hielt, hatte in dieser Hinsicht stark agitatorischen Charakter. Siehe dazu den Bericht „Die Universität im neuen Staat“ in der Tübinger Chronik vom 23.1.1934. Zwei Monate vorher hatte das Neue Tübinger Tagblatt Fezer dafür gelobt, dass er einen Ruf an die Universität Berlin abgelehnt hatte, und ihn mit den Worten charakterisiert: „Sein offenes und freudiges Bekenntnis zu Adolf Hitler und dessen Werk hat auf die Pfarrerschaft, insbesondere auf deren junge Generation, einen ungeheuren Eindruck gemacht; daß er als einer der anerkanntesten Führer der deutschen Theologie sich dem Nationalsozialismus anschloß, nahm auch dem letzten Zweifler und Miesmacher die Einrede, echtes Christentum und echter Nationalsozialismus könnten niemals sich widerstreiten“; Neues Tübinger Tagblatt 8.11.1933.

die Stiftsstudenten, sich fest hinter den Führer des Dritten Reiches zu stellen.¹³⁸ Insofern kam es nicht von ungefähr, dass sich gerade die evangelischen Studenten der NS-Bewegung anschlossen und sich in der SA und im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund engagierten.

Ein Beispiel dafür ist Eugen Steimle, der 1933 Hochschulgruppenführer des NSDStB und Führer der Tübinger Studentenschaft wurde. Von 1934 bis 1936 amtierte er als Gaustudentenführer für Württemberg-Hohenzollern, und im Anschluss daran leitete er in der Reichsstudentenführung von 1937 bis 1941 das Amt Altherrenbund.¹³⁹ Bereits seit 1933 gehörte er der SS an. Von Gustav Adolf Scheel, der im Juli 1935 die Nachfolge Werner Bests als Führer des SD-Oberabschnitts Süd-West angetreten hatte, wurde Steimle für eine Mitarbeit beim SD gewonnen. Nachdem Steimle im März 1936 seine Assessorprüfung absolviert hatte, übernahm er Führungsaufgaben in der Stuttgarter Leitabschnittszentrale des SD, wo ihm als Stabsleiter zunächst zwölf hauptamtlich beschäftigte Mitarbeiter unterstanden. Im Dezember 1936 wurde er zum Obersturmbannführer ernannt und rückte zum Führer des Leitabschnitts auf.¹⁴⁰ Wegen seiner Beteiligung am Judenpogrom in Württemberg, das heißt wegen der währenddessen vorgekommenen Ausschreitungen, wurde im Juli 1939 ein Disziplinarverfahren der SS gegen Steimle eingeleitet.¹⁴¹ Das hatte allerdings keine negativen Auswirkungen auf seinen weiteren Karriereverlauf. Im Anschluss an seine Lehrtätigkeit an der Bernauer SD-Führerschule wurde Steimle im September 1941 mit der Führung des Einsatzkommandos 7a der Einsatzgruppe B betraut. Von August 1942 bis Januar 1943 leitete er das Sonderkommando 4a der Einsatzgruppe C. Danach übte Steimle hochrangige Funktionen im Reichssicherheitshauptamt aus.

Obgleich Steimle am 10. April 1948 wegen der von ihm verübten Untaten zum Tode verurteilt worden war, konnte er das Landsberger Gefängnis bereits im Juli 1954 als freier Mann verlassen. Ein Jahr später erhielt er im Mai 1955 eine Stelle als Geschichts- und Deutschlehrer am Gymnasium der Zieglerschen Anstalten im oberschwäbischen Wilhelmsdorf. Dass ein verurteilter Massenmörder wieder Schulunterricht erteilen durfte, hatte Steimle einem gut funktionierenden Netzwerk alter Bekannter zu danken. Zu denjenigen, die ihm entsprechende Leumundszertifikate ausstellten, gehörte unter anderem der Gründer und Leiter der Evangelischen Akademie Bad Boll, Eberhard Müller (1906–1989). Müller kannte sowohl Steimle als auch Sandberger von seiner Zeit als Generalsekretär der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung her. 1933 seien allein im Kreis Tübingen 120 DCSV-Mitglieder in die SA eingetreten.¹⁴² Auch Theophil Wurm und der Tübinger Studenten-

138 Siehe dazu den Bericht in der Tübinger Chronik vom 27.10.1933.

139 Grüttner 1995, 512f.

140 Müller 1988, 500 und StAL K 110, Büschel 50, Stabsbefehl Nr. 66 vom 15.11.1939. Dem Stabsbefehl Nr. 28 vom 25.3.1939 zufolge umfasste der Leitabschnitt Stuttgart nun 30 Dienststellenangehörige und mit allen Außenstellen und Ehrenamtlichen insgesamt 190 Mitarbeiter. Der Amtssitz des SD-Leitabschnitts befand sich zunächst im Stuttgarter Wilhelmshaus und nach dem Umzug Ende 1939 in der Reinsburgstraße 32/34.

141 Lächele 1995, 262.

142 Hong 2001, 151. Unter ihnen befand sich auch Kittels Assistent und Mitarbeiter am Theologi-

pfarrer sowie vormalige Assistent Karl Fezers Hans Stroh (geb. 1908) leisteten Lobbyarbeit für Steimle und ermöglichten seine zügige Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Im Tübinger Oberschulamts fand Steimle in Heinrich Dietz (geb. 1905) Unterstützung.¹⁴³ Dietz leitete dort von 1952 bis 1970 die Abteilung für höhere Schulen, wobei ihm auch die kirchlichen Schulen unterstanden. 1926 hatte er in Tübingen über Shakespeare promoviert und nach seinem Parteieintritt im Mai 1933 auch für den SD gearbeitet.¹⁴⁴

Auch der studentische NS-Aktivist Martin Sandberger erlangte in den 1940er Jahren eine führende Stellung im Reichssicherheitshauptamt, wo er als stellvertretender Gruppenleiter I B (Erziehung, Ausbildung und Schulung) und als Referatsleiter I B 3 (Lehrgangsgestaltung der Schulen) an zentraler Stelle in die weltanschauliche Schulung derjenigen eingebunden war, von denen die „Endlösung“ vor Ort durchgeführt wurde. Bereits im Juli 1935 hatte er auf der SD-Schule in Bernau einen Lehrgang absolviert. Der 1911 geborene Sandberger entstammte einer alteingesessenen württembergischen Pfarrersfamilie.¹⁴⁵ 1929 hatte er in München ein Studium der Rechts- und Staatswissenschaften begonnen, das er im Wintersemester 1932/33 in Tübingen abschloss. Im November 1933 folgte die juristische Promotion. Sandberger gehörte der Sängerschaft „Alt Straßburg“ im Sondershäuser Verband an und avancierte in Tübingen sehr schnell zu einem führenden Studentenvertreter des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes, dem er sich im November 1931 angeschlossen hatte. Im Monat darauf trat er in die SA ein, und auch seine NSDAP-Mitgliedschaft wurde nach einigem Hin und Her auf Dezember 1931 rückdatiert. Als im April 1933 Gerhard Schumann zum Kommissar für die württembergische Studentenschaft aufrückte, wurde Sandberger sein Stellvertreter. Außerdem übernahm Sandberger im August 1933 das Amt des Bundeshochschulinspektors und Beauftragten für Verfassungsfragen bei der Reichsleitung des NSDStB. Im September 1934 trat er eine hauptamtliche Tätigkeit als Hochschulreferent beim Chef des Ausbildungswesens der SA Gottlob Berger (1896–1975) an.

Sandbergers eigentlicher Mentor wurde jedoch Gustav Adolf Scheel, der seine Karriere sowohl in der Reichsstudentenführung als auch im SD stark förderte. Ein halbes Jahr nach seinem Eintritt in die SS wurde Sandberger Anfang 1936 hauptamtlicher SD-Mitarbeiter und Scheels persönlicher Referent. Im November 1936 legte er sein zweites juristisches Staatsexamen ab, und 1937 wurde er Gebietsführer in der Reichsstudentenführung. Als Scheel 1939 zum Inspekteur der Sicherheitspolizei (IdS) in München ernannt wurde, sollte Sandberger ihn eigentlich dorthin begleiten. Doch Heydrich entschied, den aufstrebenden Tübinger Juristen zur

schen Wörterbuch Karl Heinrich Rengstorf (1903–1992); Bachmann 2005, zitiert nach der Internetausgabe S. 2.

143 Lächele 1995, 274.

144 Im gleichen Jahrgang der Zeitschrift für Politik, in dem auch der erwähnte Englandartikel Otto Rösslers erschienen war, publizierte Dietz einen Aufsatz über „Lüge und Verleumdung in der englischen Agitation“ (Dietz 1940), der in gewisser Weise an das Thema seiner Doktorarbeit (Mittel und Methoden der politischen Massenbeeinflussung bei Shakespeare) anschloss.

145 Zur Vita Sandbergers siehe die Lebensläufe in seinen BDC-Akten im Bundesarchiv sowie Ruck 1996, 228f. und vor allem Wildt 2002, 98–104 und 170–173.

Einwanderenzentralstelle Gotenhafen (Gdansk) abzukommandieren.¹⁴⁶ Nach dem Überfall auf die Sowjetunion übernahm Sandberger das Sonderkommando 1a der Einsatzgruppe A. Ab Dezember 1941 war Sandberger außerdem Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD (KdS) in Estland. Ende 1943 wurde er zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Wilhelm Harster (1904–1977) nach Italien abgeordnet. Zusammen mit Theodor Dannecker, der im September 1943 mit der Deportation der italienischen Juden beauftragt worden war, trieben Sandberger und Harster die „Entjudung“ Italiens voran. Alle drei kannten sich aus Tübingen, wo Harster im Dezember 1934 das Amt des Polizeipräsidenten übernommen hatte.¹⁴⁷ Vor seinem Einsatz in Italien hatte der später noch zum SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei beförderte Harster als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Polen und in den Niederlanden eine verhängnisvolle Rolle gespielt. 1949 wurde er deswegen zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis im Herbst 1956 arbeitete Harster als Jurist im Rang eines Regierungsrats im bayerischen Innenministerium. 1967 musste er sich ein zweites Mal vor Gericht verantworten. Wegen Beihilfe zum gemeinschaftlichen Mord in mehr als 82000 Fällen wurde er zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, doch bereits nach wenigen Jahren erneut begnadigt.¹⁴⁸

Sandberger selbst wurde wegen seiner Tätigkeit in der Einsatzgruppe A am 8. April 1948 zum Tode verurteilt. Als er zehn Jahre später im Mai 1958 zusammen mit Adolf Ott (geb. 1904), dem Leiter des Sonderkommandos 7b der Einsatzgruppe B, und dem früheren Pfarrer und Kirchenpropst Ernst Biberstein (1899–1986), Leiter des Einsatzkommandos 6 der Einsatzgruppe C, entlassen wurde, gehörte er zu den letzten noch in Landsberg einsitzenden Schwerverbrechern. Danach arbeitete Sandberger als Justitiar in einem der evangelischen Kirche nahestehenden Stuttgarter Unternehmen.¹⁴⁹ Dadurch, dass seine Familie dem etablierten protestantischen Bürgertum in Württemberg angehörte, war die Liste derjenigen, die sich für ihn einsetzten, noch um einiges länger als in vergleichbaren anderen Fällen.¹⁵⁰ Das engmaschige Netz dieses Beziehungsgeflechtes ermöglichte es Sandberger, nach

146 Wildt 2002, 172 und 489.

147 Zur Ernennung Harsters siehe den Bericht im „Neuen Tübinger Tagblatt“ vom 24.12.1934: „Dr. Harster kommt wieder. Die Polizeidirektorstelle in Tübingen endgültig besetzt“ (mit Foto). Wie es dort heißt, hätte sich Harster durch sein „leutseliges und umgängliches Wesen“ bereits als kommissarischer Leiter im Frühjahr und Sommer 1934 die Herzen der Tübinger erobert; Dr. Harster kommt wieder 1934.

148 Siehe zu Harsters NS-Karriere Gentile/Klinkhammer 2000, 522–532; Wilhelm 1987, 245–247; Wilhelm 1997, 210f.; Freudiger 2001, 93f.; Meershoek 2000, 385f. und 396f.

149 Von dem Unternehmen ist nur bekannt, dass es „bis heute engste Beziehungen zur evangelischen Landeskirche unterhält“, wie Ruck 1996 schrieb. Die Familie Sandbergers sei seit langem über die Tübinger Stiftsverbinding Rothenburg eng mit dieser (nicht genannten) Stuttgarter Unternehmerfamilie verbunden gewesen; ebd., 241.

150 Zu den zahlreichen Unterstützern Sandbergers gehörten unter anderem der vormalige und der amtierende evangelische Landesbischof Theophil Wurm und Martin Haug. Die Evangelische Akademie Bad Boll unter Eberhard Müller machte die Zusage, Sandberger als wissenschaftlichen Sekretär anzustellen, und ihr stellvertretender Direktor Hans Stroh übernahm eine Bürgerschaft für ihn; Lächele, 1995, 271.

seiner Haftentlassung im bürgerlichen Leben rasch wieder Fuß zu fassen. Noch Anfang der 1990er Jahre publizierte er in der „Zeitschrift des Vereins für Familien- und Wappenkunde in Württemberg und Baden e.V.“, in der zu seinem 75. und 80. Geburtstag auch Glückwunschadressen erschienen.¹⁵¹ Heute lebt Sandberger in einem Stuttgarter Seniorenstift, wo er am 17. August 2009 seinen 98. Geburtstag beging.

Mit Erich Ehrlinger (1910–2004) avancierte ein weiterer Tübinger Studentenfürher zu einem der maßgeblichen Exekutoren der Endlösung.¹⁵² 1910 in Giengen an der Brenz geboren, begann Ehrlinger 1929 in Tübingen Jura zu studieren. Während eines Berliner Studiensemesters trat er am 15. Mai 1931 in die SA und zwei Wochen später, am 1. Juni, in die NSDAP ein. Im Wintersemester 1931/32 setzte er das Studium in Tübingen fort. Eine größere Bekanntheit erlangte er, als er zusammen mit Martin Sandberger Anfang März 1933 die Hakenkreuzfahne auf der Neuen Aula der Universität Tübingen aufzog. Nach der ersten juristischen Staatsprüfung im Mai 1933 arbeitete Ehrlinger bis März 1934 als Gerichtsreferendar am Tübinger Amtsgericht. Im Gegensatz zu Sandberger brach er den juristischen Vorbereitungsdienst jedoch ab, um ein Jahr vor ihm in die Dienste des Chefs des Ausbildungswesens und des SA Hochschulamtes der NSDAP zu treten. Dieser, der bereits erwähnte Gottlob Berger, stammte aus der Ortschaft Gerstetten in der Nähe Giengens, wo er seit 1920 als Lehrer arbeitete, bevor er 1928 an die Versuchsvolksschule nach Wankheim bei Tübingen wechselte. Bereits seit 1922 Mitglied der NSDAP, war Berger in der Weimarer Republik am Aufbau der „Schwarzen Reichswehr“ beteiligt. Mit ihren illegalen paramilitärischen Formationen wollte die „Schwarze Reichswehr“ die in Versailles beschlossene Entwaffnung des deutschen Heeres umgehen. Nach seinem Eintritt in die SA im Januar 1931 führte Berger von März bis Oktober 1933 in Tübingen den Sturmbann 10 an. Zum Oberführer der SA ernannt, leitete er dann eine württembergische SA-Kompanie.¹⁵³

Als 1935 das Ausbildungswesen der SA aufgelöst wurde, traten sowohl Berger als auch Ehrlinger und Sandberger in die SS über. Bergers weitere Karriere in der SS führte ihn in die nächste Umgebung Himmlers und ließ ihn als Leiter des SS-Hauptamtes zu einem seiner engsten Mitarbeiter werden. Man nannte ihn deshalb einen der „zwölf Apostel Himmlers“. „Schwabenherzog“ und „allmächtiger Gottlob“ waren zwei andere prägnante Beinamen, die er erhielt.¹⁵⁴ Zum eigentlichen Lebenswerk Bergers wurde der Aufbau der Waffen-SS. Dass die Übernahme der studentischen SA-Mitglieder Tübingens in die SS so reibungslos verlief, war nicht

151 Notizen in Südwestdeutsche Blätter für Familien- und Wappenkunde, 18 (1987), 418 und 20 (1991), 138.

152 Siehe zu Ehrlinger besonders Wildt 2002, 92–94 und 167–169 sowie Rüß 2001, 437–442. Lebensläufe Ehrlingers finden sich in seinen BDC-Akten sowie in der Sammelakte 130 des Bundesarchivs Ludwigsburg, das die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Karlsruhe vom 2.11.1960 enthält.

153 Siehe zu Berger besonders seine Berliner BDC-Akten sowie Scholtyseck 1997. Am 28.3.1933 erschien in der Tübinger Chronik ein größeres Foto des SA-Oberführers und seiner Stellvertreter, und zum fünfjährigen Jubiläum des Sturmes 10/125 am 2.5.1933 ein Artikel, in dem auch auf „Vatter Berger“ und seine Rolle in der Tübinger SA eingegangen wird.

154 Scholtyseck 1997, 78.

zuletzt seinem Wirken und Einfluss geschuldet. Enge Beziehungen unterhielt Berger vor allem mit Erich Ehrlinger, für den er in einer ähnlichen Weise zum Mentor wurde wie Scheel für Sandberger. Als Berger kurz vor dem Anschluss Österreichs mit Himmler in einem Vorauskommando in Wien einrückte, war Ehrlinger dort mit dem Aufbau einer SD-Dienststelle befasst.

In Tübingen hatte Ehrlinger bereits Ende 1932 die Führung eines SA-Sturms übernommen. Auf verschiedenen SA-Sportschulen leitete er ganz im Sinne Bergers studentische Lehrgänge für Sport und Wehrtüchtigung, unter anderem als Zugführer in der SA-Sportschule Schadenweilerhof und als Abteilungsleiter beim SA-Sportlager Feldstetten auf der Schwäbischen Alb. Im Mai 1933 wurde Ehrlinger zum Sturmführer und im Dezember 1933 zum Obersturmführer der SA ernannt. Als die SA Anfang 1934 Störaktionen gegen den katholischen Dogmatikprofessor Karl Adam (1876–1966) durchführte, gehörte Ehrlinger mit Schumann zu den treibenden Kräften.¹⁵⁵ Im September 1935 übernahm Ehrlinger eine hauptamtliche Tätigkeit beim Berliner SD und wurde unter Franz Alfred Six (1909–1979) als Stabsführer bei der Zentralabteilung II 1 (Juden, Konfessionen, Gegner) eingesetzt. Später leitete er die Hauptabteilung II 11 (Weltanschauungen) und war somit auch der Vorgesetzte Adolf Eichmanns.¹⁵⁶ Im Rahmen seiner vielfältigen Aktivitäten beteiligte sich Ehrlinger nicht nur in Wien, sondern im Jahr darauf auch in Prag beim Aufbau der SD-Dienststelle. 1940 wurde er von Himmler und Berger nach Norwegen geschickt, wo er mit Vidkun Quisling (1887–1945) eine norwegische SS-Truppe aufstellen sollte.

Im Juni 1941 trat Ehrlinger die Führung des Sonderkommandos 1b der Einsatzgruppe A an. Sehr schnell erwarb er sich den Ruf eines hartgesottenen SS-Führers, der durchaus nicht davor zurückschreckte, selbst Hand anzulegen. Ehrlinger achtete bei den von ihm geleiteten Vergasungs- und Erschießungsaktionen sehr auf eine gleichmäßige Mitwirkung seiner Untergebenen, um „Ungerechtigkeiten“ zu vermeiden. Er habe streng über den ordnungsgemäßen Verlauf gewacht und auch selbst geschossen.¹⁵⁷ Im Dezember 1941 wurde Ehrlinger zum KdS für den Gene-

155 Siehe Kreidler 1983, 135f.

156 Das Arbeitsprogramm einer Tagung der Abteilung II 112 des Sicherheitshauptamtes begann am 1.11.1937 mit einem einleitenden Vortrag Ehrlingers zum Thema „Allgemeine Lageberichterstattung, Dachkartei und Sachaktenführung usw.“ Um 11.00 Uhr schlossen sich Ausführungen des SS-Oberscharführers Dannecker über „[d]ie Judengesetzgebung seit 1933“ an. Ab 11.30 Uhr referierte Adolf Eichmann über „[d]as Weltjudentum: Politische Aktivität und Auswirkung seiner Tätigkeit auf die in Deutschland ansässigen Juden“, und am Nachmittag folgte um 14.00 Uhr ein weiterer Vortrag Danneckers über „[d]as innerdeutsche Judentum: Organisation, sachliche und personelle Veränderungen, geistiges Leben und die Methodik seiner Behandlung“; Wildt 1995, 123f. Danneckers Vormittagsausführungen lassen erkennen, warum im SD gerade die Kompetenz von Juristen benötigt wurde. Dem im Moskauer Sonderarchiv überlieferten Manuskript zufolge sagte er: „Es genügt nicht mehr, im Verkehr mit behördlichen Stellen zu schreiben: Der und der Jude muß ins KZ gesteckt werden, weil er sich irgendwann staatsfeindlich geäußert und betätigt hat, sondern nach der Zitierung des festgestellten Tatbestandes hat es zu heißen: Der Jude X hat durch seine staatsfeindlichen Äußerungen oder seine staatsfeindliche Tätigkeit gegen die Anordnung oder das Gesetz Y verstoßen“; ebd., 128f.

157 Das Landgericht Karlsruhe wies am 2.11.1960 Ehrlingers offensichtliche Schutzbehauptung zurück, Juden seien immer nur als Partisanen und nicht als Juden getötet worden. Vielmehr sei

ralbezirk Kiew im Reichskommissariat Ukraine und zwei Jahre später, im Oktober 1943, zum Befehlshaber der Sipo und des SD in Minsk ernannt. Auf seinen Befehl hin wurden noch mehrere Tausend Juden, die im Minsker Ghetto verblieben waren, erschossen oder vergast. Insgesamt wird die Zahl der getöteten Juden in Minsk auf 50 000 bis 85 000 geschätzt. Am 1. April 1944 wurde Ehrlinger schließlich zum Amtschef im Amt 1 (Personal) des Reichssicherheitshauptamt eingesetzt und drei Monate darauf unter Berufung in das Beamtenverhältnis am 27. Juni 1944 mit nur 34 Jahren zum Oberst der Polizei befördert. Nach dem Krieg blieb Ehrlinger zunächst unentdeckt. Ende 1961 konnte ihm jedoch in Karlsruhe der Prozess gemacht werden, der mit der Verurteilung zu zwölf Jahren Haft endete. Da Ehrlinger während der Gefangenschaft erkrankte, wurde der Haftbefehl 1965 aufgehoben und seine Entlassung aus dem Gefängnis verfügt. 1969 wurde das Verfahren gegen ihn ganz eingestellt.

Der Leiter der Einsatzgruppe A Walter Stahlecker (1900–1942) war im Machtapparat des Dritten Reiches auf einer deutlich höheren Funktionsebene angesiedelt als seine etwa zehn Jahre jüngeren Untergebenen Ehrlinger und Sandberger. Sein unbedingter Durchsetzungsanspruch und der Wille zur Übererfüllung der ihm übertragenen Aufgabe machten aus ihm einen Einsatzgruppenführer par excellence. Stahlecker verkörperte den Prototyp des weltanschaulich motivierten Verbrechers. Hätten ihn nicht Partisanen im März 1942 getötet, wäre er sicherlich in die zweite oder sogar in die erste Reihe der NS-Führung aufgestiegen. Heydrich selbst hielt am 26. März 1942 die Traueransprache für Stahlecker auf der Prager Burg.¹⁵⁸

Von der Einsatzgruppe A und ihren Einsatzkommandos wurden allein in den ersten vier Monaten ihrer Tätigkeit mehr als 135 000 Menschen ermordet.¹⁵⁹ Der letzte von Stahlecker überlieferte Ereignisbericht bezifferte die Summe der unter seiner Verantwortung getöteten Juden, Kommunisten und Partisanen, darunter auch Frauen, Kinder und Alte, auf die unvorstellbare Zahl von 240 410 Personen.¹⁶⁰ Stahlecker legte nach dem Überfall auf die Sowjetunion Tausende von Kilometern im PKW zurück, um stets auf der Höhe des Geschehens zu sein.¹⁶¹ Er begnügte sich nicht damit, die Juden in den rückwärtigen Frontabschnitten zu ermorden. Sein Markenzeichen war es, den Militärverbänden vorauszuweichen und noch vor deren Eintreffen die Judenexekutionen vorzubereiten.¹⁶² Stahleckers Führungsstil und

Ehrlinger ein ausgesprochener Antisemit gewesen, „der die Vernichtung der Juden befürwortete und es als seine Aufgabe ansah, hierbei mitzuhelfen“; BArch Außenstelle Ludwigsburg Sammelakte 130, II 204 AR-Z 21/58, fol. 1719 und 1724.

158 Schuhladen-Krämer 1997, 416f. nach dem Bericht im NS-Kurier vom 28.3.1942.

159 Siehe Stahleckers Einsatzgruppen-Bericht vom 15.10.1941, der den Titel „Übersicht über die Zahl der exekutierten Personen“ trägt; Wilhelm 1981, 606.

160 Siehe den „Gesamtbericht der Einsatzgruppe A vom 16. Oktober 1941 bis 31. Januar 1942: Zahlen der von der Einsatzgruppe A bis 1.2.1942 durchgeführten Exekutionen“; ebd., 607.

161 Schuhladen-Krämer 1997, 430. Siehe hierzu die Fotos von Stahlecker auf Überlandfahrt in: Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg 2002, 56.

162 So eilte er etwa im Juni 1941 nach Tilsit, um noch vor dem Eintreffen der Einsatzgruppen der dortigen Stapo-Dienststelle den Befehl zur Durchführung der „Sonderbehandlung“ sämtlicher Juden, einschließlich der Frauen und Kinder, sowie der kommunistenverdächtigen Litauer“ zu übermitteln; Krausnick 1993, 141.

die Art und Weise, wie er die ortsansässigen Antisemiten zur Kollaboration für seine Ziele einspannte, brachte ihm wesentlich höhere „Erfolgsziffern“. Die Zahl der unter seinem Kommando liquidierten Juden lag deshalb deutlich über der Bilanz anderer Einsatzgruppen.

Walter Stahlecker verkörpert vielleicht noch mehr als Reinhard Heydrich den moralischen Abgrund und die verbrecherische Dimension des Dritten Reiches. Wegen seiner herausgehobenen Position unter den Einsatzgruppentätern habe ich ihn an anderer Stelle als *Primus inter pares* bezeichnet.¹⁶³ Stahlecker war kein gewöhnlicher Krimineller und mordete nicht etwa deswegen, weil er sich persönlich bereichern wollte. Vielmehr hegte er in seinem Innersten die Überzeugung, dass es richtig und notwendig sei, ausnahmslos alle Juden in Europa auszurotten. Wie viele andere Exekutoren der Endlösung kam auch er aus der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft. Er hatte eine akademische Sozialisation durchlaufen, an der Universität Tübingen studiert und das Studium mit der Promotion abgeschlossen.

Im Jahr 1900 in Sternenfels im Oberamt Maulbronn geboren, ging Stahlecker auch in Tübingen zur Schule, wo sein Vater, ein evangelischer Pfarrer und Oberstudienrat, seit 1907 die Mädchenrealschule leitete.¹⁶⁴ Stahlecker entstammte dem Milieu protestantischer Ehrbarkeit und wuchs in einer vom evangelischen Glauben geprägten bildungsbürgerlichen Honoratiorenfamilie auf. 1919 erlangte sein Vater für die Württembergische Bürgerpartei und sechs Jahre später für die Deutschnationale Volkspartei in Tübingen ein Gemeinderatsmandat.¹⁶⁵ Nach dem Abitur begann Walter Stahlecker im Wintersemester 1920/21 an der Universität Tübingen ein Studium der Rechtswissenschaft. Doch schon vorher hatte er sich einem bewaffneten Freiwilligenverband angeschlossen und wurde Mitglied des Tübinger Studentenbataillons, das sich an gewalttätigen Auseinandersetzungen im Kampf gegen den Kommunismus beteiligte. Auf Grund der in Versailles erzwungenen Demobilisierung trat Stahlecker in die württembergische Polizeizeiher und dann in die paramilitärische „Organisation Escherich“ (Orgesch) ein. Nach deren Verbot bewegte er sich im Umfeld der „Organisation Consul“ (O.C.), die sich durch verschiedene Terroraktivitäten hervortat, und die auch in Tübingen Fuß gefasst hatte, wo sie Wehrsportveranstaltungen durchführte, an denen auch Stahlecker teilnahm.¹⁶⁶ Stahlecker behauptete später, dass er bereits 1921 in die NSDAP eingetreten sei. Das könnte zwar zutreffen, doch eine Mitgliedschaft in der im Februar 1923 gegründeten Ortsgruppe der NSDAP in Tübingen ist erst seit dieser Zeit verbürgt.¹⁶⁷ Daneben gehörte er zeitweilig dem Alldeutschen Verband und dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund an.

Während des Studiums schloss sich Stahlecker – wie sein Vater und seine beiden Brüder – der Stiftsverbinding Lichtenstein an. Die für ihn typische Verknüpfung von bürgerlichem Habitus und radikal-völkischer Gesinnung scheint hier ent-

163 Junginger 2003a.

164 Zu Stahleckers Vita siehe Lang 1996 und daran anknüpfend Schuhladen-Krämer 1997 sowie Wilhelm 1989, 274 und Wilhelm 1997, 232.

165 Schuhladen-Krämer 1997, 417.

166 End., 418.

167 Ebd. und Schönhagen 1991, 39f. 1923 hatte die Tübinger NSDAP immerhin 190 Mitglieder.

scheidend geprägt worden zu sein.¹⁶⁸ 1927 promovierte Stahlecker an der Eberhard-Karls-Universität mit einer Arbeit über die Fürsorgeerziehung nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch und dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz. Sein Referendariat führte ihn 1927/28 in die Amtsgerichte von Tübingen und Reutlingen beziehungsweise in das Tübinger Landesgericht. Zwischen 1929 und 1930 arbeitete er als Regierungsrat in den Oberämtern Ehingen und Saulgau und wurde im August 1930 Direktor des Nagolder Arbeitsamtes. Diese Stellung hatte er bis zum Mai 1933 inne, als er zum stellvertretenden Leiter des württembergischen politischen Polizeiamtes nach Stuttgart berufen wurde. Obwohl Stahlecker seit 1932 der SS angehörte, geriet er in Stuttgart in einen bereits schwelenden Konflikt zwischen dem Reichsstatthalter Murr, seinem Förderer, und dem Ministerpräsidenten Mergenthaler, dessen Ausgang zunächst nicht abzusehen war. Auf Betreiben Murrs und gegen den erbitterten Widerstand Mergenthalers wurde Stahlecker im November 1933 (bei gleichzeitiger Einweisung in eine Oberregierungsratsstelle) zum Vertreter Württembergs beim Reich in Berlin ernannt. Im Mai 1934 wurde er mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Leiters der Württembergischen Politischen Polizei betraut. Die Übergangszeit dauerte freilich nicht allzu lange, denn Stahleckers Amtsvorgänger Hermann Mattheiß (1893–1934) wurde im Zusammenhang des Röhms-Putsches am 1. Juli 1934 in Ellwangen erschossen, man könnte auch sagen: aus dem Weg geräumt.

Im Mai 1937 berief Heydrich Stahlecker zum Leiter der Staatspolizeileitstelle Breslau und machte ihn ein Jahr später zum Inspektor der Sicherheitspolizei und des SD in Österreich. In dieser Eigenschaft leitete er als Vorgesetzter Adolf Eichmanns die im August 1938 gegründete Zentralstelle für jüdische Auswanderung, der es in kurzer Zeit gelang, die Zahl der aus Österreich fliehenden Juden in die Höhe zu treiben.¹⁶⁹ Als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) im Protektorat Böhmen und Mähren übertrug Stahlecker das Wiener Modell auf Prag, wo im Juli 1939 die gleiche Einrichtung installiert und wiederum Eichmann übertragen wurde. Die Beziehung zwischen Stahlecker und Eichmann gestaltete sich in dieser Zeit außerordentlich eng. „Nahezu jeden Sonntag trafen sie sich zu privaten Gesprächen.“¹⁷⁰ Gemeinsam diskutierten und entwickelten sie Pläne für ein „Judenreservat“ auf polnischem Gebiet.

Erwartungsgemäß brachte der Zweite Weltkrieg Stahlecker auf der Karriereleiter noch weiter nach oben. Seit April 1940 BdS in Norwegen und dort mit dem Aufbau eines SD-Netzes betraut, fungierte er im Anschluss daran als Verbindungsmann zwischen der SS und dem Auswärtigem Amt.¹⁷¹ Die Beförderung zum SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei erfolgte am 6. Februar 1941. Wenig später übernahm er die Leitung der Einsatzgruppe A. In dieser Eigenschaft betraute er seine bewährten Tübinger Kameraden Sandberger und Ehrlinger mit der Führung der Sonderkommandos 1a und 1b. Im März 1942 zum Höheren SS- und Poli-

168 So Schuhladen-Krämer 1997, 419f.

169 Ebd., 424; Anderl 1994, 276.

170 Schuhladen-Krämer 1997, 425.

171 Wildt 2002, 508–510; Schuhladen-Krämer 1997, 427.

zeitführer (HSSPF) in Frankreich auserkoren, starb Stahlecker am 23. März 1942 an den Folgen eines auf ihn verübten Attentats.

Erwin Weinmann (1909–1945, Todesdatum umstritten), der wie sein Bruder Ernst Weinmann in Frommenhausen bei Tübingen geboren wurde und in der Mitte der 1920er Jahre von Rottweil neckarabwärts in die Universitätsstadt umzog, gehörte ebenfalls zu den Einsatzgruppentätern. Nach dem Abitur in Rottweil hatte Erwin Weinmann im Sommersemester 1927 in Tübingen ein Medizinstudium begonnen, an das sich Ende 1934 die Promotion anschloss.¹⁷² Bereits während des Studiums engagierte sich Weinmann politisch. Mit Sandberger zusammen saß er für die Nationalsozialisten im Allgemeinen Studentenausschuss der Tübinger Universität. Zeitweilig war er auch Fraktionsführer des NSDStB, dem er sich im November 1931 angeschlossen hatte. Etwa ein halbes Jahr später errang der NSDStB im Juli 1932 die Hälfte aller Mandate im Tübinger AStA. Im Dezember 1931 trat Weinmann in die NSDAP und die SA, und im Juni 1932 in die SS ein. Ab dem 1. Dezember 1936 arbeitete er als hauptamtlicher Mitarbeiter im SD-Oberabschnitt Süd-West, wo er zunächst die Stelle eines Stabsführers innehatte. 1937 wurde er nach Berlin versetzt. Im Reichssicherheitshauptamt übertrug man ihm im März 1941 die Leitung der Gruppe IV D (Besetzte Gebiete). Zuvor hatte er schon das Kriegsverdienstkreuz erhalten, weil er sich bei der „Bereinigung Lothringens von volks- und reichsfeindlichen Elementen“ ausgezeichnet hatte.¹⁷³ Im Januar 1942 übernahm Erwin Weinmann das in der Ukraine operierende Sonderkommando 4a der Einsatzgruppe C, das er bis zum Juli 1942 leitete. Wie bei einem Staffellauf gab er den Stab dann direkt an seinen Tübinger Studienkollegen Eugen Steimle weiter, der das Sonderkommando 4a bis Januar 1943 anführte. Weinmann selbst wurde nach Prag kommandiert, wo er im September 1942 die Nachfolge Stahleckers als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) antrat.¹⁷⁴ Gegen Kriegsende taucht Weinmanns Name im Zusammenhang der „Befriedung“ der Slowakei auf. Hierbei war Gottlob Berger Ende August 1944 zum Oberbefehlshaber der deutschen Truppen für die Niederschlagung des slowakischen Nationalaufstandes ernannt worden. Da man annahm, dass Weinmann im Mai 1945 bei den Kämpfen um Prag gefallen sei, wurde er 1949 vom Amtsgericht Reutlingen für tot erklärt. Doch gibt es begründete Zweifel daran. Möglicherweise gelang es Erwin Weinmann, sich in den Nahen Osten abzusetzen.

Sein Bruder Ernst wurde dagegen von einem Belgrader Militärgericht im Dezember 1946 zum Tode verurteilt und im Januar 1947 wegen seiner Beteiligung an Kriegsverbrechen in Serbien gehängt.¹⁷⁵ Ernst Weinmann hatte sich in den 1920er

172 Zur Vita Erwin Weinmanns siehe Wildt 2002, 99 und 178f.

173 Ebd., 352.

174 Siehe Sládek 2000, 335. Am 27.8.1942 hatte Himmler Stahleckers Witwe in Prag aufgesucht und im Anschluss daran mit dem Nachfolger Heydrichs, dem SS-Oberstgruppenführer Kurt Daluge (1897–1946), und dem HSSPF Karl Hermann Frank (1898–1946) personelle Veränderungen im Protektorat Böhmen und Mähren besprochen. Wenige Tage später wurde Weinmann zum BdS Böhmen und Mähren ernannt; Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1999, 530.

175 Lang 1991 und ders. 1995.

Jahren in Rottweil um den Aufbau der NSDAP verdient gemacht. Diese Parteiarbeit setzte er in Tübingen fort. Nicht zuletzt dank seines politischen Einsatzes konnte die während der Verbotszeit stark geschrumpfte Zahl der Tübinger NS-Anhänger wieder gesteigert werden. Von Parteiseite wurde ihm bestätigt, dass er in den Jahren zwischen 1927 und 1930 „die Neuaufrichtung der Partei in Tübingen von 5 auf 60 Parteigenossen“ erkämpft habe.¹⁷⁶ Von 1928 bis 1931 studierte Weinmann an der Eberhard-Karls-Universität Zahnheilkunde und wurde Mitglied der studentischen Landsmannschaft Ghibellinia. Nach der Promotion im Dezember 1931 arbeitete er bis 1939 als selbständiger Zahnarzt in Tübingen. Seit Mai 1933 saß er für die NSDAP im Tübinger Gemeinderat, zeitweise auch als Fraktionsführer. 1936 übernahm er die Tübinger Außenstelle des Stuttgarter SD, und zwei Jahre später trat er im Juni 1938 in die SS ein. Am 28. Juli 1939 avancierte Ernst Weinmann schließlich zum Oberbürgermeister Tübingens. Wegen seiner politischen und militärischen Aktivitäten als „Umsiedlungskommissar“ im besetzten Jugoslawien konnte er seine Amtsgeschäfte in Tübingen allerdings nur sehr eingeschränkt wahrnehmen. 1943 wurde er stellvertretender Leiter der Sipo und des SD in Belgrad, und noch im Oktober 1944 erhielt er die Berufung zum Obersturmbannführer. Das entsprechende Gesuch wurde vom Amtschef 1 im Reichssicherheitshauptamt, dem SS-Standartenführer Erich Ehrlinger, nachhaltig unterstützt.¹⁷⁷ Im Juli 1945 wurde Weinmann von den französischen Besatzungstruppen in einem Lager in Reutlingen interniert und im April 1946 nach Jugoslawien ausgeliefert. Am 20. Januar 1947 wurde das Todesurteil gegen ihn vollstreckt.¹⁷⁸

Ein weiterer Massenmörder, der an der Universität Tübingen studiert hatte, war Adolf Rapp (geb. 1908, Todesdatum unbekannt). „Wegen gemeinschaftlichen Mordes an eintausendeinhundertachzig Menschen“ wurde er am 29. März 1965 vom Landgericht Essen zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt.¹⁷⁹ Rapp hatte die ihm zur Last gelegten Verbrechen vor allem in der Zeit begangen, als er von Februar bis April 1942 das Einsatzkommando 7a der Einsatzgruppe B leitete, das er von Eugen Steimle übernommen hatte. Nachdem Rapp im Januar 1943 eine Verwundung erlitten hatte, wurde er zum Inspektor der Sipo und des SD in Braunschweig ernannt. Im Oktober 1944 zum Reichssicherheitshauptamt kommandiert, wurde Rapp zum Gruppenleiter VI C ernannt. Noch an Hitlers letztem Geburtstag erhielt er am 20. April 1945 die Ernennung zum SS-Standartenführer. Nachdem es ihm zunächst gelang, sich mit falschen Papieren versteckt zu halten, wurde er Anfang der 1960er Jahre gefangen genommen und 1965 verurteilt.

176 Schönhausen 1991, 43.

177 BArch Berlin BDC-Akten Ernst Weinmann. Ein früherer Beförderungsvorschlag zum Hauptsturmführer der SS wurde am 14.2.1939 von Eugen Steimle beim RSHA eingereicht; ebd.

178 Lang 1991.

179 Das Urteil ist abgedruckt in: Justiz und NS-Verbrechen, 20 (1979), 719–815, das Zitat 719. Die Angaben zu Rapps Werdegang nach ebd. Auch die Urteile gegen Erich Ehrlinger, Wilhem Harster und Paul Zapp wurden in diese Editionsreihe aufgenommen: 18 (1978), 69–130 (Ehrlinger); 25 (2001), 397–651 (Harster); 33 (2005), 431–508 (Zapp). Zu Rapp siehe auch Freudiger 2001, 74–79.

Schon während seiner Schulzeit in Schorndorf hatte Rapp in Verbindung mit rechten politischen Gruppierungen gestanden. Er gehörte zwar auch dem CVJM und einer christlichen Pfadfinderschaft an, doch nach der Mittleren Reife betätigte er sich vorwiegend politisch. 1924 wurde er Mitglied in der von Christian Mergenthaler angeführten nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Württembergs, die sich später mit der NSDAP vereinigte. Auch dem Bund Oberland gehörte Rapp bis zu dessen Auflösung 1926/27 an. Nachdem Rapp in Schwäbisch Gmünd die Reifeprüfung nachgeholt hatte, begann er in München mit einem Jurastudium, das er in Tübingen abschloss. Im politischen Klima der Universität Tübingen radikalisierten sich seine Ansichten weiter. Im Dezember 1931 trat er in die NSDAP und zu Beginn des Wintersemesters 1932/33 in die SA ein. 1934 wurde Rapp Führer des Schorndorfer SA-Sturms. Einen Monat vor seinem Assessorexamen schloss er sich im Juni 1936 als hauptamtlicher Mitarbeiter dem SD an. Zur gleichen Zeit wechselte er von der SA in die SS über. Da offenbar nicht alle Tübinger SD-Angehörigen in Stuttgart untergebracht werden konnten, arbeitete Rapp zunächst als Referent beim SD-Unterabschnitt Baden in Karlsruhe, wo er in der Abteilung „Lebensgebiete“ das Referat Recht und Verwaltung übernahm. 1937 wurde er Leiter der Abteilungen I (Personal und Verwaltung) und II (Gegner und Lebensgebiete). Ende 1937 zum SD-Oberabschnitt Ost nach Berlin berufen, leitete er dort die Hauptabteilung II des Sicherheitsdienstes. Mittlerweile zum SS-Sturmabführer aufgestiegen, erhielt Rapp 1939 die Ernennung zum Regierungsrat. Bis dahin wurde er im württembergischen Innenministerium als für den SD beurlaubter Regierungsassessor geführt. Bevor er im April 1940 zum Führer des SD-Leitabschnitts München berufen wurde, hatte er die Leitung des SD-Leitabschnitts Posen inne. Von München wurde er dann zur Einsatzgruppe B abkommandiert, in der er das Sonderkommando 7a übernahm.

Während seines Prozesses sagte Rapp aus, dass er über Studienfreunde in Tübingen in Kontakt mit dem SD gekommen sei. Von seinen Kommilitonen seien allein acht nach Ablegung des Assessorexamens hauptamtliche SD-Mitarbeiter geworden. Um wen es sich dabei handelte, führte Rapp nicht weiter aus. Mit ziemlicher Sicherheit war aber Eberhard Reichel (geb. 1909, Todesdatum unbekannt) unter ihnen. Der aus Calw stammende Reichel, Mitglied der NSDAP seit dem 1. Oktober 1930, hatte in Erlangen, Hamburg und Tübingen Jura studiert, wo er 1934 promovierte und 1937 sein Assessorexamen ablegte.¹⁸⁰ Zum 15. Februar 1938 wurde Reichel Mitglied in der SS und ein halbes Jahr später am 11. September 1938 zum Untersturmführer ernannt. Mittlerweile im Rang eines Regierungsrats trat er im November 1939 eine Stelle als Hauptabteilungsleiter beim Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Stuttgart an. Mit der Hilfe Scheels wurde Reichel am 1. Dezember 1939 zum Hauptsturmführer und am 20. April 1940 zum Sturmabführer im SD befördert. Auf Vorschlag Gottlob Bergers sollte er im Juni 1943 zum Obersturmbannführer ernannt werden, was jedoch von Ernst Kaltenbrunner (1903–1946), seit Januar 1943 Chef der Sicherheitspolizei und des SD, wegen Reichels jugendlichem Alter abgelehnt wurde. Vermutlich mit Unterstützung Bergers

180 Döscher 1987, 287f.

kam Reichel Anfang 1941 zum Auswärtigen Amt, wo er als Legationssekretär für Volkstumsfragen zuständig war. Im April 1943 avancierte er zum Legationsrat und zum Leiter des Referats für Volkstumsfragen. Einem internen Geschäftsübersicht vom Januar 1945 zufolge zeichnete Reichel auch für die wissenschaftliche Volkstumsarbeit zuständig, die unter anderem die Betreuung der vom Auswärtigen Amt und vom Reichssicherheitshauptamt gemeinsam finanzierten Forschungsstelle Orient in Tübingen einschloss.¹⁸¹

Zu den von Rapp genannten acht SD-Mitgliedern, die in Tübingen ihr Assessorexamen erworben hatten, muss aller Wahrscheinlichkeit nach auch Rudolf Bilfinger (1903–1998) gerechnet werden.¹⁸² Der in Eschenbach im Kreis Göppingen geborene Bilfinger stammte aus einer württembergischen Pfarrersfamilie und war bereits 1923 in die NSDAP eingetreten. 1925 begann er in Tübingen mit dem Jura-Studium und gehörte währenddessen der Studentenverbindung Roigel an. Nach der Assessorprüfung promovierte er noch im gleichen Jahr 1932 zum Dr. jur., um im Anschluss daran in Tübingen ein Jahr als Rechtsanwalt zu arbeiten. Anfang 1934 trat er in den württembergischen Verwaltungsdienst ein und fand zunächst im Landratsamt Bahlingen Verwendung. Im Mai 1934 wurde er zur Staatspolizei nach Stuttgart und im November 1934 zum Hauptamt Staatspolizei nach Berlin versetzt. Im Reichssicherheitshauptamt war Bilfinger mit Organisationsfragen betraut und leitete zunächst das Referat I B 1. Ab September 1940 arbeitete er als Verwaltungsleiter beim BdS in Krakau, um nach seiner Rückkehr in das Reichssicherheitshauptamt die Leitung der Gruppe II A (Organisation und Recht) zu übernehmen. In dieser Funktion war er unmittelbar in die „Endlösung der Judenfrage“ eingebunden. Im Nachgang zur Wannseekonferenz im Januar 1942 nahm Bilfinger an mehreren Besprechungen teil, in denen der Holocaust organisiert und eine reibungslose Zusammenarbeit der daran beteiligten Instanzen gewährleistet werden sollte.¹⁸³ Nach Auflösung der Gruppe II A wurde er im Frühjahr 1943 in Frankreich Leiter des Einsatzkommandos Toulouse und Ende 1944 Verwaltungschef beim BdS Krakau.

Für seine Tätigkeit in Toulouse wurde Bilfinger 1953 von einem französischen Militärgericht zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt, doch rasch nach Deutschland abgeschoben.¹⁸⁴ Erneut in den Staatsdienst übernommen, arbeitete Bilfinger als Oberverwaltungsgerichtsrat am Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim. Nachdem erste Informationen über seine politische Vergangenheit bekannt geworden waren, wurde er im März 1965 zunächst vom Dienst suspendiert

181 Ebd.

182 Zu Bilfingers Vita siehe besonders Wildt 2002, 931 und Ruck 1996, 229.

183 Am 29.1.1942, neun Tage nach der Wannseekonferenz, schrieb Bilfinger an Erhard Wetzel vom Ostministerium: „Alle Maßnahmen zur Judenfrage in den besetzten Ostgebieten sind unter dem Gesichtspunkt zu treffen, daß die Judenfrage für ganz Europa generell gelöst werden muß. Dabei sind in den besetzten Ostgebieten derartige Maßnahmen, die der endgültigen Lösung der Judenfrage und damit der Ausscheidung des Judentums dienen, in keiner Weise zu behindern. Gerade in den besetzten Ostgebieten ist eine recht baldige Lösung der Judenfrage anzustreben.“ Zitiert nach Aly 1995, 403.

184 Ruck 1996, 241.

und im Juni 1965 in den Ruhestand versetzt. 1998 starb er in Hechingen, einer Kleinstadt 25 Kilometer südlich von Tübingen.

5. Das „Missing link“ zwischen gewöhnlichem und genozidalem Antisemitismus

Von den Einsatzgruppen wurden zwischen Juni 1941 und Frühjahr 1943, als sich die Wehrmacht aus der Sowjetunion zurückzog, etwa 1,25 Millionen Juden und Hunderttausende anderer Menschen umgebracht. Wie man dem vorherigen Kapitel entnehmen kann, war der Prozentsatz solcher Täter, die an der Universität Tübingen studiert hatten und in ihrem Umfeld politisiert worden waren, außerordentlich hoch. Ihren Anteil an der „Endlösung der Judenfrage“ mit einer sechsstelligen Ziffer zu quantifizieren, ist sicherlich nicht übertrieben. Es bleibt weiteren Studien vorbehalten, diese exorbitante Zahl und das dafür verantwortliche Täternetzwerk noch genauer aufzuschlüsseln. Was ist der Grund für eine derart ungeheuerliche Mordrate? Warum die Nähe zur Universität Tübingen? Weshalb mutierten gewöhnliche Durchschnittsbürger in kurzer Zeit zu Schwerstkriminellen, deren einziges Ziel darin bestand, so viele Juden als irgend möglich umzubringen? Welches waren ihre Motive und ideologischen Beweggründe, die sie glauben ließen, die Ausrottung des deutschen und europäischen Judentums sei eine legitime Abwehr- oder Präemptivmaßnahme zum Schutz des Dritten Reiches?

Oggleich die Täterforschung in den letzten Jahren einen starken Aufschwung erfahren hat, besteht noch immer Unklarheit darüber, wie die Verbindung zwischen den „normalen“ und weit verbreiteten Formen der Judenfeindschaft und dem genozidalem Antisemitismus der Schoah tatsächlich zustande kam. Das Tübinger Sample antisemitischer Gewaltverbrecher zeigt sehr deutlich, dass die Kette der Ereignisse, die schließlich in den Holocaust einmündete, gar nicht so lang und auch nicht so verwickelt war, wie man vielleicht annehmen könnte. Die Biographien dieser Tätergruppe weisen eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten auf, die es ermöglichen, den Zusammenhang zwischen antisemitischer Ideologie und antisemitischem Mord besser zu verstehen. Da ihr Weg von der Universität an die Front im Allgemeinen über die Stuttgarter SD-Zentrale führte, und da dieser Knotenpunkt der politischen Radikalisierung in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg sehr stark durch eine Person, nämlich durch Gustav Adolf Scheel, geformt und bestimmt wurde, vermag der Blick auf seinen Werdegang genaueren Aufschluss über die Genese antisemitischer Militanz zu geben, die eine der notwendigen Voraussetzungen für den Holocaust bildete. In der Tat lässt sich die Scharnierfunktion der SD-Oberabschnittszentrale in Stuttgart und der Übergang vom gewöhnlichen zum eliminatorischen Antisemitismus an der Person und dem Wirken Scheels sehr gut festmachen und analysieren. Scheel, der in Übereinstimmung mit Heydrich das Führungskorps des Sicherheitsdienstes gezielt aus dem akademischen Milieu zu rekrutieren suchte, hatte nach einem ersten Studiensemester in Heidelberg ab dem Wintersemester 1928/29 selbst einige Zeit an der Eberhard-Karls-Universität studiert und

war mit den Tübinger Verhältnissen bestens vertraut. Seinem Wunsch gemäß, „Sozialpfarrer“ zu werden, begann er zunächst ein Studium der evangelischen Theologie, wechselte dann aber zur Medizin. Das Medizinstudium beendete er in Heidelberg, wo er, mittlerweile zu einer lokalen NS-Größe aufgestiegen, 1934 mit einer nur 14 Seiten umfassenden Doktorarbeit promoviert wurde.¹⁸⁵

Scheel stammte aus einem strenggläubigen Elternhaus und war schon als Schüler Mitglied in einem evangelischen Bibelkreis. Darüber hinaus engagierte er sich bei den Pfadfindern und in der bündischen Jugendbewegung.¹⁸⁶ Sein Vater, ein evangelischer Pfarrer aus einer preußischen Beamten-, Pfarrers- und Offiziersfamilie, leitete seit 1922 das Diakonissenmutterhaus in Mannheim. Die für Gustav Adolf Scheel zentrale Idee der Verbindung von Nationalsozialismus und sozialem Tatchristentum wurde durch das Vorbild des Vaters entscheidend geprägt. Auch das Mannheimer Diakonissenhaus legte nach dem nationalsozialistischen Machtwechsel ein freudiges Bekenntnis zum Dritten Reich und seinem Führer ab. In den Schwesternlehrcursen wurden nun zusätzlich zu den biblischen und diakonischen Fächern auch Kenntnisse auf dem Gebiet der Rassenkunde und der Erbgesundheitslehre vermittelt.¹⁸⁷ Als Scheel 1936 heiratete, wurde er von seinem Vater getraut, der kein Problem darin sah, dass sein Sohn in SS-Uniform vor den Altar trat.¹⁸⁸

Auch bei Scheel brachte die Tübinger Studienzeit einen außerordentlichen Politisierungsschub. Seit 1929 Mitglied im NSDStB, trat er am 1. Oktober 1930 in die SA und zwei Monate später – am 1. Dezember 1930 – in die NSDAP ein. Gleich in seinem ersten Tübinger Studiensemester schloss er sich dem antisemitischen Verein Deutscher Studenten (VDSt), einer farbetragenden Verbindung im Kyffhäuserverband, an.¹⁸⁹ Im darauffolgenden Wintersemester übernahm Scheel den Vorsitz dieser Studentenverbindung, für die ein extremer Nationalismus auf rassischer und antisemitischer Grundlage lange vor dem Dritten Reich zu den konstitutiven Elementen zählte. Außer Scheel gehörten dem Verein Deutscher Studenten noch

185 Gegenüber dem evangelischen Theologen Helmut Thielicke (1908–1986) räumte Scheel später ein, dass er sich schon damals gewundert habe, mit wie geringen Kenntnissen er sein Medizinstudium abschließen konnte. Thielicke lehrte von 1936 bis zu seiner Entlassung im Jahr 1940 Systematische Theologie an der Universität Heidelberg und hatte in dieser Zeit öfters mit Scheel zu tun. Nach dem Krieg besuchte er ihn im Ludwigsburger Internierungslager und verfasste am 8.5.1946 eine entlastende Stellungnahme für Scheel. In ihr bezeichnete er den früheren Gauleiter und Reichsstatthalter von Salzburg als „eine der wenigen erfreulichen und anständigen Figuren in der höheren NS-Hierarchie“; Franz-Willing 1987, 16.

186 Lebenslauf Scheels vom 7.5.1934, IfZ, Zeugenschrifttum 646; weitere Lebensläufe finden sich in Scheels BDC-Akten. Siehe zu seiner Vita ausführlich Arnold 1997, außerdem Franz-Willing 1987, Ferdinand 1999 und Zirlwagen 2005. Die Schleyer-Biographie Lutz Hachmeisters enthält zahlreiche Bezüge zu dem Heidelberger Studentenführer Scheel, der Schleyer seinerzeit stark protegierte. Siehe Hachmeister 2004, besonders 29f., 89f., 92–105 und 136–140.

187 Arnold 1997, 592.

188 Franz-Willing 1987, 16.

189 Zirlwagen 2005, 1270 (nach der Internetausgabe). Die Unbekümmertheit, mit der die Festschrift 120 Jahre Verein Deutscher Studenten zu Tübingen (Keuffel 2003) noch in jüngster Zeit über den Antisemitismus des VDSt hinwegzuspielen sucht, überrascht. Den biographischen Eintrag zu Scheel verfasste „BBr“ (Bundesbruder) Marc Zirlwagen. Siehe Keuffel 2003, 214f.

weitere 14 Pfarrersöhne an.¹⁹⁰ Für sie war der berühmte Neutestamentler und Alte Herr des VDSt Gerhard Kittel eine absolute Autorität.¹⁹¹ Kittel repräsentierte im VDSt die auf Adolf Stoecker (1835–1909) zurückgehende Traditionslinie, der auch Otmar Freiherr von Verschuer (1896–1969) zugerechnet werden kann.¹⁹² Mit Otto Hunsche (geb. 1911, Todesdatum unbekannt) befand sich überdies ein späterer Kriegsverbrecher in den Reihen des Tübinger VDSt.¹⁹³ Hunsche, der in Tübingen und Münster Rechtswissenschaft studierte, arbeitete seit Ende der 1930er Jahre als Jurist bei der Berliner Gestapo. Im Oktober 1940 wurde er zur Gestapo-Leitstelle Düsseldorf versetzt, von wo aus er im November 1941 als Rechtsberater Adolf Eichmanns in das Judenreferat IV B 4 des Reichssicherheitshauptamtes überwechselte. Hunsches Zuständigkeitsbereich umfasste insbesondere juristische Fragen, die bei der Deportation von Juden, das heißt vor allem bei der Aberkennung ihrer Staatsbürgerschaft und bei der Einziehung ihres Vermögens, auftraten. Am 27. Oktober 1942 nahm er für das Reichssicherheitshauptamt an einer interministeriellen Besprechung im Rahmen der Wannseekonferenz teil, die sich mit der Mischehenproblematik auseinandersetzte. 1943/44 begleitete Hunsche Eichmann nach Prag und Budapest, und im März 1944 fuhr er in das Konzentrationslager Mauthausen, wo er sich mit fünf anderen Judenberatern Eichmanns – unter ihnen Theodor Dannecker – traf, um die „Endlösung der Judenfrage“ in Ungarn vorzubereiten.¹⁹⁴ Das hierbei geschaffene „Sondereinsatzkommando Eichmann“ rückte wenige Tage später, am 19. März 1944, mit den deutschen Verbänden in Ungarn ein. Hunsche diente der neu eingesetzten ungarischen Regierung überdies als Berater für Judenfragen, damit die von den Deutschen übernommenen antijüdischen Verordnungen auch tatsächlich umgesetzt wurden. Bereits wenige Tage nach dem deutschen Einmarsch wurde im April 1944 in Budapest ein eigenes Institut zur Erforschung der Judenfrage gegründet.¹⁹⁵ Nach dem Krieg arbeitete Hunsche als Rechtsanwalt im westfälischen Datteln. Mehrfach vor Gericht gestellt, wurde er schließlich 1969 zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt.¹⁹⁶

190 Franz-Willing 1987, 10.

191 Siehe zu Kittel den biographischen Eintrag bei Keuffel 2003, 175–177.

192 Verschuer, wie Kittel Mitglied der Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands, war 1919 an der Universität Marburg in den VDSt eingetreten und habilitierte sich 1927 an der Universität Tübingen für menschliche Erblehre: Zirlwagen, 2007, 1437 (nach der Internetausgabe). Bemühungen, Verschuer nach dem Krieg auf den rassenkundlichen beziehungsweise nunmehr anthropologischen Lehrstuhl Wilhelm Gieselers (1900–1976) zu berufen, schlugen fehl. Siehe hierzu Kröner 1998, besonders 89–92 und 150–173.

193 Zu Hunsche siehe den biografischen Eintrag bei Keuffel 2003, 204. Bei der Wiedergründung des Tübinger Altherrenbundes im Jahr 1951 trat Hunsche dem VDSt aber nicht wieder bei; ebd.

194 Steur 1997, 129, auch 141.

195 Angeleitet und beraten wurde diese Einrichtung zur Erforschung der „Judenfrage“ in Ungarn von dem deutschen Judenexperten Heinz Ballensiefen.

196 Die verschiedenen Urteile gegen Hunsche sind abgedruckt in: Justiz- und NS-Verbrechen 33 (2005), 5–199. Siehe außerdem den Artikel über Hunsche in der Enzyklopädie des Holocaust 2 (1998²), 628 und den Eintrag bei Klee 2003, 275.

Scheels hochschulpolitische Aktivitäten in Heidelberg beinhalteten unter anderem den Vorsitz der Studentenschaft (1931–1935) und des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (1930–1935). Seit Januar 1933 führte er auch den Heidelberger AStA an, in dem der Verein Deutscher Studenten mit den anderen farben tragenden Verbindungen die hauptsächliche Rekrutierungsbasis für den NSDStB bildete.¹⁹⁷ Im Wintersemester 1933/34 wurde Scheel vom Heidelberger Rektor Wilhelm Groh (1890–1964) in seinen „Stab des Führers der Universität“ berufen, dem als „Stoßtrupp im Kampf um eine neue Hochschule“ eine ähnliche Funktion zukam wie dem in Tübingen geschaffenen Führerrat.¹⁹⁸ Einen größeren Bekanntheitsgrad hatte Scheel am 17. Mai 1933 erlangt, als er auf dem Heidelberger Universitätsplatz die Hauptansprache bei der Bücherverbrennung hielt. Mit den üblichen Hetzparolen geißelte er die „jüdisch-zersetzende“ und die „marxistisch-bolschewistische“ Literatur eines Gumbel, Remarque, Mann, Tucholsky und anderer „Verbrecher am deutschen Geiste“.¹⁹⁹ Entgegen späteren Schutzbehauptungen beteiligte sich Scheel auch an der Vertreibung jüdischer Studierender und Hochschullehrer und rechtfertigte die Besetzung der Häuser jüdischer Verbindungen durch nationalsozialistische Studententrupps.²⁰⁰ Als er am 22. November 1935, das heißt an seinem 28. Geburtstag, zum Ehrensensator der Universität Heidelberg ernannt wurde, begründete Rektor Groh diese außergewöhnliche Ehrung ausdrücklich mit den Verdiensten, die sich Scheel „bei der Beseitigung der Feinde des Nationalsozialismus“ erworben hatte.²⁰¹

Nachdem Scheel im August 1934 den Wechsel von der SA zur SS vollzogen hatte, wurde er schon einen Monat später durch die Vermittlung Reinhard Höhns (1904–2000) von Heydrich zum hauptamtlichen SD-Mitarbeiter berufen. Eine von Scheels ersten Aufgaben bestand im Aufbau der zentralen SD-Schule in Berlin, der er selbst bis zum Sommer 1935 vorstand. Dann wurde er als Nachfolger Bests zum Leiter des SD-Oberabschnitts Süd-West ernannt. In Verbindung mit seinen Ämtern als Studentenführer eröffneten sich Scheel einzigartige Möglichkeiten, um an den Universitäten seines Einsatzgebietes geeignete Nachwuchswissenschaftler für eine Tätigkeit beim Sicherheitsdienst der SS anzuwerben. Als er im November 1936 nicht zuletzt aus diesem Grund zum Reichsstudentenführer ernannt wurde, konnte er dem SD noch besser die Aktivitas der NS-Studenten zuführen, wie er es in Tübingen mit so großem Erfolg praktizierte. Vice versa machte Scheel vorzugsweise

197 Arnold 1997, 573.

198 Ebd., 573f.

199 Treß 2003, 191, aus dem Heidelberger Tagblatt vom 18.5.1933 zitierend, das ausführlich über Scheels Ansprache berichtete. Warum an den württembergischen Universitäten in Stuttgart und Tübingen keine Autodafés stattfanden, ist noch nicht endgültig geklärt. Der Tübinger Studentenschaftsführer Sandberger hatte noch im April 1933 einen Fünfpunkteplan angeordnet, um „unverzüglich energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Schund- und Schmutzliteratur“ einzuleiten: ebd., 114. Am 26.4.1933 musste er jedoch dem Hauptamt der Deutschen Studentenschaft in Berlin mitteilen, dass auf Anordnung des Kommissars für die württembergischen Studentenschaften Gerhard Schumann eine Bücherverbrennung in Tübingen nicht stattfinden werde; ebd., 113 und 189f.

200 Grüttner 1995, 213.

201 Ferdinand 1999, 398.

die Abteilungsleiter der SD-Oberabschnitte zu Gebietsbeauftragten in der Reichsstudentenführung.²⁰² Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Albert Derichsweiler (1909–1997) schlug Scheel als Reichsstudentenführer einen betont korporationsfreundlichen Kurs ein, der es den aufgelösten oder in den NSDStB integrierten Studentenverbindungen erlaubte, sich wieder stärker mit dem NS-Staat zu identifizieren. Das brachte ihm auf dieser Seite große Sympathien ein, die noch über das Jahr 1945 hinaus anhielten.²⁰³

Aus Scheels Sicht brauchte zwischen dem politischen Programm des Nationalsozialismus und einem recht verstandenen Christentum kein Gegensatz zu bestehen. Zwar teilte auch er die unter Nationalsozialisten populäre Kritik an dem konservativen oder sogar als reaktionär angesehenen Weltbild vieler Kirchenführer. Doch bot gerade die gemeinsame antijüdische Einstellung einen übergeordneten Bezugspunkt, der gegensätzlichen Auffassungen über den politischen Status und die Rolle der Kirchen im Dritten Reich die Spitze nahm. Im Sicherheitsdienst war Scheels christliche Geisteshaltung allgemein bekannt. Wo er nur konnte, habe er sich für kirchliche Belange eingesetzt.²⁰⁴ Ein Beispiel dafür ist Scheels Eintreten für eine Anzahl Tübinger Theologiestudenten, die relegiert werden sollten, weil sie im Februar 1937 Karl Barth (1886–1968) in Basel einen Besuch abgestattet hatten.²⁰⁵ Als 1938 die Deutsche Christliche Studenten-Vereinigung (DCSV) aufgelöst wurde, gelang es mit Scheels Hilfe, die Vermögensbeschlagnahme zunächst in Süddeutschland und dann auch reichsweit rückgängig zu machen.²⁰⁶ Dass es möglich wurde, auch das Tübinger DCSV-Haus zu retten und es unter dem Namen „Schlatterhaus“ in den Besitz der Kirche überzuführen, ist vor allem dem Einfluss Kittels auf Scheel zu verdanken. Nach einer Intervention Kittels versprach Scheel, für die Auflösung der DCSV eine Form zu finden, „bei der die christlich-kirchlichen Belange nach Möglichkeit gewahrt blieben“²⁰⁷.

202 Wischnath 1997, 166, nach einem Schreiben an den Führer des SD-Oberabschnitts Nord vom 9.2.1937, das sich in den Akten der Reichsstudentenführung befindet. Siehe dazu auch Arnold 1997, 583.

203 Scheel blieb auch nach dem Krieg ein geachtetes Mitglied im VDSt, der sich 1952 in Tübingen neu konstituierte und zwei Jahre später in der Wilhelmstraße 98 ein neues Vereinshaus erwarb; Keuffel 2003, 38–40 und 167.

204 Franz-Willing 1987, 12 und Arnold, 1997, 590.

205 Die Baselfahrt und ihre Folgen sind umfassend dargestellt bei Wischnath 1997; zu Scheel siehe ebd., 166 und 172.

206 So Eberhard Müller in einem Schreiben an den Öffentlichen Kläger der Interniertenlager Ludwigsburg am 14.7.1948. Wie der ehemalige Generalsekretär der DCSV weiter ausführte, habe Scheel stets „seine schützende Hand“ über die DCSV gehalten und „so weit als irgend möglich“ versucht, „Recht und Freiheit im nationalsozialistischen Staat zu verteidigen“. Müllers Votum ist abgedruckt bei Franz-Willing 1987, 88–91 und findet sich auch im IfZ Zeugnenschrifttum 646.

207 Eidesstattliche Erklärung Kittels vom 30.1.1948. In der für Scheels Entnazifizierungsverfahren verfassten Erklärung heißt es weiter: „Tatsächlich wurde durch die von ihm den Organen der Studentenführung erteilten Weisungen eine Regelung ermöglicht, bei der 1) der ‚Altfreunde-Verband‘ der DCSV unter einem neuen Namen seine alte christlich-missionarische Tätigkeit im wesentlichen weiterführen konnte; und durch die 2) das Tübinger DCSV-Haus in den Besitz

Über die Mitgliedschaft im Tübinger VDSt kannten sich Kittel und Scheel schon seit vielen Jahren. Wie Kittel nach dem Krieg hervorhob, habe er bereits mit Scheels Vater in einem freundschaftlichen Verhältnis gestanden. Gustav Adolf Scheel sei schon als junger Tübinger Student in seinem Haus ein- und ausgegangen.²⁰⁸ In der zweiten Hälfte der 1930er Jahre kam es zu verschiedenen Treffen und Besprechungen zwischen Kittel und Scheel, bei denen es vor allem um die Belange der evangelischen Kirche und der Universitätstheologie ging. 1938/39 habe Scheel außerdem versucht, ihn für die Gründung eines Parteiinstituts zur Erforschung der Judenfrage zu gewinnen. Das sei aber an seiner Weigerung gescheitert, von der Evangelisch-theologischen in die Philosophische Fakultät überzutreten.²⁰⁹ Vor dem Hintergrund von Scheels religiösen Ansichten ist es nicht verwunderlich, dass er den Führernachwuchs des SD bevorzugt aus einem deutschchristlichen Milieu rekrutierte. „Deutschchristlich“ meinte in diesem Zusammenhang aber weniger die kirchenpolitischen Bestrebungen der Deutschen Christen, sondern in einem allgemeineren Sinn die Vorstellung eines positiven Christentums, wie es aus Scheels Blickwinkel vor allem in den sozialpolitischen Maßnahmen des NS-Staates einen adäquaten Ausdruck fand. Der SD-Oberabschnitt Süd-West war daher mitnichten ein Hort paganer oder antichristlicher Ideen.

Dieser auf den ersten Blick erstaunliche Befund findet noch von einer anderen Seite her eine eindrucksvolle Bestätigung. Im Zuge der Konsolidierung der Deutschen Glaubensbewegung kam Jakob Wilhelm Hauer 1934 in Kontakt mit Scheels Amtsvorgänger Werner Best. Hauer trat daraufhin in die SS und den SD ein. Als einer der SD-Professoren der Universität Tübingen versorgte er Best mit Informationen und Material aus dem akademischen sowie dem weltanschaulich-religiösen Bereich.²¹⁰ Hauer beschlich dann aber zunehmend das Gefühl, dass man beim SD kein Interesse mehr an seiner Tätigkeit zu haben schien. Nach mehrfachen Beschwerden über seine Nichtbeachtung erhielt er von einem hochrangigen Beamten des Kultministeriums, Gottlob Dill (1886–1968), schließlich den Bescheid, dass seine Befürchtung den Tatsachen entsprach. Dill, der mit Scheel gesprochen hatte, teilte Hauer mit, dass dieser ihn ausdrücklich aus religiösen Gründen nicht mehr zu einer Mitarbeit heranzog. Mehr noch, Scheel sei der Ansicht, Hauer solle ganz aus dem SD ausscheiden.²¹¹

Hauer traf diese Nachricht wie ein Keulenhieb. Er währte sich mit seinen religiösen Ansichten in Übereinstimmung mit dem NS-Regime und musste nun feststellen, dass es mit seinem Einfluss im SD nicht weit her war. Außer Paul Zapp, der

und das Verfügungsrecht der Kirche übergibt“; Franz-Willing 1987, 85 beziehungsweise IfZ Zeugenschrifttum 646.

208 Franz-Willing 1987, 84 beziehungsweise IfZ Zeugenschrifttum 646.

209 So Kittel in seiner 77-seitigen Niederschrift „Meine Verteidigung“ (1. Niederschrift im Juni 1945, 2. Niederschrift im November/Dezember 1946), UAT 162/31, S. 49.

210 Unter anderem bespitzelte Hauer Martin Buber (1878–1965), den er seit dem Ende der 1920er Jahre kannte. Dass 1935 die Anthroposophische Gesellschaft verboten werden konnte, beruhte maßgeblich auf Gutachten Hauers. Zu Hauers Tätigkeit für den SD siehe ausführlich Junginger 1999, 135–144 und 200–214.

211 Dill an Hauer am 1.11.1937, Nachlass Hauer Tübingen, jetzt BArch Koblenz, und Junginger 1999, 140.

dann aber sehr schnell nach Berlin ging, hegte beim Stuttgarter SD nur noch Günter Augustin (1913–1943) in gewissem Umfang deutschgläubige Sympathien. Augustin, der ursprünglich in Wien evangelische Theologie studiert hatte, schrieb sich in seinem dritten Studiensemester an der Universität Tübingen ein, wo er 1936 bei Hauer mit einer Arbeit über Friedrich Nietzsche promoviert wurde. Seit dem 1. Juli 1936 hauptamtlicher SD-Mitarbeiter, war Augustin zunächst im Unterabschnitt Württemberg-Hohenzollern tätig. Danach wurde er Abteilungsleiter im SD-Leitabschnitt Stuttgart, mit dessen Chef Eugen Steimle er persönlich befreundet war. Steimle übernahm beispielsweise im Dezember 1937 eine der notwendigen SS-Bürgschaften für seine Eheschließung. Im Februar 1943 fiel Augustin in der Nähe von Kursk.²¹²

Im Hinblick auf die weltanschaulichen Motive der späteren Gewaltverbrecher, die Scheel um die Mitte der 1930er Jahre aus dem Umfeld der Eberhard-Karls-Universität dem SD zuführte, ist von entscheidender Bedeutung, dass diese dem religiösen Mainstream angehörten und nicht etwa der Minderheit eines völkischen Paganentums. Das antichristliche Neuheidentum war eine viel zu junge und marginale Bewegung, als dass sie einen maßgeblichen Einfluss auf die deutsche Gesellschaft hätte erlangen können. Außerdem handelte es sich gerade bei den Funktionären und besonders engagierten Anhängern vielfach um Konvertiten, die zuvor in einem engen Verhältnis zur christlichen Religion gestanden hatten. Auch Paul Zapp, der sich 1933 unter dem Einfluss Hauers, eines früheren Indienmissionars, der Deutschen Glaubensbewegung zugewandt hatte, war in einem evangelischen Elternhaus aufgewachsen und hatte eine prononciert religiöse Erziehung erfahren. So sehr das Bemühen verständlich ist, die Schoah auf einen Abfall vom christlichen Glauben zurückzuführen, so wenig Anhaltspunkte finden sich dafür in dem von Gustav Adolf Scheel rekrutierten Personenkreis. Ganz im Gegenteil ist bei ihnen eine weit überdurchschnittliche Ausprägung antisemitischer Vorurteile zu beobachten, die auf der Politisierung eines christlich geprägten Weltbildes beruhte. Die meisten von ihnen hatten antijüdische Denkmuster als authentischen Bestandteil eines allgemein verbreiteten Nationalismus kennen gelernt und von früher Kindheit an internalisiert. Im Zuge ihres Studiums an der Eberhard-Karls-Universität, einer evangelischen Landesuniversität schlechthin, wurden diese antisemitischen Wertvorstellungen theoretisch unterfüttert und politisch gefestigt. Zum entscheidenden Katalysator für die Radikalisierung ihres oftmals schon vor 1933 rassistischen Weltbildes wurde die Zugehörigkeit zum Milieu der studentischen Korporationen und des NS-Studentenbundes.

Um die ideologische Kohärenz besser zu verstehen, die den Antisemitismus dieser Gruppe Tübinger Gewalttäter auszeichnete, muss außerdem ein besonderes Augenmerk auf ihre berufliche und soziale Schichtung gelegt werden. Es handelte

212 Zu Augustin siehe vor allem seine BDC-Akten im Bundesarchiv Berlin. Sie enthalten auch einen geradezu rührseligen Briefwechsel zwischen Himmler und Augustins Witwe Hildegard Koeppen, einer Schriftstellerin, die in der Tübinger Gartenstraße wohnte. Himmler versprach ihr jede erdenkliche Unterstützung. So ließ er ihr 1943 eine Bibelforscherin als Haushaltshilfe zuweisen und finanzierte ihr eine Studienreise nach Norwegen zur Vorbereitung eines neuen Romans.

sich bei ihnen keineswegs um asoziale Elemente, die sich im Rahmen ihrer Tätigkeit bei den Einsatzgruppen persönlich zu bereichern oder ein zuvor schon vorhandenes kriminelles Potential auszuleben versucht hätten, sondern um wohlherzogene und anständige junge Männer, die es auch in einem anderen politischen System zu etwas gebracht hätten. Als angehende Juristen, Mediziner oder höhere Verwaltungsbeamte waren sie dazu prädestiniert, einmal gesellschaftliche Leitungsfunktionen zu übernehmen. Dass sie die Führungsaufgaben, für die sie an der Universität ausgebildet wurden, dann auch im Rahmen der Schoah mit Eifer und Pflichtbewusstsein erledigten, offenbart, wie unangemessen es wäre, den Antisemitismus auch in seiner letzten Konsequenz aus der bürgerlichen Mitte der Gesellschaft in ihre randständigen Problembereiche abdrängen zu wollen. Ein Arzt oder Rechtsanwalt, ganz zu schweigen von einem Polizeipräsidenten oder Oberbürgermeister, lässt sich schwerlich dem sozial deklassierten und politisch manipulierbaren Teil der Bevölkerung zurechnen. Ganz eindeutig handelte es sich bei der hier zur Debatte stehenden Personengruppe um sozial und weltanschaulich gefestigte Überzeugungstäter, die wussten, was sie taten, und die töteten (oder töten ließen), weil sie es für richtig hielten. Die Ermordung einer möglichst großen Zahl von Juden wurde für sie ab dem Sommer 1941 zum elementaren Bestandteil eines Systems zweckrationaler Überlegungen, das alle Mittel aufzuwenden bereit war, um die Welt vom Judentum zu befreien. Im Zusammenwirken eines religiös internalisierten Antijudaismus mit der planmäßigen Vernichtungspolitik des Dritten Reiches beschreibt der von Saul Friedländer eingeführte Begriff des Erlösungsantisemitismus in fast idealtypischer Weise die Weltanschauung der Tübinger Exekutoren der Endlösung.²¹³ Wenn es ein ideologisches Motiv gab, von dem sie sich leiten ließen, dann war es die Vorstellung, dazu berufen zu sein, ja die Pflicht zu haben, die Menschheit von einer ihrer größten Plagen zu erlösen.

Die Funktion der nationalsozialistischen Judenforschung tritt an der Schnittstelle von Religion und Rationalität deutlich zu Tage. Da es auch im Dritten Reich nicht möglich gewesen wäre, die Juden auf der Grundlage veralteter religiöser Vorurteile aus der deutschen Gesellschaft zu eliminieren, wurde eine wissenschaftliche Legitimation benötigt, die einerseits an bestehende, weit verbreitete und tief verwurzelte antisemitische Denkstrukturen anknüpfen konnte und die andererseits in der Lage war, die gegenwartspolitischen Aspekte des Problems aufzugreifen und entsprechend zu thematisieren. Einen zentralen Ansatzpunkt bildete hierfür die neuerliche Rückbindung des Judentums an den Talmud. Den Beweis zu erbringen, dass der Geist des Talmudjudentums auch das Denken und Handeln der zeitgenössischen Juden bestimmen würde, kann als das Leitmotiv der Tübinger Judenforschung insgesamt angesehen werden. Über die Rückkoppelung der modernen „Judenfrage“ mit dem normativen Schrifttum des sogenannten nachbiblischen Judentums ließ sich einerseits historische Evidenz dokumentieren und zugleich der Bogen zur Gegenwart schlagen. In diesem sowohl für Kittel als auch für Kuhn, dem maßgeblichen Talmudspezialisten des Dritten Reiches, charakteristischen Interpretationsschema wurden deswegen sogar die nichtreligiösen Juden zu Repräsentan-

213 Siehe dazu das Kapitel „Redemptive Anti-Semitism“ in Friedländer 1997, 73–112.

ten talmudischer Gesetze, Sitten und Gebräuche. In einer solchen Perspektive musste gerade das dem Glauben entfremdete und assimilierte Judentum zu einer existentiellen Gefahr werden, sofern es nicht gelang, entsprechende Barrieren zu errichten und wirksame Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Die Hauptaufgabe der nationalsozialistischen Judenwissenschaft bestand deshalb darin, antisemitischen Vorurteilen, deren religiöse Bindekraft nachgelassen hatte, eine weiterhin plausible Erklärung zu geben, die mit modernen Anschauungen und Bedürfnissen in Einklang stand. Auch die Einsatzgruppentäter ließen sich nicht von dem Gedanken leiten, dass man die Juden verfolgen müsse, weil sie einer falschen Religion anhängen und nicht an den richtigen Gott glauben würden. Die meisten von ihnen hatten sich schon zu weit vom Kirchenchristentum entfernt, um noch in den Kategorien einer eng gefassten theologisch dogmatischen Heilslehre zu denken. Einige gingen sogar noch weiter und traten aus der Kirche aus. Wollte man nicht die Religion als solche in Frage stellen, kam es daher entscheidend darauf an, den religiösen Inhalt der antijüdischen Stereotypen vom Vorwurf des Unzeitgemäßen zu befreien und ihn den neuen Erfordernissen anzupassen. Nur über ihre religionswissenschaftliche Neuinterpretation konnte der fundamentale Gegensatz zwischen einem modernen, auf wissenschaftlichen Prämissen basierenden Weltbild und „mittelalterlichen“ Formen religiöser Intoleranz aufgebrochen werden. Die kirchen- und hochschulpolitische Situation um die Mitte der 1930er Jahre verhinderte es, dass die Tübinger Judenforschung ihren Anspruch, mit wissenschaftlichen Methoden über die „Judenfrage“ aufzuklären, innerhalb der Evangelisch-theologischen Fakultät verwirklichen konnte. Vielmehr musste sie im Zwischenfeld von protestantischer Theologie und Orientalistik agieren. Ihre gesamte Arbeit zielte darauf ab, das letztlich doch religiös begründete Verhalten der Juden auf objektive Gegebenheiten zurückzuführen und verstandesgemäß nachvollziehbar zu machen.

Die Anreicherung eines ursprünglich religiösen Antijudaismus mit wissenschaftlichen Argumenten lässt sich nur im Zusammenhang der Modernisierung von Religion verstehen und muss in den allgemeinen Kontext des religiösen Wandels eingeordnet werden. Indem es gelang, der christlichen Deutungshoheit auf dem Gebiet der „Judenfrage“ einen neuen Gegenwartsbezug zu verleihen, konnte man auf einem zentralen Feld nationalsozialistischer Politik die Position der Kirche vor allem gegenüber der Deutschen Glaubensbewegung stärken, die in Tübingen ihr organisatorisches Zentrum hatte und die in der Person ihres Führers Hauer eng mit der akademischen (nichttheologischen) Religionswissenschaft verbunden war. In diesem Konkurrenzverhältnis wurde die nicht länger nur theologische, sondern dem eigenen Anspruch nach religionswissenschaftliche Analyse der jüdischen Religion und ihrer heiligen Schriften das Spezifikum der Tübinger Judenforschung. Mit Hilfe der neulutherischen Konzeption einer göttlichen Schöpfungsordnung fiel es ihren Vertretern leicht, auch rassistische Gesichtspunkte ins Spiel zu bringen, um den Gegensatz zwischen Christentum und Judentum gleichsam naturgesetzlich festzustellen. Gerade in einem deutschchristlichen Weltverständnis wurde auf diese Weise das arische Christentum zum ultimativen Gegenspieler des semitischen Judentums. Allerdings beruhte die neu entdeckte rassenkundliche Beweisführung

nicht nur bei den Deutschen Christen auf traditionellen Voraussetzungen und verlief nicht zufällig entlang der Linien herkömmlicher Stereotypenbildung. Wie bereits weiter oben ausgeführt wurde, gründete die Rassenklassifikation des Dritten Reiches insgesamt auf nichts anderem als auf dem Kriterium der Religionszugehörigkeit. In ihrem Bemühen, irgendein nichtreligiöses Kennzeichen – ganz zu schweigen von einem materialen Gehalt oder organischen Attribut – zu finden, mit dessen Hilfe ein Jude im Zweifelsfall von einem Nichtjuden hätte unterschieden werden können, versagte die NS-Rassenkunde vollständig. Das Urteilsvermögen der nationalsozialistischen Judenwissenschaft ging in dieser Hinsicht nicht grundsätzlich über mittelalterliche Wahnvorstellungen hinaus: Nur wer eine spezielle Fähigkeit dafür ausgebildet hatte, konnte den *odor judaicus* tatsächlich auch riechen.²¹⁴ Bei den von ihr thematisierten Rasseneigenschaften handelte es sich nach wie vor um alteingesessene und tief verwurzelte Vorurteile, die sozusagen in Fleisch und Blut übergegangen waren.

Um den modernen vom vormodernen Antisemitismus abzugrenzen, sollte man sich deshalb weniger auf das von den Antisemiten selbst aufgebrachte Unterscheidungsmerkmal der Rasse stützen. Viel eher muss der Rassenantisemitismus als ein Sekundärphänomen und als die äußere Erscheinungsform des Versuchs angesehen werden, überlieferte Formen der Judenfeindschaft mit einer wissenschaftlichen Begründung zu versehen. Die im Medium der Rassenkunde erfolgte Verwissenschaftlichung herkömmlicher Stereotypen zielte auf deren Überleben in der Moderne ab. Nicht die Idee der Rasse, sondern die Idee der Wissenschaftlichkeit bildete somit das Bindeglied zwischen einer brüchig gewordenen, religiös subjektiven und einer vorgeblich auf objektiven Grundlagen fußenden Betrachtung der Judenproblematik, die man nicht so ohne weiteres als das Relikt einer überkommenen Zeit und eines veralteten Denkens abtun konnte. Ohne wissenschaftliche Authentifizierung hätte jedermann die propagandistische Natur der vom NS-Regime gegen die Juden erhobenen Vorwürfe erkannt. Wenn aber von den berühmtesten Koryphäen des Landes nachgewiesen wurde, dass die Juden eine defizitäre Rasse bildeten, deren schlechte Eigenschaften auf sachlichen Voraussetzungen und wissenschaftlich verifizierbaren Tatsachen beruhten, hatte ein Durchschnittsbürger mit den ihm während des Dritten Reiches zur Verfügung stehenden Informationen kaum die Möglichkeit, die Haltlosigkeit der mit einem enormen Aufwand verbreiteten antijüdischen Klischees zu durchschauen.

Auch die Publikationen, Vorträge und sonstigen wissenschaftlichen Aktivitäten der Tübinger Judenforscher vermittelten den Eindruck, dass die nationalsozialistische Judenpolitik auf ein tatsächlich vorhandenes „Judenproblem“ reagierte und einer Entwicklung Einhalt gebot, die letztlich zum Untergang des Deutschen Reiches geführt hätte. In der „Tübinger Chronik“ wurde immer wieder darauf hingewiesen, wie notwendig und bedeutsam der Beitrag von Kittel, Kuhn und Wundt bei der wissenschaftlichen Aufklärung über die „Judenfrage“ sei.²¹⁵ Endlich habe die

214 Der „Gestank der Juden“ ist wie die berühmte Judennase ein Beleg dafür, dass antisemitische Vorurteile nicht erst in moderner Zeit die Form materialer Körpereigenschaften annahmen.

215 Siehe etwa Gegen die jüdische Greuelpropaganda 1933, Professor D. Kittel über die Judenfrage 1933, Die Ausbreitung des Judentums in der antiken Welt 1934, Entstehung des Juden-

Wissenschaft ihren Elfenbeinturm verlassen und sich dem Überlebenskampf des deutschen Volkes angeschlossen. Die permanente Berichterstattung über die Erfolge der Tübinger Judenforschung verfehlte ihre Wirkung nicht. Gerade die studentischen NS-Kader mussten sich dadurch angesprochen und in ihrem Weltbild bestärkt fühlen. Man kann davon ausgehen, dass auch die späteren Exekutoren der Endlösung lebhaften Anteil an den Ergebnissen der nationalsozialistischen Judenwissenschaft nahmen. Mit Sicherheit hörten einige von ihnen am 1. Juni 1933 auch Kittels Vortrag über „[d]ie Judenfrage“, den dieser im Rahmen einer von der theologischen Fachschaft organisierten Vorlesungsreihe hielt und der außerordentlich gut besucht war.²¹⁶ Bereits wenige Tage später erschien er im Stuttgarter Kohlhammer Verlag im Druck. In der publizierten Fassung wurde ihm ab der zweiten Auflage noch ein offener Brief Kittels an Martin Buber und ein von Kittel verfasster Anhang „Kirche und Judenchristen“ beigegeben. Am 13. Juni 1933 brachte die „Tübinger Chronik“ einen längeren Artikel über den allgemeinen Anklang und die hohe politische Bedeutung der Kittel'schen Schrift, die mit „überzeugender Klarheit“ nachgewiesen habe, wie sehr die Juden in Deutschland ein Problem darstellten, das einer kompromisslosen Lösung bedürfe. Kittels Forderungen zum Ausschluss der Juden aus der deutschen Gesellschaft würden zwar „hart und streng erscheinen“, seien aber die unerbittliche Folgerung aus der politischen Lage.²¹⁷ Unter der Überschrift „Christlicher Antisemitismus“ stieß der Tübinger Studentenpfarrer Wilhelm Pressel (1895–1986) drei Tage später im „Neuen Tübinger Tagblatt“ in das gleiche Horn. Pressel zeigte sich einerseits „erschüttert“ über die von Kittel aufgezeigte „unheimliche Gefährdung und Bedrohung“ des deutschen Volkes durch die Juden, um andererseits dessen große Sachkenntnis und wegweisende Sicht auf die „Judenfrage“ zu preisen. Außer Hitlers „Mein Kampf“ habe er selten so etwas Klares und Überzeugendes zum Judenproblem gelesen.²¹⁸ Mit Recht wies Pressel zudem darauf hin, dass Kittels Folgerungen in „Übereinstimmung mit den politischen Maßnahmen unserer Tage“ stünden.²¹⁹ Der Tübinger Neutestamentler hatte im Oktober 1933 in einem Schreiben an den Rechtsanwalt Karl Georg Kuhns aus-

tums und der Judenfrage 1936, Der Geist des Talmudjudentums 1937, Rassenmischung im Judentum 1937, Deutsche Wissenschaft gegen das Weltjudentum 1939, Wie wurde das Judentum 1939, Die Gedankenakrobatik des Talmud 1939, Die Arbeit der Wissenschaft an der Judenfrage 1944, Tübinger Bibliographie 1944 sowie Dangel 1939 und Teuber 1939. Auch in anderen Tageszeitungen, etwa dem Völkischen Beobachter, wurde über die von Kittel, Kuhn, Schlichting und Wundt vor allem für die Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands geleistete Arbeit berichtet.

216 Siehe dazu den Bericht von Walter Göbbel in den Theologischen Blättern 12 (1933), 373f. Alle Vorträge hätten „das Gepräge der nationalsozialistischen Weltanschauung“ getragen und seien in großem Umfang auch von Studenten anderer Fakultäten gehört worden; ebd.

217 Professor D. Kittel über die Judenfrage 1933.

218 Pressel 1933. Der Artikel des Tübinger Studentenpfarrers reagierte auf einen im Neuen Tübinger Tagblatt am 2.6.1933 erschienen Beitrag, der Kittel vor allem deswegen kritisiert hatte, weil er noch immer einer Lösung des Problems über die Judenmission das Wort reden würde. Pressel war seit dem 1.10.1931 Mitglied der NSDAP, für die er ab dem 4.5.1933 auch im Tübinger Stadtrat saß. Am 12.5.1933 wurde er vom Landesbischof Wurm in den Evangelischen Oberkirchenrat berufen. Siehe Wischnath 1998, 299, 302 und 304.

219 Pressel 1933.

drücklich betont, dass seine Sicht auf die „Judenfrage“ von den amtlichen Stellen der Partei anerkannt worden sei.²²⁰

Kittels Publikation „Die Judenfrage“ muss als Geburtsurkunde einer neuen wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem „Judenproblem“ an der Eberhard-Karls-Universität verstanden werden. Sie war nicht nur wegen der Verknüpfung theologischer und politischer Fragestellungen, sondern vor allem auch wegen ihres offenen Antisemitismus von Belang. Im Sommer 1933 bedeutete sie die entscheidende Weichenstellung für eine Verbindung von antisemitischer Theorie und Praxis. Kittels Überlegungen zur Segregation der Juden erfolgten im direkten Anschluss an die Einführung des staatlichen Arierparagraphen im öffentlichen Dienst. In vielem antizipierten sie die Nürnberger Gesetze. Gerade in kirchlichen Kreisen erzielte die etwa hundertseitige Programmschrift Kittels eine enorme Breitenwirkung. Die Evangelisch-theologische Fakultät der Universität Tübingen stellte sich insofern hinter sie, als ihr Dekan Georg Wehrung (1880–1959) am 1. November 1933 eine Erklärung veröffentlichte, mit der sich die Fakultät „einmütig“ zu den Grundgedanken des Kittel'schen Addendums über „Kirche und Judenchristen“ bekannte, das – in inhaltlicher Fortführung des Haupttextes – die Anwendung des staatlichen Arierparagraphen auf den Bereich der Kirche diskutierte.²²¹ Im Auftrag der Fakultät übersandte Wehrung acht Tage später diese Erklärung zusammen mit Kittels Anhang „allen theologischen Dozenten außerhalb Deutschlands in Europa und Amerika“, um sich gegen die dort aufkeimende Kritik an einer kirchlichen Übernahme der nationalsozialistischen Judengesetzgebung zu verwahren.²²² Als 1934 der Nachweis einer arischen Abstammung an den Evangelisch-theologischen Seminaren Württembergs für eine Neuaufnahme der Schüler verpflichtend gemacht wurde, lag das ganz auf der Linie der Kittel'schen Argumentation, die er in „Die Judenfrage“ vertreten hatte.²²³ Auch im Tübinger Stift führte die Württembergische Landeskirche Ende 1935 den Arierparagraphen ein, so dass in einer kirchlichen Einrichtung erneut „härtere Maßstäbe“ angelegt wurden, „als es der Staat in seinem Bereich tat“.²²⁴ Die vorbehaltlose Anwendung des staatlichen Arierparagraphen in

220 Vor dem Hintergrund eines von Kuhn gegen sich selbst angestrebten Parteigerichtsverfahrens, mit dem er sich gegen die Verleumdung zur Wehr setzen wollte, früher einmal freundschaftlichen Umgang mit Juden gepflegt zu haben, schrieb Kittel am 20.10.1933 an Kuhns Rechtsanwalt Stockburger: „Mit dem Judentum und seinen Problemen hat sich Kuhn seit Jahren in seiner fachwissenschaftlichen Arbeit beschäftigt. Er steht, wie ich aus vielen Äusserungen weiss, auf dem Standpunkt meiner Schrift über die Judenfrage; dieser Standpunkt ist von den amtlichen Stellen der Partei (Propagandaministerium, Aussenpolitisches Amt) anerkannt worden“; UAT 126a/284, Personalakte Kuhn, Konvolut „Verfahren vor dem Parteigericht“. Siehe dazu auch Junginger 2006a, 180.

221 Die Erklärung ist unter anderem in den Theologischen Blättern 12 (1933), 375 abgedruckt.

222 Schreiben Wehrungs vom 9.11.1933, ebd., 375.

223 Hermle/Lächele 1988, 181–184. Die beiden Autoren weisen darauf hin, dass damit „in einer der kirchlichen Verwaltung unterstellten Einrichtung ab dem Jahre 1934 strengere Bedingungen hinsichtlich der ‚Rassereinheit‘ herrschten als an öffentlichen Schulen, wo sogenannte ‚Nichtarier‘ weiterhin zugelassen waren“; ebd., 184.

224 So wiederum ebd., 186. Das Umschlagfoto des Bandes zeigt das Stift mit aufgezogenen Hakenkreuzfahnen als geistige Trutzburg des Nationalsozialismus.

einer renommierten Institution wie dem Tübinger Stift erregte auch in Parteikreisen Aufsehen. Sogar die ansonsten nicht gerade als kirchenfreundlich bekannten „NS-Monatshefte“ brachten ihre Anerkennung darüber zum Ausdruck.²²⁵

Abgesehen von der kompromisslosen Forderung, alle Juden aus dem öffentlichen Leben in Deutschland zu eliminieren, löste Kittels Schrift über „[d]ie Judenfrage“ auch deswegen eine intensive Debatte aus, weil sie die Ermordung der Juden zumindest hypothetisch in Erwägung zog, falls keine für Deutschland befriedigende Lösung des „Judenproblems“ erreicht werden sollte.²²⁶ Kittel schrieb zwar, dass eine gewaltsame Ausrottung des Judentums für eine „ernsthafte Betrachtung“ nicht in Frage käme. Doch allein die Tatsache, dass ein prominenter Hochschullehrer wenige Monate nach der nationalsozialistischen Machtergreifung mit einem derartigen Gedanken spielte, lässt erkennen, welche Resonanz der politische Antisemitismus des Nationalsozialismus im bürgerlichen Lager induziert hatte. Kittels umfanglicher Katalog antijüdischer Maßnahmen enthielt noch viele andere Dinge, die weit außerhalb einer seriösen Betrachtung lagen und die unter nationalsozialistischen Prämissen nun zum Teil bereits verwirklicht worden waren oder sich anschickten, verwirklicht zu werden. Es sollte keine zehn Jahre mehr dauern, bis die von Kittel rhetorisch in den Raum gestellte endgültige Lösung der „Judenfrage“ nicht nur „ernsthaft betrachtet“, sondern praktisch in die Tat umgesetzt wurde. Ohne dass man den Fehler begehen sollte, geschichtliche Entwicklungen in das Korsett einer retrospektiven Teleologie zu zwingen und Kittel hier ein den Holocaust vorwegnehmendes rationales Kalkül zu unterstellen, lässt sich andererseits die Tatsache aber nicht bestreiten, dass eine ganze Reihe der späteren Haupttäter der Schoah zu Beginn der 1930er Jahre in einem deutschchristlichen Milieu an der Universität Tübingen politisiert und in ihren antisemitischen Ansichten entscheidend geprägt wurde. „Die Judenfrage“ wirkte in dieser Hinsicht wie ein Katalysator, der insbesondere Studierende mit einem protestantischen Hintergrund in der Überzeugung bestärken musste, dass der Kampf gegen das Judentum ein wichtiges, wenn nicht das zentrale Feld gemeinsamer Interessen von Staat und Kirche bildete. Kittels Argumente fielen bei nationalsozialistischen Studentenführern wie Erich Ehrlinger, Martin Sandberger oder Eugen Steimle sicherlich auf einen fruchtbaren Boden. Ihr weiterer Werdegang widerlegt nachdrücklich die von Kittel im Sommer 1933 gemachte Einschränkung, dass eine gewaltsame Lösung des „Judenproblems“ für eine zivilisierte Nation im 20. Jahrhundert an und für sich nicht in Betracht komme.

Die bereits in Kittels Schrift deutlich feststellbare Tendenz hin zu einer politischen Radikalisierung der „Judenfrage“ kennzeichnete die Entwicklung der nationalsozialistischen Judenwissenschaft insgesamt. Schon Max Weinreich hatte darauf aufmerksam gemacht, dass die nationalsozialistische Judenforschung mit der

225 „Das bekannte Tübinger Stift, die ‚Pflanzstätte des Württembergischen Pfarrerstandes‘ feierte am 7. und 8. Juni sein 400-jähriges Bestehen. Wie das Amtsblatt der Württembergischen Landeskirche mitteilt, wird von jetzt an zur Aufnahme in das Stift der Nachweis arischer Abstammung gefordert“; Nationalsozialistische Monatshefte 7 (1936), 659.

226 Kittel 1934, 13f. Zur Reaktion Martin Bubers und Gershom Scholems siehe Junginger 2006b, 376f.

nationalsozialistischen Judenpolitik in allen Phasen ihrer Verschärfung konform ging.²²⁷ Auch die wissenschaftlichen Bemühungen der Tübinger Judenforscher lassen eine graduelle Steigerung in der Wortwahl und in der Gedankenführung erkennen, die parallel zu dem zunehmend extremere Formen annehmenden staatlichen Antisemitismus verliefen. Vor Ausbruch des Krieges markierte „Die Judenfrage als weltgeschichtliches Problem“ von Karl Georg Kuhn den vorläufigen Höhepunkt einer theoretischen Beschäftigung mit dem „Judenproblem“²²⁸, wie sie einerseits an den Universitäten Fuß gefasst und andererseits in der Forschungsabteilung Judenfrage des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands ein maßgebliches Zentrum gefunden hatte. Die wissenschaftliche Grundlage für seine Veröffentlichungen erarbeitete sich Kuhn in seinen Veranstaltungen an der Eberhard-Karls-Universität, in denen die Talmudproblematik eine zentrale Rolle spielte.²²⁹ Vorge-tragen im Modus einer „Umkehrung“ des Talmud, wurde es in den Arbeiten der Tübinger Judenforscher gegen Ende der 1930er Jahre üblich, den angenommenen Hass der Juden auf alles Nichtjüdische bis zur Stufe antichristlicher Exzesse voranzutreiben und die angeblich von den Juden begangenen Verbrechen in möglichst drastischen Farben auszumalen. Unter der selbstverständlichen Prämisse, dass ein derartiges Verhalten der Juden die Einleitung entsprechender Gegenmaßnahmen erforderlich machte, ja überlebensnotwendig erscheinen ließ, erlangte die religionshistorische Interpretation des Talmud eine neue politische Dynamik und einen unzweideutig handlungslegitimierenden Charakter. Insofern lässt sich der von Weinreich konstatierte Zusammenhang zwischen der Judenforschung und der Judenpolitik des Dritten Reiches kaum bestreiten. Die Vorstellung, Deutschland vor dem durch die Juden drohenden Untergang retten zu müssen, konnte sich durchaus auf die sachlichen Argumente stützen, die von Kittel, Kuhn und Wundt angeführt

227 Weinreich unterschied sechs Stufen einer sich kontinuierlich verschärfenden Judenfeindschaft und kam zu dem Urteil: „At each of these successive stages the German rulers had theorists at hand who praised their achievements in reducing the Jews and supplied the academic formulae and the scholarly backing for each further step in German policies, until the ‚extinguishment‘ of the ‚eternally hostile forces‘ was accomplished to the best of the murderers‘ abilities“; Weinreich 1946, 239f.

228 Kuhn 1939. Es handelte sich dabei um die schriftliche Ausarbeitung eines Vortrages, den Kuhn auf der 4. Jahrestagung des Reichsinstituts Ende 1938 in Berlin gehalten hatte. Inhaltlich führte Kuhn dabei die Thematik dreier Aufsätze (Die Entstehung des talmudischen Denkens, Weltjudentum in der Antike, Ursprung und Wesen der talmudischen Einstellung zum Nichtjuden) fort, die in der Institutsreihe Forschungen zur Judenfrage erschienen und die auf Vorträge bei den Arbeitstagen der Forschungsabteilung Judenfrage zurückgingen; Kuhn 1937a; Kuhn 1937b; Kuhn 1938.

229 Abgesehen von dem zusammen mit Kittel angebotenen Lektürekurs über Rabbinische Texte sind hier bis Kriegsbeginn besonders die folgenden Seminare Kuhns zu nennen: Die Juden im Altertum (SoSe 1935), Der Talmud. Entstehung und Art der jüdisch-rabbinischen Literatur (WS 1935/36), Geschichte der Juden in der römischen Kaiserzeit (SoSe 1937), Der Talmud. Einführung in seine Entstehung und sein Wesen (WS 1937/38), Die Juden im Römischen Reich (SoSe 1938), Geschichte der Judenfrage und ihrer Lösungsversuche (WS 1938/39), Übungen zur Geschichte der Judenfrage: Der Zionismus (SoSe 1939). Kuhn hielt außerdem eine Vielzahl öffentlicher Vorträge, die sich den überlieferten Presseberichten zufolge in entsprechender Weise mit dem Talmud beschäftigten.

wurden. Sie scheint auch den eigentlichen Gehalt und den gemeinsamen Bezugspunkt im ideologischen Weltbild der Tübinger Exekutoren der Endlösung ausgemacht zu haben.

Die Tübinger Judenforscher wurden nicht müde, die Wissenschaftlichkeit ihrer Anstrengungen bei der Aufklärung über die „Judenfrage“ herauszustellen. Das Bemühen, sich von religiösen Vorurteilen und politischen Schlagworten abzusetzen, zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Arbeit der nationalsozialistischen Judenwissenschaft. Es sei, wie Kittel in „Die Judenfrage“ ausführte, der Mangel an klarer Erkenntnis gewesen, der frühere Formen der Judegegnerschaft auf Sentimentalitäten und gefühlsmäßige Stimmungen beschränkt habe.²³⁰ Für die Harmlosigkeit des Antisemitismus in früherer Zeit machte Kittel in erster Linie das Fehlen einer wissenschaftlichen Begründung verantwortlich, wobei er insbesondere die deutsche Intelligenz kritisierte, die schwere Schuld auf sich geladen habe. Als löbliche Ausnahme vermochte Kittel lediglich die Universität Tübingen zu nennen. Sie sei die einzige in Deutschland gewesen, an der man den Mut zu einem konsequenten Widerstand gehabt hätte und von der man sagen könne, dass es „im Frühjahr 1933 weder in der Dozenten-, noch in der Studentenschaft eine Judenfrage gab“.²³¹

Kittel hatte gewiss Recht damit, dass an der württembergischen Landesuniversität bereits lange vor 1933 ein antisemitischer Grundkonsens vorherrschte, der die Anstellung jüdischer Dozenten und Professoren verhinderte. Insofern stand das wissenschaftliche Studium der „Judenfrage“ am Ende einer jahrhundertealten Tradition des Antijudaismus, der die Eberhard-Karls-Universität seit Beginn ihres Bestehens kennzeichnete. Es ist hier daran zu erinnern, dass bereits die Gründung der Universität im Jahr 1477 mit der Vertreibung aller Juden aus Tübingen einherging. Eine von Graf Eberhard im Bart aus dem Stiftungsbrief der Freiburger Universität übernommene Verordnung zwang alle Juden, die Stadt zu verlassen.²³² Der Tübinger Universitätsgründer hätte die Anwesenheit von Juden „mit dem hohen Ziel und idealen Sinn seiner Stiftung für unvereinbar“ gehalten, schrieb Thomas Miller, der auch darauf hinwies, dass Graf Eberhard im Bart in sein Testament vom 26. Dezember 1492 eine Bestimmung aufnahm, derzufolge Juden auch nach seinem Tod von den Toren der Stadt ferngehalten werden sollten.²³³ Die zweite Regimentsordnung vom 14. Juni 1498 machte den letzten Willen des Grafen Eberhard im Bart zum Landesgesetz. Es heißt dort, dass die Juden nicht nur Wucher nehmen würden, sondern auch Gott, der christlichen Natur und dem gemeinen Mann „verderplich und unlydenlich“ seien. Und weiter: „So wöllen wir zu vorderst Gott dem all-

230 Kittel 1934, 9.

231 Ebd., 34f.

232 Die entsprechende Formulierung des Tübinger Freiheitsbriefes vom 9.10.1477 lautete: „Wir wöllent ouch und gebieten Ernstlichen denen von Tüwingen das sie kein *Juden* och sust keinen offen *wucherer* by in, in der stat oder in iren zwingen und bennen laussen wonhafft beliben“; Miller 1938c, 94 und Miller 1940, 245 (Hervorhebung im Original).

233 Diese lautete: „Es ist och unser ordnung und letster will, das furohin unser Erben in unser Herrschaft keinen *Juden* sesshaft wonen noch dehain (kein) *Gewerb* tryben lassen“; Miller 1938c, 101 und Miller 1940, 246.

meechtigen zu eeren, ouch handthabung vorberürts Testaments und letzten Willens und von gemains nutz wegen, das diese nagenden würm die juden in disem fürstenthumb nit gehalten werden.“²³⁴ Die Vorstellung, dass die Juden als „nagendes Gewürm“ den christlichen Staat an seiner Wurzel zerstören würden, setzte sich nach Miller im kollektiven Gedächtnis der Stadt und Universität Tübingen fest. In fast allen späteren Landordnungen und noch im Erbvergleich von 1777 sei dieser Grundsatz wiederholt worden.²³⁵

Mit großer Kenntnis des universitätsgeschichtlichen Quellenmaterials versuchte Miller nachzuweisen, dass die Eberhard-Karls-Universität von Anfang an eine geistige Bastion zum Schutz des christlichen Staates und seiner Einrichtungen vor den Juden gewesen war.²³⁶ Wenn man seine Veröffentlichungen liest, könnte man meinen, dass die Universität Tübingen in der ganzen Zeit ihres Bestehens mit nichts anderem als mit dem Kampf gegen das Judentum beschäftigt gewesen sei. In dieser absoluten und teleologisch auf die Bedürfnisse des Nationalsozialismus hin ausgerichteten Form ist Millers Auffassung sicherlich überzogen. Besonders nach den Emanzipationsgesetzen des 19. Jahrhunderts scheint sich auch in Tübingen ein allmählicher Wandel angebahnt zu haben, der es möglich machte, dass Juden dort wenn schon nicht lehren, so doch zumindest studieren und promovieren konnten. Im Dekanatsjahr 1870/71 waren beispielsweise von 26 Promovenden allein sechs Rabinatskandidaten.²³⁷ Der ideologischen Auseinandersetzung mit der Judenemanzipation galt denn auch Millers besondere Aufmerksamkeit.²³⁸ Für die Deutschen hätte sich das politische Gleichheitsdenken nachgerade als verhängnisvoll erwiesen. Dass sich Juden entgegen der früheren Grundsätze wieder in altwürttembergische Territorien „einschlichen“, und dass es im Gefolge der Judenemanzipation zu einer regelrechten „Judenplage“ gekommen sei, führte Miller auf aufklärerische Ideen und die von ihnen ausgehenden politischen Veränderungen zurück. Nur deswegen hätte sich die Entwicklung so weit zuspitzen können, dass mit dem Juristen Marum Samuel Mayer (1829–1862) im 19. Jahrhundert schließlich sogar ein zum Christentum konvertierter Jude Professor an der Eberhard-Karls-Universität wurde.²³⁹ Millers Hauptgedanke, dass es infolge der Aufklärung und der von ihr bewirkten rechtlichen Gleichstellung der Juden nicht länger möglich war, diesen

234 Miller 1938c, 102 und Miller 1940, 246. Miller benutzte als Quellentexte vor allem die Sammlung württembergischer Gesetze von August Ludwig Reyscher (Tübingen 1828–1851) sowie die von Rudolf Roth herausgegebenen Urkunden zur Geschichte der Universität Tübingen (Tübingen 1877).

235 Miller 1940, 246. Siehe zur Vertreibung der Juden auch Ziwes 1999, 179–182 und Stefan Lang 2008, 111–132.

236 Der sehr gute Artikel von Stefan Lang über die Ausweisung der Tübinger Juden zwischen 1477 und 1498 (Lang 2008) geht allerdings in dem Bemühen zu weit, Millers Argumentation widerlegen zu wollen.

237 Bechtold 1997, 182f. Der von Bechtold ausführlich geschilderte Fall des Elias Pleßner zeigt ein erstaunliches Entgegenkommen seitens der Philosophischen Fakultät. Lediglich Rudolf Roth gemahnte zur Vorsicht gegenüber „zudringlichen Juden“; ebd., 191.

238 Siehe hier besonders Miller 1938b und Miller 1939b.

239 Miller 1939b, 37. Siehe zu Mayer auch Schönhagen 2008, 479f.

die staatsbürgerlichen Rechte mit einer lediglich religiösen Begründung vorzuenthalten, trifft den Kern des Problems.

In ihrer Zuspitzung mochte Millers Theorie vom schlechthinigen Antisemitismus der Universität Tübingen zwar übertrieben sein. Doch die Tatsache, dass an ihr durchgängig eine nicht nur akzidentelle, sondern strukturell judenfeindliche Grundeinstellung vorherrschte, bleibt davon unberührt. Vor allem nach dem Ersten Weltkrieg nahmen nationalistische Ressentiments und antisemitische Vorurteile wieder deutlich zu. Dass es nicht stärker zu antijüdischen Ausschreitungen kam, verdankte sich vermutlich nur dem Fehlen jüdischer Hochschullehrer und anderer öffentlicher Angriffspunkte.²⁴⁰ Die jahrhundertealte antijüdische Tradition und ein generelles Klima des Antisemitismus waren die beiden wesentlichen Voraussetzungen dafür, warum sich an der Universität Tübingen nach 1933 eine mit der politischen Entwicklung in Übereinstimmung stehende „Judenwissenschaft“ herausbilden konnte. Durch den Nationalsozialismus erhielt die bereits vorher schon vorhandene Ansicht neuen Auftrieb, dass nämlich eine für den Staat so wichtige Einrichtung wie die Universität und der behauptete Geist des Judentums gänzlich inkompatibel seien. Mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die entsprechenden Passagen im Parteiprogramm der NSDAP und dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums erklärte Kittel in „Die Judenfrage“, dass in allen staatlich relevanten Bereichen Juden – auch getaufte Juden – unter keinen Umständen toleriert werden könnten. Nach seiner Ansicht hatte es für die nationale Identitätsbildung des deutschen Volkes verheerende Auswirkungen gehabt, als man in der Vergangenheit von diesem Grundsatz abzuweichen begann.²⁴¹

Die Universität Tübingen wurde deshalb nicht aus Zufall zu einem maßgeblichen Zentrum der nationalsozialistischen Judenforschung und darüber hinaus zum Kristallisationspunkt eines militanten Antisemitismus, dessen prononcierteste Verfechter zunächst im Sicherheitsdienst der SS und dann im Reichssicherheitshauptamt auf einflussreiche Positionen gelangten. Beide Erscheinungen müssen als die zwei Seiten der gleichen Medaille angesehen werden. Für diejenigen, die aus dem Kreis der studentischen Avantgarde zu den Einsatzgruppen kamen und dort zu antisemitischen Massenmördern wurden, hatte die wissenschaftliche Argumentation der nationalsozialistischen Judenforscher eine eminent wichtige Bedeutung. Wie das Sample Tübinger Gewaltverbrecher deutlich zum Ausdruck bringt, wurde ihre antisemitische Einstellung weniger durch einen genuin religiösen Antijudaismus bestimmt als durch die Annahme, dass das schlimme Verhalten der Juden auf historisch verifizierbaren Tatsachen beruhte. Von wissenschaftlich hoch angesehenen und gesellschaftlich wie politisch anerkannten Hochschullehrern erhielten sie eine plausible Erklärung dafür, warum die Juden schon immer und zu allen Zeiten schädlich für ihre „Wirtsvölker“ waren und warum man gegen sie vorgehen müsse,

240 Zum Antisemitismus der Zwischenkriegszeit siehe besonders Häffner 1995, Ulmer 1995a und Ulmer 1995b.

241 Siehe hier besonders Kittel 1934, 41–50.

um das eigene Überleben zu sichern. Die besondere Relevanz, die eine wissenschaftliche Beweisführung für die Angehörigen der studentischen NS-Elite hatte, liegt auf der Hand. Für sie wurde die nationalsozialistische Judenforschung zum Missing link, das den Übergang von „normalen“ und „gewöhnlichen“ Formen der Judenfeindschaft zum genozidalen Antisemitismus der Schoah ermöglichte. Wenn gleich die Tübinger Judenforscher selbst nicht in Verbrechen involviert waren und, soweit bekannt, auch keine Gewaltanwendung gegen Juden befürworteten, lässt sich ihr Einfluss auf das Denken und Handeln dieser Gruppe späterer Judenmörder schwerlich bestreiten. Man kann deshalb wohl nicht umhin, hier von einer zumindest mittelbaren Verantwortung zu sprechen. Beide Seiten arbeiteten am gleichen Projekt der Befreiung Deutschlands von der behaupteten Judenherrschaft. Wahrscheinlich muss man sogar noch einen Schritt weiter gehen und im Antisemitismus der Theorie eine unerlässliche und möglicherweise sogar ausschlaggebende Voraussetzung für den Antisemitismus der Tat sehen, der schließlich die äußerste Dimension des Völkermords erreichte.

Die wissenschaftliche Judenforschung an der Eberhard-Karls-Universität wirft schwerwiegende Fragen auf, die an die Grundlagen ihres akademischen Selbstverständnisses rühren. Wie steht es um den Anspruch auf wissenschaftliche Solidität, wenn sich Wissenschaft in einer solchen Weise korrumpiert hat? Auch ohne Millers Übertreibungen steht außer Zweifel, dass der Universität Tübingen von Beginn an ein allgemeiner Antijudaismus inhärent war, der die ideologische Voraussetzung für das Aufkommen eines wissenschaftlichen Antisemitismus in der Zeit des Dritten Reiches bildete. Kann man in der Vertreibung der Juden aus Anlass der Universitätsgründung im Jahr 1477 und in der nationalsozialistischen Judenforschung des Jahres 1937 etwas anderes als das Alpha und Omega eines durch und durch gestörten Verhältnisses zum deutschen Judentum sehen? Wie weit musste man sich von herkömmlichen Standards entfernt haben, bis die Vorstellung gedeihen konnte, der wissenschaftliche Anspruch auf Objektivität und Allgemeingültigkeit ließe sich mit primitiven antisemitischen Vorurteilen vereinbaren? Man sollte es sich bei der Frage nach dem wissenschaftlichen Status der NS-Judenforschung nicht zu einfach machen und leichtfertig auf das Argument der Unwissenschaftlichkeit ausweichen. Nach damaligem Verständnis war die „Judenforschung“ nicht nur ein besonders wichtiger, sondern auch ein besonders exzellenter Wissenschaftszweig der Universität. Wollte man ihr das Attribut der Wissenschaftlichkeit generell absprechen, hätte das unabsehbare Folgen sowohl im Hinblick auf ihre Nachbarfächer als auch im Hinblick auf die wissenschaftlichen Grundlagen der Universität an sich. Selbstverständlich sahen auch die nationalsozialistischen Judenforscher in der Bezugnahme auf wissenschaftliche Kriterien das entscheidende Moment, mit dem sie ihre Arbeit rechtfertigten und an dem sie noch über das Jahr 1945 hinaus festhielten. Die erneute Berufung auf ein nun freilich als apolitisch definiertes Wissenschaftsverständnis stand im Zentrum der meisten Entnazifizierungsverfahren und wurde oftmals zum Ausgangspunkt erfolgreicher Nachkriegskarrieren.

Auch im Spruchkammerverfahren Karl Georg Kuhns bildete die entpolitisierte Idee einer ausschließlich wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem „Judenproblem“ den Dreh- und Angelpunkt der Beweisführung. Weil die von Kuhn themati-

sierten Fragen eine „rein fachwissenschaftliche“ Behandlung erfahren hätten, war für die Spruchkammer eine antisemitische Tendenz nicht erkennbar und von daher auch keine politische Belastung gegeben.²⁴² Kuhns Berliner Talmud-Vortrag vom 19. Januar 1939 bewertete die Kammer trotz seines offenen Antisemitismus als eine „von tendenziösen Entstellungen freie Darlegung der talmudischen Denkmethod“²⁴³. Dem Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschlands sei Kuhn nur deswegen beigetreten, weil er dort eine „saubere wissenschaftliche Gesamthaltung“ gewährleistet sah. Die Forschungsabteilung Judenfrage hätte er als Plattform genutzt, um „auf dem umstrittenen Gebiet der talmudischen Literatur die Stimme der sachlichen, auf solidem Quellenstudium beruhenden Wissenschaft zur Geltung zu bringen“²⁴⁴. Dass Kuhn an den Universitäten Berlins, Frankfurts, Tübingens, Straßburgs und Wiens für Lehrstühle zum Studium der „Judenfrage“ zwar vorgeschlagen, aber nicht berufen wurde, belege seine berufliche Zurücksetzung und wirtschaftliche Benachteiligung. Am Ende dieser Argumentationskette stand der Tübinger Talmudspezialist schließlich als Gegner des Dritten Reiches, ja sogar als Widerstandskämpfer da, der auf wissenschaftliche Weise dem Ungeist des Nationalsozialismus entgegengetreten sei.

Nach der erfolgreichen Entnazifizierung dauerte es nicht lange, bis Kuhn wieder an die Universität zurückkehren konnte. Bereits 1949 wurde er auf eine außerplanmäßige Professur für Neues Testament und Judaistik an die Universität Göttingen berufen, und rasch avancierte er zu einem führenden Vertreter der evangelischen Nachkriegsjudaistik. 1954 erhielt Kuhn eine ordentliche Professur an der Universität Heidelberg, wo er dem neutestamentlichen Seminar mit angeschlossener jüdisch-hellenistischer Abteilung vorstand. Ab 1957 leitete er die Heidelberger Qumranforschungsstelle, und 1964 folgte die Aufnahme in die Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Kuhns wissenschaftliche Reputation wurde zu keinem Zeitpunkt in Zweifel gezogen, und er selbst hegte die feste Überzeugung, dass er vor 1945 nicht prinzipiell anders gearbeitet hatte als danach. Lediglich der Tübinger Mathematiker Erich Kamke (1890–1961) erhob massiven Einspruch gegen Kuhns Wiederverwendung. Kamke, der wegen „jüdischer Versippung“ an der Eberhard-Karls-Universität 1937 in den Ruhestand versetzt worden war, sprach sich im Oktober 1945 vehement dagegen aus, jemanden wieder zum Lehramt zuzulassen, der sich derart antisemitisch geäußert und verhalten hatte.²⁴⁵ Ein halbes Jahr nach dem Spruchkammerentscheid teilte der Göttinger Rektor Ludwig Raiser (1904–1980) im April 1949 seinem Tübinger Kollegen Walter Erbe (1909–1967) mit, dass er wegen der immer noch ausstehenden Berufung Kuhns an die Universi-

242 Spruchkammerurteil Kuhns vom 18.10.1948, fol. 7., StAS Wü 13, 2657, Staatskommissariat für die politische Säuberung. Siehe auch Steinweis 2006a, 88–91 und 157–160.

243 Spruchkammerurteil Kuhns vom 18.10.1948, fol. 9, StAS Wü 13, 2657, Staatskommissariat für die politische Säuberung.

244 Ebd., fol. 8.

245 Kamke hatte sich am 19.10.1945 an die französische Militärregierung gewandt, um auf Kuhns früheren Antisemitismus hinzuweisen; ebd., fol. 2. Die Argumentation der Spruchkammer erweckt insgesamt den Eindruck, als sei es ihr hauptsächlich um die Widerlegung Kamkes gegangen. Siehe zu Kamke auch den Beitrag von Richard Mohr in diesem Band.

tät Göttingen in Sorge sei. Zwar hätten sich Kamkes Einlassungen nun wohl erledigt. Doch er benötige dringend den genauen Wortlaut des Urteils.²⁴⁶ An den Tübinger Mathematiker schrieb Raiser hingegen, dass, wie das Entnazifizierungsverfahren zweifelsfrei ergeben habe, die von Kamke erhobenen Vorwürfe sachlich unzutreffend seien. Er selbst hätte die inkriminierten Schriften Kuhns eingehend studiert und dabei den bestimmten Eindruck gewonnen, „dass es sich durchweg um streng wissenschaftliche und überdies wissenschaftlich wertvolle Untersuchungen handelt, die mit der offiziellen antisemitischen Propaganda des Nationalsozialismus schlechterdings nichts zu tun haben“. Kamke musste sich darüber hinaus von Raiser sagen lassen, er solle den Versuch unterlassen, das Unrecht der Vergangenheit durch neues Unrecht sühnen zu wollen.²⁴⁷

Wenn schon ein Universitätsrektor das antisemitische Schrifttum Kuhns als „streng wissenschaftlich und überdies wissenschaftlich wertvoll“ erachtete, ist das ein deutlicher Hinweis darauf, wie wenig sich die Bewertung der nationalsozialistischen Judenforschung nach dem Krieg geändert hatte. Eine kritische Auseinandersetzung mit ihr war unter solchen Umständen nicht zu erwarten. Zum Teil tauchten nach 1945 sogar die gleichen Kategorien und Denkmuster wieder auf, mit denen Juden zuvor schon charakterisiert worden waren. Ihr Pendant hatte diese Einschätzung der NS-Judenwissenschaft in der außerordentlich milden und verständnisvollen Beurteilung nationalsozialistischer Kriegsverbrecher. Selbst antisemitische Massennörder wie Martin Sandberger und Eugen Steimle kamen nach kurzer Zeit wieder auf freien Fuß und wurden eifertig in die deutsche Gesellschaft reintegriert. Der Druck, der hierbei von kirchlicher Seite auf die Alliierten ausgeübt wurde, war enorm. In dem allgemeinen Kontext der Verharmlosung und Legendenbildung konnte sich seit den fünfziger Jahren im Raum Stuttgart sehr schnell wieder ein effizientes Netzwerk alter Kameraden und hochrangiger NS-Funktionäre formieren, dem wohl auch die genannten Sandberger und Steimle angehörten, und das dringend erforscht werden sollte.²⁴⁸

Über das geistige Klima, das nach dem Krieg an der Universität Tübingen herrschte, legen die *Lebenserinnerungen Helmut Thielickes ein eindrucksvolles Zeugnis* ab.²⁴⁹ Der frühere Heidelberger Lehrstuhlvertreter für Systematische Theologie wurde 1945 nach Tübingen berufen und sechs Jahre später zum Rektor und darüber hinaus auch zum Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz gewählt. Thielicke leistete nach Kräften Widerstand gegen die Entnazifizierungspolitik der französischen Besatzungsmacht und die von ihr angestrebte demokratische Neuausrichtung der Universität. Wegen seines ostentativen Auftretens wurde ihm von der französischen Militäradministration zeitweise sogar ein Lehrverbot

246 Der Göttinger an den Tübinger Rektor am 27.4.1949, UAT, Personalakte Kuhn, 126a/284, fol. 65.

247 Schreiben Ludwig Raisers an Erich Kamke vom 30.5.1949, ebd., fol. 67. Raiser wurde 1955 nach Tübingen berufen und 1968 zum Rektor der Eberhard-Karls-Universität ernannt.

248 Ein wichtiger Knotenpunkt dieses Beziehungsgeflechts scheint Gottlob Berger gewesen zu sein, der nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft bei der Firma Bosch in Stuttgart eine Anstellung fand. Zum Verhältnis Bergers zu Robert Bosch siehe besonders Scholtzkysek 1999.

249 Thielicke 1984.

aufgelegt. Sprach Thielicke von Konzentrations- und Vernichtungslagern, meinte er damit in erster Linie die alliierten Internierungslager.²⁵⁰ In einem solchen Lager traf Thielicke auf den früheren Reichsdozentenführer Gustav Adolf Scheel, den er noch von Heidelberg her kannte und für dessen Rehabilitierung er sich stark machte. Dass Scheel unter anderem die offizielle Ansprache bei der Heidelberger Bücherverbrennung gehalten hatte, war für Thielicke kein Hinderungsgrund, den nachmaligen Reichsstatthalter und Gauleiter von Salzburg als eine „der wenigen erfreulichen und anständigen Figuren in der höheren NS-Hierarchie“ zu bezeichnen.²⁵¹ Nicht von ungefähr blieb Scheels Mittlerfunktion zwischen dem SD und der Eberhard-Karls-Universität bislang weitgehend im Dunkeln.

Als im Verlauf der politischen Konsolidierung der Bundesrepublik eine affirmative Bezugnahme auf die nationalsozialistische Judenforschung inakzeptabel und politisch inopportun wurde, gewann das Problem des Umschlagens antisemitischer Denkweisen in einen dezidierten Philosemitismus umso stärker an Bedeutung. Frühere Stereotypen und negative Zuschreibungen wurden in diesem Zusammenhang einfach nur gespiegelt und mit einem positiven Vorzeichen versehen. Eine solche Entwicklung lässt sich in Tübingen nur vor dem Hintergrund der früheren NS-Judenforschung verstehen. Mag der Wunsch nach einer emphatischen Negation der Negation zwar psychologisch verständlich gewesen sein, für die geschichtliche Aufarbeitung musste sich auch ein Essentialismus in philosemitischer Absicht als höchst problematisch erweisen.

Um die Frage nach dem universitären Standort und dem wissenschaftlichen Status der nationalsozialistischen Judenforschung seriös beantworten zu können, bedarf es der intensiven und kritischen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Daran hat es an der Universität Tübingen jedoch lange gefehlt. Nicht zufällig befließigten sich gerade die von den nationalsozialistischen Judenforschern gelehrten wie auch die von den späteren Exekutoren der Endlösung studierten Fächer hier der größten Zurückhaltung. Uwe Dietrich Adams zum Universitätsjubiläum 1977 erschienene Arbeit bedeutete in dieser Hinsicht einen eminent wichtigen Erkenntnisfortschritt und einen wissenschaftshistoriographischen Meilenstein. Wegen ihres Materialreichtums wurde sie mit Recht zu einem viel zitierten Referenzwerk und Vorbild ähnlich gelagerter Untersuchungen. Allerdings blieben die notwendigen Folge- und Detailstudien aus, die erforderlich gewesen wären, um die Zeit vor 1945 wirklich verstehen und analysieren zu können. Zudem hat sich der von Adams Buch erweckte Eindruck als falsch herausgestellt, man habe an der Eberhard-Karls-Universität, einer unbedeutenden Kleinstaduniversity abseits der großen Politik, einfach nur den Mantelkragen hochgeklappt, um die Stürme der Zeit über sich hinwegbrausen zu lassen. Im Hinblick auf die Tübinger Judenforschung ist, um bei diesem Bild zu bleiben, viel eher vom Auge des Taifuns zu sprechen. Ein Taifun, der alles von der Erde ausradierte, was auch nur im Entferntesten als jüdisch klassifiziert worden war.

250 Ebd., 153 und 244. Siehe zur Kritik daran Krondorfer 2006, 107; allgemein zu Thielicke: ebd., 73–77 und 96–111.

251 Thielicke 1984, 125 und 244.

Quellen

Universitätsarchiv Tübingen (UAT):

- UAT 126a: Akademisches Rektoramt, Personalakten des Lehrkörpers; UAT 131: Philosophische Fakultät; UAT 162: Evangelisch-theologische Fakultät.

Bundesarchiv (BArch):

- BArch Berlin NS 8: Kanzlei Rosenberg; BArch Berlin R 55: Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda; BArch Berlin R 5101: Reichsministerium für die kirchlichen Angelegenheiten; BArch Berlin BDC Akte Huth; BArch Berlin BDC Akte Rössler; BArch Berlin BDC Akte Sandberger; BArch Berlin BDC Akte Ehrlinger; BArch Berlin BDC Akte Berger; BArch Berlin BDC Akte Scheel; BArch Berlin BDC Akte Ernst Weinmann; BArch Berlin BDC Akte Augustin;
- BArch Koblenz Nachlass Hauer;
- BArch Außenstelle Ludwigsburg II 213 AR 1900; BArch Außenstelle Ludwigsburg II 204 AR-Z 21.

Institut für Zeitgeschichte München (IfZ):

- IfZ MA 252; IfZ Zeugenschrifttum 646.

Staatsarchiv Ludwigsburg (StAL):

- StAl K 110: SD-Dienststellen in Württemberg und Hohenzollern.

Staatsarchiv Sigmaringen (StAS):

- StAS Wü 13: Staatskommissariat für die politische Säuberung.

Archiv der Humboldt Universität Berlin (UAHB):

- UAHB Phil. Fak. Dekanat.

Archiv der Universität Wien (UAW):

- UAW PH PA 219: Personalakt Gerhard Kittel.

Centre de Documentation Juive Contemporaine Paris (CDJCP):

- CDJCP CXXXIV-51; CDJCP CXXXII

Literatur

Adam, Uwe D.: Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972.

Ders.: Hochschule und Nationalsozialismus. Die Universität Tübingen im Dritten Reich, Tübingen 1977.

Aly, Götz: „Endlösung“. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a. M. 1995.

Anderl, Gabriele: Die „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien, Berlin und Prag – ein Vergleich, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 23 (1994), 275–299.

Angrick, Andrej: Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943, Hamburg 2003.

Arnold, Birgit: „Deutscher Student, es ist nicht nötig, daß Du lebst, wohl aber, daß Du Deine Pflicht gegenüber Deinem Volk erfüllst“. Gustav Adolf Scheel, Reichsstudentenführer und Gauleiter von Salzburg, in: Michael Kißener / Joachim Scholtyseck (Hrsg.), Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, 567–594.

- Bachmann, Michael: Rengstorf, Karl Heinrich, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon 25 (2005), 1126–1158 (zugänglich unter <http://www.bautz.de/bbkl/>).
- Ballensiefen, Heinz: Die inneren Gründe für den Zusammenbruch des französischen Staates, in: Zeitschrift für Politik 30 (1940), 261–282.
- Bechtold, Hans-Joachim: Die Promotion des Rabbinatskandidaten Elias Pleßner an der Eberhard-Karls-Universität zu Tübingen im Jahr 1870, in: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden 7 (1997), 181–203.
- Benz, Wolfgang / Neiss, Marion (Hrsg.): Judenmord in Litauen, Berlin 1999.
- Behringer, Wolfgang: Bauern-Franz und Rassen-Günther. Die politische Geschichte des Agrarhistorikers Günther Franz (1902–1992), in: Winfried Schulze / Otto G. Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 2000², 114–141.
- Berg, Nicolas / Rupnow, Dirk: Einleitung: „Judenforschung“ – Zwischen Wissenschaft und Ideologie, in: Jahrbuch des Simon Dubnow Instituts 5 (2006), 303–312.
- Bilfinger, Rudolf: Der Schutz des Kunden im Konkurs des sogen. Lokalbankiers vornehmlich nach dem Depotgesetz, Diss. Tübingen 1934.
- Bock, Ernst: Feste Burg im Sturm der Zeit, in: Siegfried Herrle u. a. (Hrsg.), Im Dienst an Volk und Kirche! Theologiestudium im Nationalsozialismus, Stuttgart 1988, 55–72.
- Botsch, Gideon: „Geheime Ostforschung“ im SD. Zur Entstehungsgeschichte des „Wannsee-Instituts“ 1935–1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 6 (2000), 509–524.
- Breitman, Richard: Der Architekt der „Endlösung“. Heinrich Himmler und die Vernichtung der europäischen Juden, Paderborn.
- Ders.: Dannecker und Kappler in Rom. Neue Quellen zur Oktober-Deportation 1943, in: Jürgen Matthäus / Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), Deutsche, Juden, Völkermord. Der Holocaust als Geschichte und Gegenwart, Darmstadt 2006, 191–203.
- Bundesarchiv, Außenstelle Ludwigsburg (Hrsg.), Ruth „Sara“ Lax. 5 Jahre alt, deportiert nach Riga. Wanderausstellung des Bundesarchivs, Ludwigsburg 2002.
- Casey, Maurice: Some anti-semitic assumptions in the Theological Dictionary of the New Testament, in: Novum Testamentum 41 (1999), 280–291.
- Dangel, Rudolf: Die Judenfrage als weltgeschichtliches Problem. Ein Vortrag von Dozent Dr. Kuhn vor der NS.-Dozentenbund-Akademie Tübingen, in: Tübinger Chronik 24.1.1939.
- Deigendesch, Roland: Judenfeindschaft am Uracher Hof? Zu einer verschollenen und wieder entdeckten Handschrift aus dem Umkreis Graf Eberhards V. von Württemberg, in: Zeitschrift für Württembergische Landesgeschichte 64 (2005), 85–102.
- Denscher, Bernhard: „Der ewige Jude“. Antisemitische Propaganda vom „Anschluß“ bis zum Novemberpogrom, in: Der Novemberpogrom 1938. Die „Reichskristallnacht“ in Wien. 116. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien. 10. November 1988 bis 29. Jänner 1989, o. O., o. J. [Wien 1989], 43–52.
- Der Geist des Talmudjudentums. Professor Dr. Kittel spricht auf der Kreistagung des NSLB, in: Tübinger Chronik 26.1.1937.
- Der Herr des Rings. Zum Tode von Kepi-Oberstudiendirektor Hans Reichle, in: Schwäbisches Tagblatt 30.6.1994, 27.
- Deutsche Wissenschaft gegen das Weltjudentum, in: Tübinger Chronik 18.1.1939.
- Die Arbeit der Wissenschaft an der Judenfrage. Ein Tübinger Vortrag des derzeitigen Leiters des Instituts zur Erforschung der Judenfrage, in: Tübinger Chronik 2.3.1944.
- Die Ausbreitung des Judentums in der antiken Welt. Antrittsrede von Privatdozent Dr. Kuhn vor der Philosophischen Fakultät Tübingen am Mittwoch, den 19. Dezember 1934, in: Tübinger Chronik 24.12.1934.
- Die Gedankenakrobatik des Talmud, in: Völkischer Beobachter 21.1.1939.
- Die Judenfrage als weltgeschichtliches Problem. Eröffnung des Sommersemesters der Württ. Verwaltungsakademie Stuttgart, in: Tübinger Chronik 10.5.1939.
- Die Judenpolitik Eberhards im Bart. Vertreibung der Juden aus Tübingen bei der Universitätsgründung, in: Tübinger Chronik 7.6.1938.

- Die Universität im neuen Staat. Rede des Rektors Professor Dr. Fezer bei der Reichsgründungsfeier der Universität, in: *Tübinger Chronik* 23.1.1934.
- Dietz, Heinrich: Mittel und Methoden der politischen Massenbeeinflussung bei Shakespeare, Diss. Tübingen 1926.
- Ders.: Lüge und Verleumdung in der englischen Agitation, in: *Zeitschrift für Politik* 30 (1940), 73–87.
- Döscher, Hans-Jürgen: Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomatie im Schatten der „Endlösung“, Berlin 1987.
- Dr. Harster kommt wieder. Die Polizeidirektion in Tübingen endgültig besetzt, in: *Neues Tübinger Tagblatt* 24.12.1934.
- Ellinger, Eckhard: Deutsche Orientalistik zur Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945, Edingen-Neckarhausen 2006.
- Entstehung des Judentums und der Judenfrage. Dr. Kittel und Dr. Kuhn auf der Tagung der Forschungsabteilung Judenfrage in München, in: *Tübinger Chronik* 23.11.1936.
- Ericksen, Robert P.: Theologian in the Third Reich: The Case of Gerhard Kittel, in: *Journal of Contemporary History* 12 (1977), 595–622.
- Ders.: Zur Auseinandersetzung mit und um Gerhard Kittels Antisemitismus, in: *Evangelische Theologie* (1983), 250–270.
- Ders.: Theologians under Hitler. Gerhard Kittel, Paul Althaus, and Emanuel Hirsch, New Haven 1985 (deutsche Übersetzung 1986).
- Ders.: Assessing the heritage. German Protestant Theologians, Nazis, and the „Jewish Question“, in: ders. / Susannah Heschel (Hrsg.), *Betrayal. German Churches and the Holocaust*, Minneapolis 1999, 22–39.
- Essner, Cornelia: Die „Nürnberger Gesetze“ oder Die Verwaltung des Rassenwahns, Paderborn 2002.
- Ferdinand, Horst: Scheel, Gustav Adolf. NS-Politiker, Reichsstudentenführer, Arzt, in: Bernd Ott-nad (Hrsg.), *Baden-Württembergische Biographien*, Bd. 2, Stuttgart 1999, 394–399.
- Franz, Günther (Hrsg.): Universität Hohenheim. Landwirtschaftliche Hochschule 1818–1968, Stuttgart 1968.
- Franz-Willing, Georg: „Bin ich schuldig?“ Leben und Wirken des Reichsstudentenführers und Gauleiters Dr. Gustav Adolf Scheel 1907–1979. Eine Biographie, Leoni am Starnberger See 1987.
- Freudiger, Kerstin: Die juristische Aufarbeitung von NS-Verbrechen, Tübingen 2001.
- Friedländer, Saul: *Nazi Germany and the Jews*, 2 Bde., New York 1997 und 2006 (deutsch: *Das Dritte Reich und die Juden*, 2 Bde., München 1998 und 2006).
- Gegen die jüdische Greuelpropaganda, in: *Tübinger Chronik* 3.4.1933.
- Gentile, Carlo / Klinkhammer, Lutz: Gegen die Verbündeten von einst. Die Gestapo in Italien, in: Gerhard Paul / Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), *Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa*, Darmstadt 2000, 521–540.
- Geschichtswerkstatt Tübingen (Hrsg.): „Zerstörte Hoffnungen“. Wege der Tübinger Juden, Tübingen 1995.
- Giles, Geoffrey J.: Rezension von Uwe-Dietrich Adam: *Hochschule und Nationalsozialismus*, Tübingen 1977, in: *German Studies Review* (1980), 155f.
- Grüttner, Michael: *Studenten im Dritten Reich*, Paderborn 1995.
- Haberman, Jacob: Karl-Georg Kuhn (1906–1976). A German Authority on the Talmud and Post-biblical Judaism in a Time of Humanity at the Limit (hebräisch), in: Mahut. *Journal of Jewish Literature and Art* (hebräisch) 31 (2006), 9–56.
- Hachmeister, Lutz: *Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six*, München 1998.
- Ders.: *Schleyer. Eine deutsche Geschichte*, München 2004.
- Häffner, Michaela: Schlägereien und Berufsverbote: Antisemitismus an der Universität, in: *Geschichtswerkstatt Tübingen* (Hrsg.), „Zerstörte Hoffnungen“. Wege der Tübinger Juden, Tübingen 1995, 173–190.
- Heiber, Helmut: Der Fall Grünspan, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 5 (1957), 134–172.

- Ders.: Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands, Stuttgart 1966.
- „... helfen zu graben den Brunnen des Lebens“. Historische Jubiläumsausstellung des Universitätsarchivs Tübingen im Bonatzbau der Universitätsbibliothek Tübingen vom 8.10.-5.11.1977, Tübingen 1977 (Ausstellungskataloge der Universität Tübingen Bd. 8).
- Hermle, Siegfried / Lächele, Rainer: Die Evangelische Landeskirche in Württemberg und der „Arierparagraph“, in: dies. u. a. (Hrsg.), Im Dienst an Volk und Kirche! Theologiestudium im Nationalsozialismus. Erinnerungen, Darstellungen, Dokumente und Reflexionen zum Tübinger Stift 1930 bis 1950, Stuttgart 1988, 179–214.
- Heschel, Susannah: Theologen für Hitler. Walter Grundmann und das „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“, in: Leonore Siegelewenschkewitz (Hrsg.), Christlicher Antijudaismus und Antisemitismus, Frankfurt a. M. 1994, 125–170.
- Dies.: Die Nazifizierung der christlichen Theologie: Walter Grundmann und das „Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“, in: Texte und Kontexte 19 (1996), 33–52.
- Dies.: Deutsche Theologen für Hitler. Walter Grundmann und das „Eisenacher Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben“, in: Fritz Bauer Institut (Hrsg.), „Beseitigung des jüdischen Einflusses ...“. Antisemitische Forschung, Eliten und Karrieren im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999a, 147–167.
- Dies. / Ericksen, Robert P. (Hrsg.): Betrayal. German churches and the holocaust, Minneapolis 1999.
- Dies.: The Theological Faculty at the University of Jena as „a Stronghold of National Socialism“, in: Uwe Hoßfeld u. a. (Hrsg.), „Kämpferische Wissenschaft“. Studien zur Universität Jena im Nationalsozialismus, Köln 2003, 452–470.
- Dies.: Dejudaising Jesus. On Nazi „Judenforschung“ and its Christian Ramifications, in: Jahrbuch des Simon Dubnow Instituts 5 (2006), 353–373.
- Dies.: The Aryan Jesus. Christian Theologians and the Bible in Nazi Germany, Princeton 2008.
- Higger, Michael: Rezension von Karl Georg Kuhn: Der tannaitische Midrasch. Sifre zu Numeri, Stuttgart 1934, in: The Jewish Quarterly Review 2 (1936), 208–212.
- Hoffmann, Hermann F. (Hrsg.): Universität Tübingen 1938–1939, Tübingen 1940.
- Hong, Haejung: Die Deutsche Christliche Studenten-Vereinigung (DCSV) 1897–1938. Ein Beitrag zur Geschichte des protestantischen Bildungsbürgertums, Marburg 2001.
- Jens, Walter: Eine deutsche Universität. 500 Jahre Tübinger Gelehrtenrepublik, München 1993⁶.
- Junginger, Horst: Von der philologischen zur völkischen Religionswissenschaft. Das Fach Religionswissenschaft an der Universität Tübingen von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Dritten Reiches, Stuttgart 1999 (Contubernium, Bd. 51).
- Ders.: Der gescheiterte Religionsgründer. Jakob Wilhelm Hauer etablierte Tübingen als Zentrum der Deutschgläubigen, in: Schwäbisches Tagblatt 5.1.2001, 30.
- Ders.: Tübinger Exekutoren der Endlösung. Effiziente Massenmörder an vorderster Front der SS-Einsatzgruppen und des Sicherheitsdienstes, in: Schwäbisches Tagblatt, 18.6.2003a, 29.
- Ders.: Das „Arische Seminar“ der Universität Tübingen 1940–1945, in: Heidrun Brückner u. a. (Hrsg.), Indienforschung im Zeitenwandel. Analysen und Dokumente zur Indologie und Religionswissenschaft in Tübingen, Tübingen 2003b, 176–207.
- Ders.: Die Tübinger Schule der „völkischen Religionswissenschaft“ in den dreißiger und vierziger Jahren, in: ders. / Martin Finkenberger (Hrsg.), Im Dienste der Lügen. Herbert Grabert (1901–1978) und seine Verlage, Aschaffenburg 2004, 10–35.
- Ders.: Politische Wissenschaft. Reichspogromnacht: Ein bisher unbekanntes Gutachten des antisemitischen Theologen Gerhard Kittel über Herschel Grynszpan, in: Süddeutsche Zeitung 9.11.2005, 13.
- Ders.: Das Bild des Juden in der nationalsozialistischen Judenforschung, in: Andrea Hoffmann u. a. (Hrsg.), Die kulturelle Seite des Antisemitismus zwischen Aufklärung und Schoah, Tübingen 2006a, 171–220.

- Ders.: „Judenforschung“ in Tübingen. Von der jüdischen zur antijüdischen Religionswissenschaft, in: Jahrbuch des Simon-Dubnow-Instituts 5 (2006b), 375–398.
- Ders. (Hrsg.): *The Study of Religion under the Impact of Fascism*, Leiden 2008.
- Kater, Michael H.: Jugend, Erziehung, Wissenschaft. Studien zur Ideologie und Pädagogik in Deutschland zwischen 1918 und 1945, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 19 (1979), 660–671.
- Kein Jude durfte im Land wohnen. Eine Schrift von Bibliothekar Thomas Miller, in: *Tübinger Chronik* 2.3.1940.
- Keuffel, Gebhard R. (Hrsg.): 120 Jahre Verein Deutscher Studenten zu Tübingen. Festschrift im Auftrag des AH-Bundes des VDS zu Tübingen anlässlich des 120. Stiftungsfestes vom 27. bis 30. November 2003, Tübingen 2003.
- Kittel, Gerhard: *Die Judenfrage*, Stuttgart 1933.
- Ders. (Hrsg.): *Theologisches Wörterbuch zum Neuen Testament*, Stuttgart 1933ff.
- Ders.: Die Entstehung des Judentums und die Entstehung der Judenfrage, in: *Forschungen zur Judenfrage* 1 (1937a), 43–63.
- Ders.: Das Konnubium mit Nicht-Juden im antiken Judentum, in: *Forschungen zur Judenfrage* 2 (1937b), 30–62.
- Ders.: Europas Schicksalskampf im Osten. Der Untergang des ersten römischen Imperiums, in: Hans Hagemeyer (Hrsg.), *Bücherkunde, Organ des Amtes Schrifttumspflege*, Bayreuth 1938, 461–463.
- Ders.: Einbruch des Orients, in: Hans Hagemeyer / Georg Leibbrandt (Hrsg.), *Europa und der Osten*, München 1939a, 61–71.
- Ders.: Staatsbürgertum ohne völkische Verpflichtung bedeutet nationalen Untergang und soziales Chaos. Das Beispiel der jüdischen Zersetzung des Ersten Römischen Imperiums, in: Reichsorganisationsleiter der NSDAP (Hrsg.), *Der Schulungsbrief*, 6. Folge (1939), 239–245. Wiederabdruck (ohne Bildbeilage) in: *Tübinger Chronik* 19.6.1939b.
- Ders.: Die Rassenmischung des Judentums in ihren geschichtlichen Voraussetzungen, in: *Kosmos. Handweiser für Naturfreunde* 36 (1939c), 152–156.
- Ders.: Das talmudische Denken und das Judentum, in: *Die Judenfrage* 1.10.1942, 208f.
- Ders.: Die Behandlung des Nichtjuden nach dem Talmud, in: *Archiv für Judenfragen* (1943a), 7–17.
- Ders.: Die Entstehung des Judentums, in: *Die Welt als Geschichte* 1/3 (1943b), 68–82.
- Ders. / Fischer, Eugen: *Das antike Weltjudentum. Tatsachen, Texte, Bilder*, Hamburg 1943 (*Forschungen zur Judenfrage*, Bd. 7).
- Klee, Ernst: *Persilschein und falsche Pässe. Wie die Kirchen den Nazis halfen*, Frankfurt a. M. 1992³.
- Ders.: *Das Personenlexikon zum Dritten Reich*, Frankfurt a. M. 2003.
- Koonz, Claudia: *Respectable Racism. State-sponsored Anti-Jewish Research 1935–1940*, in: *Jahrbuch des Simon Dubnow Instituts* 5 (2006), 399–423.
- Krausnick, Helmut: *Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppe des Weltanschauungskrieges*, Frankfurt a. M. 1993 (1985¹).
- Ders. / Wilhelm, Hans-Heinrich: *Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942*, Stuttgart 1981.
- Kreidler, Hans: *Karl Adam und der Nationalsozialismus*, in: *Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte* (1983), 129–140.
- Kröner, Hans-Peter: *Von der Rassenhygiene zur Humangenetik. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik nach dem Kriege*, Stuttgart 1998.
- Krondorfer, Björn: *Nationalsozialismus und Holocaust in Autobiographien protestantischer Theologen*, in: ders. u. a. (Hrsg.), *Fragen an die deutsche Theologie nach 1945. Mit Blick auf die Täter*, Gütersloh 2006, 23–170.
- Kuhn, Karl-Georg: *Der tannaitische Midrasch. Sifre zu Numeri*, Stuttgart 1934.
- Ders.: Die inneren Voraussetzungen der jüdischen Ausbreitung, in: *Deutsche Theologie* (1935), 9–17.

- Ders.: Die Entstehung des talmudischen Denkens, in: Forschungen zur Judenfrage 1 (1937a), 64–80.
- Ders.: Weltjudentum in der Antike, in: Forschungen zur Judenfrage 2 (1937b), 9–29.
- Ders.: Ursprung und Wesen der talmudischen Einstellung zum Nichtjuden, in: Forschungen zur Judenfrage 3 (1938), 199–234.
- Ders.: Die Judenfrage als weltgeschichtliches Problem, Hamburg 1939.
- Ders.: Der Talmud, das Gesetzbuch der Juden, in: Robert Wetzel / Hermann Hoffmann (Hrsg.), Wissenschaftliche Akademie Tübingen des NSD.-Dozentenbundes, Bd. 1: 1937, 1938, 1939, Tübingen 1940, 226–233.
- Kwiet, Konrad: Erziehung zum Mord. Zwei Beispiele zur Kontinuität der deutschen „Endlösung der Judenfrage“, in: Michael Grüttner u. a. (Hrsg.), Geschichte und Emanzipation. Festschrift für Reinhard Rürup, Frankfurt a. M. 1999, 435–457.
- Ders.: Paul Zapp. Vordenker und Vollstrecker der Judenvernichtung, in: Klaus-Michael Mallmann / Gerhard Paul (Hrsg.), Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien, Darmstadt 2004, 252–318.
- Lächele, Rainer: Vom Reichssicherheitshauptamt in ein evangelisches Gymnasium. Die Geschichte des Eugen Steimle, in: ders. / Jörg Thierfelder (Hrsg.), Das evangelische Württemberg zwischen Weltkrieg und Wiederaufbau, Stuttgart 1995, 260–288.
- Ders.: Vom Reichssicherheitshauptamt in ein evangelisches Gymnasium. Die Geschichte des Eugen Steimle, in: Hans-Otto Binder (Hrsg.), Die Heimkehrertafel als Stolperstein. Vom Umgang mit der NS-Vergangenheit in Tübingen, Tübingen 2007, 61–74.
- Lammers, Christian: Die „Judenwissenschaft“ im nationalsozialistischen Dritten Reich. Überlegungen zur „Forschungsabteilung Judenfrage“ in Walter Franks „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands“ und zu den Untersuchungen Tübinger Professoren zur „Judenfrage“, in: Freddy Raphaël (Hrsg.), „... das Flüstern eines leisen Wehens ...“. Beiträge zu Kultur und Lebenswelt europäischer Juden. Festschrift für Utz Jeggle, Konstanz 2001, 269–391.
- Lang, Hans-Joachim: Ernst Weinmann – ein „sauberer, anständiger Nationalsozialist“: „Umsiedlungskommissar“ in Serbien. Am 22. Dezember 1946 wurde Tübingens OB zum Tode verurteilt, in: Schwäbisches Tagblatt 21.12.1991.
- Ders.: In eigenem Interesse total evakuiert. Ein Tübinger OB war an Kriegsverbrechen in Serbien beteiligt, in: Schwäbisches Tagblatt 28.12.1991.
- Ders.: Ernst Weinmann. Tübinger Oberbürgermeister und Belgrader Deportationsminister, in: Benigna Schönhagen (Hrsg.), Nationalsozialismus in Tübingen. Vorbei und vergessen, Tübingen 1992a, 208–220.
- Ders.: Theodor Dannecker. Ein Tübinger Schreibtischtäter im Reichssicherheitshauptamt, in: Benigna Schönhagen (Hrsg.), Nationalsozialismus in Tübingen. Vorbei und vergessen, Tübingen 1992b, 221–235.
- Ders.: Vor 50 Jahren ließ OB Ernst Weinmann Tübingen vollends hinter sich: Die SS-Karriere war stets wichtiger. Nach dem Krieg wurde er in Jugoslawien als Kriegsverbrecher hingerichtet, in: Schwäbisches Tagblatt 18.4.1995.
- Ders.: Der Weg eines Tübinger Juristen zum gnadenlosen Herrn über Tod und Leben: Die mörderische Karriere des Walter Stahlecker. Vom studentischen Sicherheitsbataillon zur Einsatzgruppe der Sicherheitspolizei, in: Schwäbisches Tagblatt, 18.5.1996.
- Ders.: Die Namen der Nummern. Wie es gelang, die 86 Opfer eines NS-Verbrechens zu identifizieren, Hamburg 2004.
- Ders.: Tübingen nach dem Holocaust. Wie sehr die Stadt ihre Juden vermisste, in: Hans-Otto Binder (Hrsg.), Die Heimkehrertafel als Stolperstein. Vom Umgang mit der NS-Vergangenheit in Tübingen, Tübingen 2007, 95–114.
- Ders.: Salomo und Adolph Michaelis. Der Taufschein als Eintrittskarte für die Universitätslaufbahn, in: Sönke Lorenz / Volker Schäfer (Hrsg.), Tübingensa. Impulse zur Stadt- und Universitätsgeschichte, Ostfildern 2008, 427–458.

- Ders.: Der Erinnerung Namen geben. Über die jüdischen Studenten an der Eberhard Karls Universität. Festvortrag von Dr. Hans-Joachim Lang am Dies Universitatis 2007, Tübingen 2008 (Tübinger Universitätsreden, Neue Folge Bd. 48).
- Lang, Stefan: Die Ausweisung der Juden aus Tübingen und Württemberg 1477 bis 1498, in: Sönke Lorenz / Volker Schäfer (Hrsg.), Tubingensa. Impulse zur Stadt- und Universitätsgeschichte, Ostfildern 2008, 111–132.
- Losemann, Volker: Darstellungsformen der Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. Zum Ertrag des Jubiläumsjahres 1977 in Tübingen, Mainz und Marburg, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 29 (1979), 162–208.
- Matthäus, Jürgen: „Weltanschauliche Forschung und Auswertung“. Aus den Akten des Amtes VII im Reichssicherheitshauptamt, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 5 (1996), 287–330.
- Meershoek, Guus: Machtentfaltung und Scheitern. Sicherheitspolizei und SD in den Niederlanden, in: Gerhard Paul / Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa, Darmstadt 2000, 383–402.
- Miller, Thomas: Das katholische Kirchengut in Württemberg auf Grund des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 und der württembergischen Verfassung von 1819 (§ 82), Diss. Tübingen 1932.
- Ders.: Judenprozesse vor dem Hofgericht Tübingen. Theorie und Praxis des Judenrechts in Alt-Württemberg, in: Tübinger Blätter 27 (1936a), 36–41.
- Ders.: Graf Eberhard im Bart und die Juden, in: Tübinger Chronik 4.4.1936b (Teil 1) und 7.4.1936b (Teil 2).
- Ders.: Reuchlins Verhältnis zum Judentum, in: Tübinger Blätter 29 (1938a), 35–39.
- Ders.: Tübingen und die Judenemanzipation, in: Tübinger Blätter 29 (1938b), 39–44.
- Ders.: Die Judenpolitik Eberhards, in: N.N. (Hrsg.), Graf Eberhard im Bart von Württemberg im geistigen und kulturellen Geschehen seiner Zeit, Stuttgart 1938c, 83–105.
- Ders.: Das mittelalterliche Judenviertel in Tübingen, in: Tübinger Blätter 30 (1939a), 17–22.
- Ders.: Schwabentum gegen Judentum. Der Kampf um die Judenemanzipation in Württemberg im Spiegel der öffentlichen Meinung, Stuttgart 1939b.
- Ders.: Zur Geschichte und rechtlichen Stellung der Juden in Stadt und Universität Tübingen, in: Robert Wetzel / Hermann F. Hoffmann (Hrsg.), Wissenschaftliche Akademie Tübingen des NSD.-Dozentenbundes, Bd. 1: 1937, 1938, 1939, Tübingen 1940, 234–279.
- Mischek, Udo: Leben und Werk Günter Wagners (1908–1952), Gehren 2002.
- Müller, Roland: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988.
- Papen, Patricia von: „Scholarly“ Antisemitism during the Third Reich. The Reichsinstitut's Research on the „Jewish Question“, Diss. phil. Columbia University New York 1999a.
- Dies.: Schützenhilfe nationalsozialistischer Judenpolitik. Die „Judenforschung“ des „Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschlands“ 1935–1945, in: Fritz Bauer Institut (Hrsg.), „Beseitigung des jüdischen Einflusses ...“. Antisemitische Forschung, Eliten und Karrieren im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999b, 17–42.
- Dies.: Vom engagierten Katholiken zum Rassenantisemiten. Die Karriere des Historikers der „Judenfrage“ Wilhelm Grau 1935–1945, in: Georg Denzler / Leonore Siegele-Wenschkewitz (Hrsg.), Theologische Wissenschaft im „Dritten Reich“. Ein ökumenisches Projekt, Frankfurt a. M. 2000, 67–113.
- Papen-Bodek, Patricia von: Anti-Jewish Research of the Institut zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt am Main between 1939 and 1945, in: Jeffrey M. Diefendorf (Hrsg.), Lessons and Legacies VI. New Currents in Holocaust Research, Evanston 2004, 155–189.
- Paul, Gerhard / Mallmann, Klaus-Michael (Hrsg.): Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa, Darmstadt 2000.
- Petersen, Hans-Christian: Ein „Judenforscher“ danach. Zur Karriere Peter-Heinz Seraphims in Westdeutschland, in: Jahrbuch des Simon Dubnow Instituts 5 (2006), 515–535.
- Poliakov, Léon / Wulf, Joseph: Das Dritte Reich und seine Denker, Berlin 1959.
- Pressel, Wilhelm: „Christlicher Antisemitismus“, in: Neues Tübinger Tagblatt 16.6.1933.
- Professor D. Kittel über die Judenfrage, in: Tübinger Chronik 13.6.1933.

- Rassenmischung im Judentum. Prof. Dr. Kittel über das Judentum in der Vergangenheit, in: *Tübinger Chronik* 19.6.1937.
- Rektoratsübergabe an der Universität Tübingen. Erstes Tübinger Kriegstrimester in Anwesenheit von Ministerpräsident und Kultminister Mergenthaler eröffnet! – Der neue Rektor, Professor Stickl, gibt die Losung: Wissenschaft in Wehr!, in: *Tübinger Chronik* 12.1.1940.
- Reichel, Eberhard: Die Bilanzprüfung nach der Aktienrechtsnovelle vom September 1931, Diss. Tübingen 1934.
- Richter, Nadine / Kraus, Wolfgang: Institut zur Erforschung und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf das deutsche kirchliche Leben in Eisenach, in: Ingo Haar / Michael Fahlbusch (Hrsg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften*, München 2008, 288–295.
- Rössler, Otto: Juden und Korruption im englischen Film, in: *Mitteilungen über die Judenfrage* 14.11.1939, 1f.
- Ders.: Die Juden und das „edomitische“ Germanien, in: *Mitteilungen über die Judenfrage* 18.3.1940, 32.
 - Ders.: Frankreich 1940 – ein vernichtender Schlag für die Freimaurerei, in: *Mitteilungen über die Judenfrage* 15.7.1940, 83f.
 - Ders.: Juden und Engländer, in: *Zeitschrift für Politik* 30 (1940), 423–427.
- Rosen, Alan: „Familiarly Known as Kittel“: The Moral Politics of the „Theological Dictionary of the New Testament“, in: Nancy A. Harowitz (Hrsg.), *Tainted Greatness. Antisemitism and Cultural Heroes*, Philadelphia 1994, 37–50.
- Ruck, Michael: Kollaboration – Loyalität – Resistenz. Administrative Eliten und NS-Regime am Beispiel der südwürttembergischen Innenverwaltung, in: Landeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *Formen des Widerstandes im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken*, Ulm 1994, 124–151.
- Ders.: Korpsgeist und Staatsbewusstsein. Beamte im deutschen Südwesten 1928 bis 1972, München 1996.
 - Ders.: Kontinuität und Wandel. Westdeutsche Verwaltungseliten unter dem NS-Regime und in der ersten Bundesrepublik – Wilfried Loth / Bernd Rusinek (Hrsg.), *Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft*, Frankfurt a. M. 1998, 117–142.
- Rupnow, Dirk: Judenforschung im Dritten Reich. Wissenschaft zwischen Ideologie, Propaganda und Politik, in: Matthias Middell / Ulrike Sommer (Hrsg.), *Historische West- und Ostforschung in Zentraleuropa zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg. Verflechtung und Vergleich*, Leipzig 2004a, 107–132.
- Ders.: „Arisierung“ jüdischer Geschichte. Zur nationalsozialistischen „Judenforschung“, in: *Leipziger Beiträge zur jüdischen Geschichte und Kultur* 2 (2004b), 349–367.
 - Ders.: Vernichten und Erinnern. Spuren nationalsozialistischer Gedächtnispolitik, Göttingen 2005.
 - Ders.: Antijüdische Wissenschaft im „Dritten Reich“. Wege, Probleme und Perspektiven der Forschung, in: *Jahrbuch des Simon Dubnow Instituts* 5 (2006), 539–598.
 - Ders.: Rasse und Geist. Antijüdische Wissenschaft, Definitionen und Diagnosen des „Jüdischen“ im „Dritten Reich“, in: *Zeitgeschichte* 1 (2007), 4–24.
 - Ders.: Institut zur Erforschung der Judenfrage in Frankfurt am Main, in: Ingo Haar / Michael Fahlbusch (Hrsg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften*, München 2008a, 288–295.
 - Ders.: Judenforschung, in: Ingo Haar / Michael Fahlbusch (Hrsg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften*, München 2008b, 312–322.
- Rüß, Hartmut: Wehrmachtskritik aus ehemaligen SS-Kreisen nach 1945, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 49 (2001), 428–445.
- Rüter-Ehlermann, Adelheid L. / Rüter, Christian F. (bearb.): *Justiz und NS-Verbrechen. Sammlung deutscher Strafurteile wegen nationalsozialistischer Tötungsverbrechen 1945–1999*, 42 Bde., Amsterdam 1968–2010.
- Sandberger, Martin: Die Sozialversicherung im nationalsozialistischen Staat. Grundsätzliches zur Streitfrage: Versicherung oder Versorgung, Diss. Tübingen 1934.

- Scheel, Gustav A.: Zur Frage der Beeinflussbarkeit der Strahlensensibilität durch Diabetes bei Radiumbehandlung von an Collum und Corpus-carcinom erkrankten Frauen, Diss. Heidelberg 1934.
- Schmid, Manfred (Bearb.): „... treu und fest hinter dem Führer“. Die Anfänge des Nationalsozialismus an der Universität Tübingen 1926–1934 (Begleitheft zu einer Ausstellung des Universitätsarchivs Tübingen im Bonatzbau der Universitätsbibliothek vom 20.6.-13.8.1983), Tübingen 1983.
- Ders.: Die Tübinger Studentenschaft nach dem Ersten Weltkrieg 1918–1923, Tübingen 1988.
- Schochow, Werner: Deutsch-jüdische Geschichtswissenschaft, Berlin 1969.
- Schönhagen, Benigna: Tübingen unterm Hakenkreuz. Eine Universitätsstadt in der Zeit des Nationalsozialismus, Tübingen 1991.
- Dies.: Im Licht der Chanukka-Lampe. Zur Situation von Juden in Tübingen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Sönke Lorenz / Volker Schäfer (Hrsg.), Tubingensa. Impulse zur Stadt- und Universitätsgeschichte, Ostfildern 2008, 459–482.
- Scholytseck, Joachim: Der „Schwabenherzog“. Gottlob Berger, SS-Obergruppenführer, in: ders. / Michael Kißener (Hrsg.), Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, 77–110.
- Ders.: Robert Bosch und der liberale Widerstand gegen Hitler 1933 bis 1945, München 1999.
- Schreiber, Carsten: Generalstab des Holocaust oder akademischer Elfenbeinturm? Die „Gegnerforschung“ des Sicherheitsdienstes der SS, in: Jahrbuch des Simon Dubnow Instituts 5 (2006), 327–352.
- Schuhladen-Krämer, Jürgen: Die Exekutoren des Terrors. Hermann Mattheiß, Walther Stahlecker, Friedrich Mußgay, Leiter der Geheimen Staatspolizeileitstelle Stuttgart, in: Michael Kißener / Joachim Scholytseck (Hrsg.), Die Führer der Provinz. NS-Biographien aus Baden und Württemberg, Konstanz 1997, 405–443.
- Setzler, Wilfried / Schönhagen, Benigna: Jüdisches Tübingen. Schauplätze und Spuren, Haigerloch 1999.
- Siegele, Ulrich: Lebenslauf. Bericht von Ulrich Siegele, in: Hermann Düringer / Karin Weintz (Hrsg.), Leonore Siegele-Wenschkewitz, Persönlichkeit und Wirksamkeit, Frankfurt a.M. 2000, 247–297.
- Siegele-Wenschkewitz, Lenore: Die Evangelisch-theologische Fakultät Tübingen in den Anfangsjahren des Dritten Reiches, in: Zeitschrift für Theologie und Kirche, Beiheft 4, Tübingen 1978, 34–80.
- Dies.: Neutestamentliche Wissenschaft vor der Judenfrage. Gerhard Kittels theologische Arbeit im Wandel deutscher Geschichte, München 1980.
 - Dies.: Mitverantwortung und Schuld der Juden am Holocaust, in: Evangelische Theologie 42 (1982), 171–190.
 - Dies.: Adolf Schlatter und Gerhard Kittel, in: Wolfram Liebster (Hrsg.), Christlicher Glaube als unüberbrückbarer religiöser Gegensatz zum Judentum? Neutestamentliche Wissenschaft im Dritten Reich. Ein Tagungsbericht. Arnoldsheim 17.-19. Januar 1986, in: Judaica 42 (1986), 240–254.
 - Dies.: Das Verhältnis von protestantischer Theologie und Wissenschaft des Judentums während der Weimarer Republik, in: Walter Grab u. a. (Hrsg.), Juden in der Weimarer Republik, Stuttgart 1986, 153–178.
 - Dies.: New Testament Scholarship and the Nazi State. Christian Responsibility and Guilt in the Holocaust, in: Yehuda Bauer u. a. (Hrsg.), Remembering for the Future, Bd. 1, Oxford 1988, 2717–2727.
 - Dies.: Protestantische Universitätstheologie und Rassenideologie in der Zeit des Nationalsozialismus. Gerhard Kittels Vortrag „Die Entstehung des Judentums und die Entstehung der Judenfrage“ von 1936, in: Günther Brakelmann / Martin Rosowski (Hrsg.), Antisemitismus. Von religiöser Judenfeindschaft zur Rassenideologie, Göttingen 1989, 52–75.
 - Dies. (Hrsg.): Christlicher Antijudaismus und Antisemitismus. Theologische und kirchliche Programme Deutscher Christen, Frankfurt a.M. 1994.

- Dies.: Adolf Schlatters Sicht des Judentums im politischen Kontext. Die Schrift Wird der Jude über uns siegen? von 1935, in: dies. (Hrsg.), Christlicher Antijudaismus und Antisemitismus. Theologische und kirchliche Programme Deutscher Christen, Frankfurt a. M. 1994, 95ff.
- Dies. u. a.: Leonore Siegele-Wenschkewitz. „Wir hatten das Empfinden am Beginn einer Tradition zu stehen“, in: Gerburgis Feld u. a. (Hrsg.), Wie wir wurden, was wir sind. Gespräche mit feministischen Theologinnen der ersten Generation, Gütersloh 1998, 129–136.
- Simon, Gerd: Vom Antisemiten zum Semitistik-Professor. Chronologie Rössler, Otto, o. O. 2006, in: <http://homepage.uni-tuebingen.de/gerd.simon/ChrRoessler.pdf>.
- Sládek, Odrich: Standrecht und Standgericht. Die Gestapo in Böhmen und Mähren, in: Gerhard Paul / Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa, Darmstadt 2000, 317–339.
- Stahlecker, Walther: Die Voraussetzungen der Anordnung der Fürsorgeerziehung nach dem Rechte des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes unter besonderer Berücksichtigung des württembergischen Landrechts, Diss. Tübingen 1926.
- Steinweis, Alan E.: Studying the Jew. Scholarly Antisemitism in Nazi Germany, Cambridge 2006a.
- Ders.: Die Pathologisierung der Juden. Der Fall Peter-Heinz Seraphim, in: Jahrbuch des Simon Dubnow Instituts 5 (2006b), 313–325.
- Ders.: Nazi Historical Scholarship on the „Jewish Question“, in: Wolfgang Bialas / Anson Rabinbach (Hrsg.), Nazi Germany and the Humanities, Oxford 2007, 399–412.
- Steur, Claudia: Theodor Dannecker. Ein Funktionär der Endlösung, Essen 1997.
- Dies.: Eichmanns Emissäre. Die „Judenberater“ in Hitlers Europa, in: Gerhard Paul / Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. „Heimatfront“ und besetztes Europa, Darmstadt, 2000, 403–436.
- Teuber, Erich: Die Wissenschaft geht ins Volk. Maßgebende Beteiligung Tübinger Dozenten an der Berliner Vortragsreihe „Judentum und Judenfrage“, in: Tübinger Chronik 9.2.1939.
- Thielicke, Helmut: Zu Gast auf einem schönen Stern. Erinnerungen, Hamburg 1984.
- Treß, Werner: „Wider den undeutschen Geist“. Bücherverbrennungen 1933, Berlin 2003.
- „Tübinger Bibliographie Jahrgang 1944, Folge 11“. Das antike Weltjudentum, in: Tübinger Chronik 22.7.1944.
- Ulmer, Martin: Antisemitismus in der Weimarer Republik, in: Geschichtswerkstatt Tübingen (Hrsg.), „Zerstörte Hoffnungen“. Wege der Tübinger Juden, Tübingen 1995a, 61–98.
- Ders.: Radikaler Judenhaß. Zur nationalsozialistischen Judenpolitik in Tübingen, in: Geschichtswerkstatt Tübingen (Hrsg.), „Zerstörte Hoffnungen“. Wege der Tübinger Juden, Tübingen 1995b, 99–120.
- Verschuer, Otmar von: Was kann der Historiker, der Genealoge und der Statistiker zur Erforschung des biologischen Problems der Judenfrage beitragen? in: Forschungen zur Judenfrage 2 (1937), 216–222.
- Ders.: Rassenbiologie der Juden, in: Forschungen zur Judenfrage 3 (1938), 137–151.
- Vos, Johannes S.: Antijudaismus/Antisemitismus im Theologischen Wörterbuch zum Neuen Testament, in: Nederlands Theologisch Tijdschrift 35 (1984), 89–110.
- Wassermann, Henry: False Start. Jewish Studies at German Universities during the Weimar Republic, New York 2003.
- Weinmann, Ernst: Klinische Untersuchungen über die zahnärztliche Diathermie, Diss. Tübingen 1931.
- Weinmann, Erwin: Ein Fall von Lipodystrophia progressiva, Diss. Tübingen 1934.
- Weinreich, Max: Hitler's Professors. The Part of Scholarship in Germany's Crimes against the Jewish People, New York 1946.
- Werner, Fritz: Das Judentumbild der Spätjudentumsforschung im Dritten Reich. Dargestellt anhand der „Forschungen zur Judenfrage“ Bd. I-VIII, in: Kairos (1971), 61–194.
- Wetzell, Robert: Aufgabe und Ausbau der Universität Tübingen. Grundsätzliches über wissenschaftlichen Aufbau und organisatorischen Ausbau einer deutschen Hochschule, in: Tübinger Chronik 28.6.1940.

- Ders. / Hoffmann, Hermann F. (Hrsg.): Wissenschaftliche Akademie Tübingen des NSD.-Dozentenbundes, Bd. 1: 1937, 1938, 1939, Tübingen 1940.
- „Wie wurde das Judentum?“ Universitätsprofessor Dr. Kittel-Tübingen sprach in Berlin, in: Tübinger Chronik 19.1.1939.
- Wildt, Michael: Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation, München 1995.
- Ders.: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002.
- Wilhelm, Friedrich: Die württembergische Polizei im Dritten Reich, Stuttgart 1989.
- Ders.: Die Polizei im NS-Staat, Paderborn 1997.
- Wilhelm, Hans-Heinrich: Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42, Teil 2, in: ders. / Helmut Krausnick (Hrsg.), Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938–1942. Eine exemplarische Studie, Stuttgart 1981, 279–617.
- Wischnath, Michael: Eine theologische Baselfahrt im Jahre 1937. Die Tübinger Bekenntnis-Studenten und ihr Besuch bei Karl Barth, in: Bausteine zur Tübinger Universitätsgeschichte 8 (1997), 131–212.
- Ders.: Wilhelm Pressel (1895–1986), in: Rainer Lächele / Jörg Thierfelder (Hrsg.), Wir konnten uns nicht entziehen. 30 Porträts zu Kirche und Nationalsozialismus in Württemberg, Stuttgart 1998, 298–310.
- Witte, Peter u. a. (Bearb.): Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42, hrsg. im Auftrag der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 1999.
- Wundt, Max: Nathan der Weise oder Aufklärung und Judentum, in: Forschungen zur Judenfrage 1 (1937), 136–140.
- Ders.: Das Judentum in der Philosophie, in: Forschungen zur Judenfrage 2 (1937), 75–87.
- Zirlewagen, Marc: Der Kyffhäuser-Verband und der VDSSt Tübingen zwischen Demokratie und Diktatur (1918–1945) – ein Kurzüberblick, in: Gebhard R. Keuffel (Hrsg.), 120 Jahre Verein Deutscher Studenten zu Tübingen, Tübingen 2003, 25–37.
- Ders.: Scheel, Gustav Adolf, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 24, 2005, 1270–1275 (zugänglich unter <http://www.bautz.de/bbkl/>).
- Ders.: Verschuer, Otmar, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 27, 2007, 1437–1447 (zugänglich unter <http://www.bautz.de/bbkl/>).
- Ders. (Hrsg.): 1881–2006. 125 Jahre Vereine Deutscher Studenten. Bd. 1: Ein historischer Rückblick, Bad Frankenhausen 2006.
- Ziwes, Franz-Josef: Territoriale Judenvertreibungen im Südwesten und Süden Deutschlands im 14. und 15. Jahrhundert, in: Friedhelm Burgard u. a. (Hrsg.), Judenvertreibungen im Mittelalter und früher Neuzeit, Hannover 1999, 165–187.
- Zur Geschichte der Juden in Tübingen. Vortrag von Dr. Th. Miller im Kunst- und Altertumsverein, in: Tübinger Chronik 21.3.1939.